

Das außenwirtschaftliche Programm der NSDAP 1930-1933

Das Verhältnis des Nationalsozialismus zu den Führungseliten der Weimarer Republik findet noch immer das besondere Interesse der Zeitgeschichte, ohne daß es bislang hinreichend geklärt wäre. Die sowjetmarxistische Historiographie ist bemüht, ihr verkrustetes, von der III. Internationale entwickeltes Faschismusmodell aufzuweichen, und bezeichnet den Nationalsozialismus in sibyllinischer Formulierung heute nicht mehr als »Instrument der Machtausübung in den Händen der Unternehmerklasse«¹, sondern als *Produkt* des Kapitalismus in einer spezifischen historischen Konstellation. Diese Diktion hält der Überprüfung durch die Empirie ebensowenig stand wie die Totalitarismustheorie, die den Nationalsozialismus als eine alle staatlichen, gesellschaftlichen und ökonomischen Institutionen disziplinierende und seinen politischen und ideologischen Interessen unterordnende Herrschaftsform typisiert².

Neuere Interpretationsversuche »bürgerlicher« Historiker beschränken sich zumeist darauf, die empirisch erfaßbaren Interdependenzen zwischen NSDAP und *einer* gesellschaftlichen Gruppe, nämlich der industriellen Wirtschaftsrepräsentanz, aufzuzeigen, und erschöpfen sich nicht selten in dem Nachweis von Parteifinanzierung und Parteimitgliedschaft³, oder sie eruieren eine Interessenidentität auf der gemeinsamen Basis tradierter Wertkategorien wie Nationalismus, Antisemitismus und Antiparlamentarismus.

Die naheliegende Frage nach möglichen Affinitäten aufgrund des *Wirtschaftsprogramms* der NSDAP wurde von Historikern unterschiedlicher Provenienz mit der Feststellung beantwortet, daß »die Hitlerfaschisten keine ernsthaften Beiträge zur ökonomischen Theorie geleistet« hätten⁴, ihre Wirtschaftsauffassung ein »Konglomerat konfuser Ideen«, also ein »uninteressantes und unergiebiges Untersuchungsobjekt« darstelle⁵. Und in der Tat enthielt das von Feder und Hitler konzipierte Parteiprogramm eine Reihe vieldeutiger

1 Jürgen Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1789 bis zur Gegenwart, Bd. 6: Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1933 bis 1945, Berlin – DDR 1964, S. 3. Vgl. Gert Schäfer, Die Kommunistische Internationale und der Faschismus, Offenbach 1973.

2 Martin Jänicke, Totalitäre Herrschaft. Anatomie eines politischen Begriffes, Berlin 1971.

3 Dirk Stegmann, Zum Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus 1930 – 1933. Ein Beitrag zur Geschichte der sogenannten Machtergreifung, in: Archiv für Sozialgeschichte XIII, 1973, S. 399 – 482; George W. F. Hallgarten/Joachim Radkau, Deutsche Industrie und Politik von Bismarck bis heute, Frankfurt/Köln 1974; Henry Ashby Turner, Jr., Großunternehmertum und Nationalsozialismus 1930 – 1933. Kritisches und Ergänzendes zu zwei neuen Forschungsbeiträgen, in: Historische Zeitschrift 221, 1975, S. 18 – 68.

4 Werner Krause, Wirtschaftstheorie unter dem Hakenkreuz. Die bürgerliche politische Ökonomie in Deutschland während der faschistischen Herrschaft, Berlin – DDR 1969, S. 17.

5 Hans-Heinrich Rubbert, Die gelenkte Marktwirtschaft des Nationalsozialismus, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 8, 1963, S. 215 – 234, hier S. 216.

Schlagworte wie »Schaffung eines Ständestaates«, »Brechung der Zinsknechtschaft«, »Gemeinnutz geht vor Eigennutz«. Die letztgenannte Formel, das Adjektiv »sozialistisch« im Namenszug und schließlich die Schriften »linker« Nationalsozialisten ließen den Verdacht aufkommen, die NSDAP huldige einer neuen Variante marxistischer Ideologie⁶. »Die Gefahr, daß Freund und Feind die Bedeutung einzelner Schlagworte nicht erkennen [konnten], daß sie andere überschätz[t]en und unter bewußter oder unbewußter Anlehnung an marxistische Gedankengänge und Terminologien aus Bruchstücken ein völlig falsches Bild konstruier[t]en«, war »außerordentlich groß«⁷.

Ungeachtet dieses möglichen Mißverständnisses hatte es Hitler in den zwanziger Jahren für gefährlich erachtet, »einen großen politisch weltanschaulichen Kampf zu frühzeitig mit wirtschaftlichen Dingen zu verknüpfen«, weil er befürchtete, man werde sich, unter Außerachtlassung der großen politischen Ziele der Partei, lediglich mit deren wirtschaftlicher Konzeption auseinandersetzen⁸. Noch 1930/31 entwickelte der Nationalsozialismus nahezu »ausschließlich politische Aktivität« und hatte »weder Zeit noch Bedürfnis gehabt, sich ausführlicher mit Fragen wirtschaftlicher Natur zu befassen«⁹. Zum andern erklärt sich das fehlende wirtschaftspolitische Konzept der NSDAP vor der Weltwirtschaftskrise aus der Überzeugung ihrer Führer, eher »eine Sache zunächst liegen zu lassen, als sie mangels geeigneter Kräfte nur halb oder schlecht zu beginnen«¹⁰. Mit anderen Worten, die Nationalsozialisten verfügten lange Zeit nicht über die Fachleute, die ein überzeugendes wirtschaftspolitisches Programm hätten erarbeiten können. Zum ersten großen Wahlerfolg im September 1930 genügte offenbar die allgemeine Kritik an den ökonomischen Verhältnissen der Weimarer Republik. Dann aber, in einer Zeit, in der das politische Klima in Deutschland unter den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise weitgehend von ökonomischen Komponenten bestimmt war, erschien ein über Gemeinplätze hinausgehendes, detailliertes Wirtschaftsprogramm notwendig. Es galt, »die alte gegnerische Behauptung, daß der Nationalsozialismus nichts von der Wirtschaft verstehe und sie, falls er an die Macht käme, ruinieren würde, in überzeugender Weise« zu widerlegen¹¹.

Zwar wollte die NSDAP die politische Verantwortung aus der Hand der Wähler übernehmen, doch war sie sich bewußt, auch die Zustimmung und das Vertrauen der industriellen Führungseliten zu benötigen, weshalb Hitler bereits zwischen 1927 und 1928 durch »Vorträge vor den Industriellen der Ruhr« diese für seine Ziele zu gewinnen suchte¹².

Auch wurden Fäden zu zahlreichen Unternehmern geknüpft. Die viel geäußerte Annahme, »daß diese Schritte der Nazis die Schwerindustrie oder selbst ihre führenden Kreise für sie eingenommen hätten«, ist bereits früh von Historikern, die alles andere als industriefreundlich zu nennen sind, bezweifelt worden¹³.

In der Überzeugung, »daß der nun bevorstehende Abschnitt des innenpolitischen Kampfes die Entscheidung über den Besitz der Macht zu bringen hätte«, ließ Hitler daher ab 1930 »eine besonders sorgfältige Behandlung den wirtschaftspolitischen Fragen angedeihen«¹⁴.

6 Vgl. Reinhard Kühnl, Die nationalsozialistische Linke 1925 – 1930, Meisenheim a. G. 1966.

7 Hans Reupke, Der Nationalsozialismus und die Wirtschaft, Berlin 1931, Vorrede.

8 Adolf Hitler, Mein Kampf, München 1933⁷², S. 680.

9 Reupke, Vorrede.

10 Hitler, Mein Kampf, S. 680.

11 Paul Oestreich, Walther Funk. Ein Leben für die Wirtschaft, München 1940. S. 80.

12 George W. F. Hallgarten, Hitler, Reichswehr und Industrie. Zur Geschichte der Jahre 1919 – 1933, Frankfurt a. M. 1955², S. 96.

13 Ebda., S. 97.

14 Oestreich, S. 80.

Konsequenterweise versuchte er daher, der Propagierung differierender wirtschaftspolitischer Thesen durch die verschiedenen »Theoretiker« (Gebrüder Strasser, Gottfried Feder), deren Legitimation und ökonomischer Sachverstand mehr als zweifelhaft waren, Einhalt zu gebieten. Waren nämlich innerhalb der Partei die Zuständigkeiten für bestimmte Probleme institutionalisiert, so gab es lange Zeit kein Gremium, das die wirtschaftspolitischen Fragen autorisiert angegangen wäre. Erst 1929 berief Hitler den früheren Offizier und Freikorpsführer, den späteren Vorstandsvorsitzenden der Nähmaschinenfabrik Haid & Neu, Otto Wagener, der auch Vorlesungen über Wirtschaftspolitik und Fabrikorganisation an verschiedenen Hochschulen hielt, in die Münchener Reichsleitung der Partei, wo er die Gründung einer wirtschaftspolitischen Abteilung vorbereitete, die endlich am 1. Januar 1931 installiert wurde. Nun erst begann man innerhalb der Partei, sich mit Grundsatzen der Wirtschaftspolitik auseinanderzusetzen, »mit dem Ziel, die Vorbereitungen dafür zu treffen, die den Nationalsozialismus in die Lage versetzen soll[t]en, jederzeit mit der politischen Machtübernahme auch die Leitung des Wiederaufbaus der deutschen Wirtschaft zu übernehmen«¹⁵. Des weiteren beauftragte Hitler den frühzeitig zur NSDAP gestoßenen Unternehmer Wilhelm Keppler damit, »das Wirtschaftsprogramm der Partei in Zusammenarbeit mit den großen Unternehmern umzugestalten«¹⁶.

Diesem Bemühen Hitlers um die Formulierung eines glaubwürdigen Wirtschaftsprogramms kam die aus den allgemeinen politisch-ökonomischen Verhältnissen der dreißiger Jahre resultierende Annäherung solcher Vertreter aus Wirtschaftspraxis und -wissenschaft an die NSDAP entgegen, bei denen die Weltwirtschaftskrise einem längst latent vorhandenen Mißtrauen gegenüber dem parlamentarisch-demokratischen Staatswesen, dessen Zerfall ja mit dem der Weltwirtschaft parallel verlief, und damit im Zusammenhang gegenüber der weiteren Funktionsfähigkeit des überkommenen liberal-freihändlerischen Weltwirtschaftsprinzips zum Durchbruch verhalf. War doch dieses ganz offenkundig in Aus- und Nachwirkung des Ersten Weltkrieges in arge Unordnung geraten, indem durch die forcierte außereuropäische industrielle Entwicklung eine Verlagerung des weltwirtschaftlichen Schwergewichtes stattgefunden hatte. Ehemalige Rohstoff- und Absatzmärkte präsentierten sich unversehens als harte Konkurrenten der klassischen Industrienationen, die sich gezwungen sahen, auf die Suche nach einem neuen Platz innerhalb des Weltwirtschaftsgefüges zu gehen, was durch die Wirtschaftskrise erschwert wurde. Und so wuchs gerade in Deutschland die Neigung, sich aus der internationalen ökonomischen Verflechtung zurückzuziehen, zumal die meisten europäischen wie überseeischen Staaten Protektionismus und Schutzzölle für zweckmäßigere Attribute einer wirtschaftsfördernden Handelspolitik erachteten als Freihandel durch Meistbegünstigung.

Unter dem Zwang, eine Alternative zum weltwirtschaftlichen Freihandelsprinzip und Engagement entwickeln zu müssen, wurde die Autarkietheorie geboren, deren Protagonisten innerhalb der Wirtschaftswissenschaft von der dort vorherrschenden liberalen Volkswirtschaftslehre schwersten Angriffen ausgesetzt waren und deren Anhänger innerhalb des Unternehmertums vorab als krasse Außenseiter galten. Sie hielten daher Ausschau nach einer politischen Rückendeckung und fanden sie in der NSDAP. Denn diese stellte seit den Septemberwahlen 1930 einen gewichtigen Faktor des politischen Geschehens in Deutschland dar. Damit erwuchs »auch der deutschen Wirtschaft die Verpflichtung« – wie einige

15 Edgar v. Schmidt-Pauli, *Die Männer um Hitler*, Berlin 1932, S. 148.

16 Aussage Kepplers im Nürnberger Flick-Prozeß. Zit. nach *Hallgarten*, S. 97.

ihrer Vertreter meinten –, »sich über eine Bewegung zu orientieren, deren Ziele nicht einfach zu erkennen« waren, »weil die etwas anders sein« wollte »als die Parteien, die bisher in Deutschland auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet tonangebend waren«¹⁷. Besonders im »Revier« betrachtete man die NSDAP seit 1930 als eine nicht zu unterschätzende Kraft, weshalb »nach der Herbstwahl« des Jahres auch »nähere Beziehungen zwischen Ruhr-Industrie und NSDAP« geknüpft wurden¹⁸. Nach dem enormen Stimmenzuwachs der Partei fühlten sich viele Ruhrindustrielle vor die Wahl gestellt, »entweder den Nationalsozialismus von vornherein abzulehnen [...] mit allen [für sie] schädlichen Folgen im Falle einer mit Sicherheit zu erwartenden Regierungsbeteiligung oder aber sich für ihn zu interessieren [...]. Die Schwerindustrie wählte den letzteren Weg«. Denn »eine Industrie, mit der so viele Menschen und Werte zusammenhängen«, argumentierte man, habe »die Pflicht, sich [...] zu jeder bestehenden oder zu erwartenden Regierung [...] zum mindesten neutral zu stellen«¹⁹. Die Partei wiederum nahm die Autarkisten unbedenklich in ihre Reihen auf, reklamierte deren Programm für sich und adaptierte es in ihrem Sinne.

Unter Berücksichtigung der ökonomischen Vorstellungen dieser ihrer neuen Anhänger kam es der NSDAP in den ersten dreißiger Jahren nicht darauf an, »die wirtschaftlichen Programme und Taten der Regierung und der anderen Parteien [...] im einzelnen zu kritisieren [...], sondern alle Wirtschaftsprobleme des Augenblicks [...] in den Rahmen« eines »eigenen Programms für den revolutionären Wandel der deutschen Zustände [...] hineinzustellen«²⁰, was besagt, daß die Nationalsozialisten eine ernsthafte Alternative zur Marktwirtschaft anbieten wollten, die sich Autarkie oder Nationalwirtschaft benannte.

Unter Nationalwirtschaft oder Autarkie verstand die NSDAP zunächst einmal eine Belebung des innerdeutschen Marktes, also des Binnenhandels innerhalb der vorhandenen Reichsgrenzen bzw. innerhalb der Vorkriegsgrenzen. Nach Gregor Strasser sollte sich »die Steigerung des Inlandertrages Hand in Hand mit dem Bekenntnis zum geschlossenen Wirtschaftsraum« vollziehen, und zwar zunächst zwecks stärkerer »Sicherung der Volksernährung«²¹. Dies setzte eine Modernisierung der veralteten landwirtschaftlichen Produktionsweise und einen vermehrten und verbesserten Düngemiteleinsatz voraus²².

Nach der im »Wirtschaftlichen Sofortprogramm der N.S.D.A.P.« vom Sommer 1932 geäußerten Überzeugung konnte »innerhalb weniger Jahre der deutsche Boden so verbessert und seine Bearbeitung so intensiviert werden, daß Deutschland von ausländischer Lebensmitteleinfuhr unabhängig« wurde²³. Die Maßnahmen zur agrarischen Produktionsbelebung waren wiederum gleichbedeutend mit einer erhöhten Inlandnachfrage bei den entsprechenden Industriezweigen. Die Autarkiebestrebungen zielten in einem *ersten Schritt* auf einen forcierten »Aufbau des Binnenmarktes unter Eingliederung der Industrie« ab²⁴. Demzufolge zeigte sich der Nationalsozialismus entschlossen, »jede Einfuhrbeschränkung

17 Reupke, S. 7.

18 August Heinrichsbauer, *Schwerindustrie und Politik*, Essen 1948, S. 38.

19 Ebd.

20 Oestreich, S. 81.

21 Rede Gregor Strassers vor dem Reichstag, 10. 5. 1932. Zit. nach *Nationale Handelspolitik statt Weltwirtschaftspolitik*. Programmatistische Forderungen der NSDAP, in: *Neue Wirtschaft* 6, 1932, 15, S. 6 – 8, hier S. 6.

22 Hans-Peter Danielcik (Hrsg.), *Deutschlands Selbstversorgung*, München 1932.

23 Dieses Programm war als Rednermaterial für die Propaganda zur Reichstagswahl vom 31. Juli 1932 von der Hauptabteilung IV (Wirtschaft) der Reichsorganisationsleitung der Partei an die Wahlkämpfer verteilt worden. BA (= Bundesarchiv) NSD 9/204, fol. 5.

24 Rede Strassers, 10. 5. 1932, a. a. O., S. 6.

durchzuführen, wenn durch sie deutsche Arbeiter oder deutsche Bauern in Brot und Arbeit gesetzt werden« konnten²⁵.

Zeigte man sich – übertrieben – optimistisch im Blick auf die deutschen agrarischen Selbstversorgungsmöglichkeiten, so urteilte man im industriellen Bereich nüchterner.

Bereits früher, im Jahre 1926, hatte die »Politische Wochenschrift« einen Wettbewerb zum Thema: »Kann Deutschland innerhalb der bestehenden Grenzen eine wachsende Bevölkerung erhalten?« ausgeschrieben. Die Ergebnisse des Preisausschreibens blieben jedoch unbefriedigend²⁶.

Dennoch strebte der Nationalsozialismus nach einer Lockerung der weltweiten ökonomischen Verbindungen, nicht zuletzt unter dem Aspekt der Sicherung seines Arbeitsbeschaffungsprogrammes durch Ankurbelung der heimischen Produktion. Dabei ging man davon aus, daß 1931 etwa 1,5 bis 1,7 Mill. Arbeitnehmer für den deutschen Export tätig waren. Drosselte man die Ausfuhr, zog dies – wegen der so vermindert eingehenden Devisen – eine entsprechend rückläufige Einfuhr nach sich. Beschränkte diese Reduktion sich durch planmäßige Außenhandelskontrolle weitgehend auf Fertigwaren, konnten zu deren Herstellung in Deutschland Arbeitsplätze geschaffen werden. Da zudem absehbar war, daß die Ausfuhrindustrie in Auswirkung der Weltwirtschaftskrise und der protektionistischen Politik anderer Staaten »ihren Beschäftigungsgrad trotz besten Willens nicht halten oder gar noch auf frühere Höhe [würde] bringen können«, Arbeitslosigkeit demzufolge auch »von außen bewirkt« wurde, konnte diese nach weit verbreiteter Auffassung allein »durch Schaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten für einen mehr aufgeschlossenen Binnenmarkt« gemildert werden²⁷. In solchem Sinne bedeutete »eine Gestaltung autarker Wirtschaft [...] die planmäßige vom Binnenmarkt her bestimmte Einrichtung auf einen notwendigen und möglichen Mindestumfang des Außenhandels und seine nach Menge und Art zulässige Ausweitung«²⁸. In diesem Zusammenhang forderte denn auch Gottfried Feder eine »Prüfung der Notwendigkeit der Einfuhr von Rohstoffen, Exportförderung für Fertigwaren, Einschränkung des Exports lebensnotwendiger Eigenerzeugnisse«. Das Schwergewicht der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen heische nach »Umschaltung von der liberalistisch-kapitalistischen Wirtschaft auf vernünftige Autarkie zustrebende Binnenwirtschaft«²⁹.

Diese »nationale Autarkie«³⁰ stand – wie bereits angedeutet – im Brennpunkt einer scharfen wirtschaftstheoretischen und -politischen Kontroverse. Zu den Befürwortern zählten *die* Unternehmer, »deren Produkte nicht wettbewerbsfähig auf dem Weltmarkt auftreten« konnten, und dies waren die *Agrarier*³¹. Die landwirtschaftlichen Interessenverbände glaubten ihren Absatz nur dann garantiert, wenn der Staat durch Zollpolitik und ähnliche Maßnahmen den deutschen Markt vor ausländischen Agrargütern schützte. *Handel* und ein *Großteil* der *Industrie* – soweit sie exportorientiert waren – plädierten hingegen für einen freizügigen Güterverkehr ohne dirigistische Eingriffe und möglichst unter Beseitigung noch hemmender Grenzen. Am heftigsten bekämpften wohl die Vertreter der herrschenden

25 Wirtschaftliches Sofortprogramm, S. 17. BA NSD 9/204.

26 Werner Sombart (Hrsg.), *Volk und Raum*, Hamburg/Berlin/Leipzig 1928.

27 Carl-Max Lüttgens, *Autarkie und Arbeitsbeschaffung*, Berlin 1932, S. 19.

28 *Ebda.*, S. 29.

29 Expertise Feders über »Arbeitsbeschaffung«. Etwa Sommer 1932. BA Kleine Erwerbungen NSDAP NS 20/122.

30 *Der Große Brockhaus*, Bd. 13, Leipzig 1932, S. 209.

31 Vgl. Julius Epstein, *Das Schicksal der Akkumulation in Deutschland oder der Irrsinn der Autarkie*, Leipzig 1932, S. 21.

liberalen Wirtschaftstheorie an den Hochschulen die Autarkiebestrebungen. Wenn diese von »Absperrungswahn« der »Autarkieschwärmer« sprachen³², die »Zeichen und Wunder von der Rückkehr zum geschlossenen Handelsstaat erwarte[te]n«³³, wenn man den Autarkieprotagonisten ihre »halbgaren und geistig mehr oder weniger unsauberen Gefühlsargumente« vorwarf, war solche Polemik nur dort angebracht, wo »in der Autarkiebewegung irrationale Motive« mitschwangen³⁴.

Haben doch die mit den Nationalsozialisten liierten und in der Partei wirksamen Autarkisten niemals das Ideal einer Selbstversorgung und Selbstgenügsamkeit, die Formel »zurück zu Linnen, Roggenbrot und Uckermärkertabak«³⁵ als ökonomisches Endziel postuliert. Denn, daß im strengen Wortsinn die Selbstversorgung für Deutschland eine »glatte Unmöglichkeit«³⁶ war, stand für die Autarkisten in der NSDAP außer Frage. Autarkie verwirklichen hieß für sie nicht, wie deren Kritiker immer wieder betonen, die »Ummodelung der deutschen Wirtschaft zu einem von der Umwelt völlig abgeschlossenen Organismus«, und war nicht synonym mit »hermetische[r] Verriegelung der [...] Grenzen und restlose[r] Abschließung von fremden Märkten«³⁷. Auch wenn der Nationalsozialismus das liberal-individualistische Wirtschaftsprinzip durch ein anderes ersetzen wollte, mußten »die Fragen der Handelspolitik einen breiten Raum« in der Programmdiskussion seit 1930 einnehmen. Während sich die liberale Wirtschaftsform außenwirtschaftlich – zumindest theoretisch – als Frei- und Welthandel darstellte, proklamierte die NSDAP eine »nationale Handelspolitik statt Weltwirtschaftspolitik«. Danach bestand nach nationalsozialistischer Auffassung die Aufgabe der Wirtschafts- und speziell der Außenwirtschaftspolitik nicht in der »Entwicklung einer Weltwirtschaft«, sondern in der »Ausbildung und Festigung der nationalen Binnenwirtschaft«³⁸. Vernünftige Autarkie war nicht zu verwechseln mit utopischer Selbstbescheidung, verlangte aber einen grundlegenden Kurswechsel in der Außenhandelspolitik. Dem Autarkiegedanken folgend, hatte sich diese lediglich darauf zu beschränken, nur so viel zu exportieren, wie zum Import notwendiger Rohstoffe und Nahrungsmittel und solcher Güter erforderlich erschien, die »nicht oder nur in nichtausreichendem Maße« in Deutschland vorhanden waren oder erzeugt werden konnten³⁹. Um dies zu gewährleisten, bedurfte es einer Steuerung des Außenhandels und einer Kontingentierung. »Autarkie bedeutet[e] also die Aufstellung eines Ein- und Ausfuhrplanes, der von dem notwendigen Einfuhrbedarf« ausging »und ihn durch planmäßigen Warentausch zu decken sucht[e]«⁴⁰.

32 So Karl C. Thalheim, *Autarkie – Weder Ziel noch Schicksal*, Leipzig 1932, S. 7, 13, 17, 31.

33 Herbert v. Beckerath/Fritz Kern, *Autarkie oder Internationale Zusammenarbeit*, Berlin 1932, S. 35.

34 Wie bei Bernhard Laum, *Die geschlossene Wirtschaft. Soziologische Grundlegung des Autarkieproblems*, Tübingen 1933, S. 2.

35 Epstein, S. 20.

36 Wilhelm Gerloff, *Autarkie als wirtschaftliches Problem*, in: *Autarkie?*, Berlin 1932, S. 14.

37 Emil Maurer, *Grundlagen und Zukunft der deutschen Nationalwirtschaft*, Leipzig 1932, S. 48.

38 Vgl. Anm. 21.

39 Ebd., S. 7.

40 Ferdinand Fried, *Autarkie*, Jena 1932, S. 48. »Entscheidend für die Verwirklichung der Nationalwirtschaft ist, durch ihr System dem deutschen Volke die Garantie zu geben, daß es mit seiner Volkswirtschaft von Krisen fremder Wirtschaften weitmöglichst unberührt bleibt. Die wirtschaftliche Autarkie eines Staates sehe ich erst in der ökonomischen Unantastbarkeit erfüllt, in einer Wirtschaftslage, die jedenfalls nicht entscheidend durch auswärtige Manöver oder Ereignisse beeinflußt werden kann«. So Rudolf Albert, *Nationalwirtschaft. Grundzüge der Gestaltung im Dritten Reich*, Leipzig 1932, S. 8.

Für den Fall einer nationalsozialistischen Machtübernahme hatte man demzufolge mit außenhandelspolitischen Folgen in Form der Umwandlung des bestehenden Handelsvertragssystems zu rechnen, mit der »Kündigung sämtlicher laufender Handelsverträge mit anderen Staaten zu den nächstmöglichen Terminen«⁴¹. Der Außenhandel hatte sich zudem aufgrund bilateraler Verträge, nach Möglichkeit unter Ausschluß des Devisenverkehrs, abzuwickeln, nach dem sogenannten Clearing-System. Dies besagt, daß bei neuen Vertragsabschlüssen das liberale Freihandelsprinzip dem der Reziprozität, also dem des Austausches von Waren gleichen Wertes und/oder gleicher Menge weichen mußte. Beim Clearing-Verfahren wurden anfallende Außenhandelswerte wechselseitig gutgeschrieben und ausgeglichen. Man wollte »also stets versuchen, mit einem Land in bezug auf Export nach Deutschland und Import aus Deutschland zu einem Gleichgewichtszustand zu kommen«⁴². Dieses Prinzip der Gegenseitigkeit sollte zudem durch das der Präferenz anstelle der Meistbegünstigung ergänzt werden. Bei einem solchen Vertragssystem »sind allgemeine politische, geographische oder wirtschaftliche Umstände wie das politische Bündnis oder die Nachbarlage das bestimmende Merkmal für die unterschiedliche Behandlung«⁴³. Derartige Präferenzverträge konnten auf die Entwicklung engerer wirtschaftlicher Beziehungen oder Verbindungen zwischen einzelnen Staaten hinwirken, denn »die Vertragspartner räum[t]en sich gegenseitig oder einem bestimmten Dritten Privilegien ein, die auf die übrigen Staaten nicht ausgedehnt« wurden⁴⁴. Eine derart konzipierte Außenhandelspolitik sollte nach nationalsozialistischer Wunschvorstellung »ganz natürlich zu einem Zusammenschluß«, zu einem mehr oder minder großen Wirtschaftsraum führen⁴⁵.

Aber durch optimale Eigenerzeugung sowie durch einfache Einfuhr- und Ausfuhrdezipierung und -regulierung ließ sich kein ökonomischer Zustand herstellen, den man mit Fug und Recht als autark hätte charakterisieren können. Deshalb tauchten auch Begriffe wie Teilautarkie und Nahrungsfreiheit in der Autarkiediskussion auf. Sie treffen aber nicht den Kern der spezifisch nationalsozialistischen außenwirtschaftlichen Bestrebungen. Diese finden sich bereits in der außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Konzeption der NSDAP der zwanziger Jahre, nämlich in der Rassen- und Raumideologie. Besaß die Partei bis zur Weltwirtschaftskrise auch keine spezifische Theorie »im Sinne eines analytischen Modells«, so verfügte sie doch über eine »deutlich definierte und ideologisch bestimmte Wirtschaftsauffassung«⁴⁶. Dieser zufolge besaßen »Außenpolitik und Wirtschaftspolitik nur Funktio-

41 *Nationale Handelspolitik statt Weltwirtschaftspolitik*, a. a. O., S. 7.

42 *Ebda.*

43 *Alexander Massakas*, Präferenzzölle als Mittel der Annäherungspolitik der bedeutendsten Wirtschaftsgebiete Europas, Diss. Königsberg 1933, S. 10. – Präferenzzölle sind in der Regel Vorzugszölle, die aus verschiedenen Gründen einem anderen Lande als Handelspartner eingeräumt werden. In der Regel werden sie wirtschaftlich abhängigen Staaten gewährt. Meistbegünstigung bedeutet die Verpflichtung eines Staates, alle handelspolitischen Vergünstigungen, besonders Zollvorteile, die er einem anderen Land eingeräumt hat, allen auswärtigen Handelspartnern ebenfalls einzuräumen, mit denen er Meistbegünstigung vereinbart hat.

44 *Ebda.*, S. 11.

45 *Fried*, Autarkie, S. 126. Zur Theorie und Praxis dieses Außenhandels vgl. *Hans-Erich Volkmann*, Außenhandel und Aufrüstung in Deutschland 1933 bis 1939, in: *Friedrich Forstmeier/Hans-Erich Volkmann* (Hrsg.), *Wirtschaft und Rüstung am Vorabend des Zweiten Weltkrieges*, Düsseldorf 1975, S. 81 – 131; *Dörte Doering*, Deutsche Außenwirtschaftspolitik 1933 – 1935. Zur Gleichschaltung der Außenwirtschaft in der Frühphase des nationalsozialistischen Regimes, Diss. FU Berlin 1969; *Manfred Meier*, Deutsche Außenhandelsregulierung von 1933 bis 1939, Diss. Basel, Bergen-Enkheim 1956.

46 *Avraham Barkai*, Die Wirtschaftsauffassung der NSDAP, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament B 9/75, 1. März 1975, S. 9 – 16, hier S. 4.

nen zur *Selbstbehauptung* und *Erhaltung* eines Volkskörpers«⁴⁷, und zwar in einem territorialen Rahmen, innerhalb dessen die Selbstversorgung eines auf Zuwachs bedachten Volkes für längere Zeit garantiert sein mußte. Ein vom Nationalsozialismus beherrschtes Deutschland sollte sich nach Hitlers Vorstellung »von allen weltindustriellen und welt-handelspolitischen Versuchen ab[wenden]« und »statt dessen alle seine Kräfte« konzentrieren, um seinem »Volk durch die Zuweisung eines genügenden Lebensraumes für die nächsten 100 Jahre auch einen Lebensweg vorzuzeichnen«. Der gesuchte Raum konnte »nur im Osten liegen«⁴⁸. Die NS-Außenwirtschaftspolitik, wie sie bereits in den zwanziger Jahren konzipiert war, erklärt sich also im Kontext zum rassistisch-völkisch motivierten »Lebensraumimperialismus«⁴⁹. »Die nationale Autarkie führte[e daher] aus der Weltwirtschaft in die der eigenen Volkswirtschaft nächst gegliederte Stufe der Raumwirtschaft, der Bündniswirtschaft eines Völkerblocks«⁵⁰ unter Einbeziehung Ost- und Südosteuropas. Unter Autarkie verstand die NSDAP »die Errichtung einer nationalen Wirtschaft durch Lösung des Raumproblems«⁵¹. Autarkie ließ sich nur in einem Großwirtschaftsraum realisieren, und da Deutschland sämtlicher Kolonien beraubt war, sahen sich die Nationalsozialisten »vorläufig auf den Weg gedrängt, die für das eingeeengte deutsche Volk notwendige Erweiterung seines Lebensraumes« nach Mittel-, Ost- und Südosteuropa auszurichten⁵². Autarkie im nationalsozialistischen Sinne bedeutete also nichts anderes als wirtschaftlicher Imperialismus mit dem Ziel der »Schaffung eines sich in Produktion und Konsumtion selbst genügenden Wirtschaftsgebietes, das jedoch auf so große Räume und so reiche Hilfsquellen gestellt« sein mußte, »daß es allen wirtschaftlichen [...] Daseinsbedingungen seiner Mitglieder genügen« konnte, und Autarkie hieß darüber hinaus »Markterschließung und Markteroberung, die nicht der eigenen Kraft, der Leistungsfähigkeit der heimischen Produktion, dem freien Wettbewerb vertraut[e], sondern in Erlangung bequemer Vorzugsstellungen und monopolistischer Ausschließung der Konkurrenz ihre Waffen erblickt[e]«⁵³. Einen derart ökonomisch motivierten Expansionsdrang als »imperialistische Machtentfaltung« oder gar als »Streben nach Weltherrschaft« zu apostrophieren, wies die NSDAP entschieden zurück. Sie erblickte darin lediglich das Ergebnis der, wie sie meinte, »richtigen Erkenntnis [...], daß die Schöpfung den Menschen den Selbsterhaltungstrieb in die Seele gelegt« habe. Die Ausrichtung der Außen- und Wirtschaftspolitik nach Osten provoziere nicht unbedingt – wie es ein Mitglied des Reichswirtschaftsrates der Partei artikulierte, »Krieg um jeden Preis«. Sie konnte »auch auf durchaus friedlichem, diplomatischem Wege« erfolgen⁵⁴.

Diese Markterschließung und -eroberung war zunächst mit außenwirtschaftlichen, mit friedlichen Mitteln anzustreben. Sie mußte aber unabdingbare Prämissen haben und Konsequenzen fordern, die im krassen Gegensatz zu Marktwirtschaft und Freihandel standen, nämlich planwirtschaftliche Eingriffe des Staates. Zentrale Wirtschaftsplanstellen sollten die Leistungen der deutschen Nationalwirtschaft gegenüber den Bedürfnissen der Bevöl-

47 Brief Hitlers an Papen, 12. 10. 1932, *ebda.*, S. 4, Anm. 7.

48 *Hitlers Zweites Buch*. Ein Dokument aus dem Jahr 1928, Stuttgart 1961, S. 163.

49 Vgl. Eberhard Jaeckel, *Hitlers Weltanschauung*, Tübingen 1969.

50 Wilhelm Link, Deutsche Außenhandelspolitik, in: *Nationalsozialistisches Denken und Wirtschaft*, Stuttgart 1932, S. 71 – 89, hier S. 86.

51 Maurer, S. 4.

52 *Ebda.*, S. 35.

53 Gerloff, a. a. O., S. 13.

54 Alfred Pfaff, *Der Wirtschaftsaufbau im Dritten Reich*, München 1932, S. 10.

kerung ausbalancieren sowie Ein- und Ausfuhr nach nationalwirtschaftlichen Notwendigkeiten, die Partei und Staat als solche definierten, regeln. Bestand das Ideal der Autarkie in der Beherrschung eines Gebietes, das eine ausgeglichene Wirtschaftsstruktur zwischen Industrie und Landwirtschaft aufwies, lediglich in der Theorie, so galt es für die Praxis, einen zumindest annähernd gearteten Zustand durch »die dauernde gegenseitige Ergänzung mit anderen Volkswirtschaften« herzustellen, »sei es daß fremde Volkswirtschaften durch politischen Druck oder wirtschaftlichen Druck oder auch durch Gewalt in ein Abhängigkeitsverhältnis gebracht werden, sei es, daß eine feste Fundierung der Wirtschaftsbeziehungen auf dem Wege der Bildung eines Großwirtschaftsraumes angestrebt wird«⁵⁵. Denn Autarkie bedingte stabile wirtschaftliche Verhältnisse, die Ergänzungsfähigkeit innerhalb eines Großraumes auf Dauer. Daher zielte die Großraumwirtschaft »auf vielseitige Produktion und zweckmäßige Arbeitsteilung im Innern, auf lohnenden Absatz im großen Binnenmarkt und auf handelspolitischen Machtzuwachs. Wenn nicht totale, so doch relative Selbstgenügsamkeit« war ihr Zweck. Die Großraumwirtschaft wollte »nicht auf fremde Länder und deren guten Willen angewiesen sein«. Darum waren »es gerade Völker ohne Kolonien, die solche neuen Gebilde wie eine Großraumwirtschaft brauch[t]en«⁵⁶.

Infolgedessen mußte erstens eine Verlagerung des Außenhandels nach Ost- und Südosteuropa stattfinden, weil es in nationalsozialistischen Augen ein völlig unbefriedigender Zustand war, wenn Deutschland »seine Rohstoffbasis noch ganz überwiegend in Übersee hat[te], in Gebieten, mit denen die Verbindung bei irgendwelchen Verwicklungen sofort abgeschnitten« werden konnte. Denn Deutschland – so hieß es im »Wirtschaftlichen Sofortprogramm« von 1932 – »ist nicht in der Lage, die Verbindung zu diesen Rohstoffgebieten aufrechtzuerhalten und zu schützen«. Es gehörte daher zu den nationalsozialistischen handelspolitischen Richtlinien, bei dem zusätzlich zur Eigenerzeugung »erforderlichen Rohstoffbezug [...] befreundete europäische Staaten zu bevorzugen, insbesondere insoweit, als sie bereit« waren, »für die Abnahme ihrer Rohstoffe durch Deutschland industrielle Fertigwaren aus Deutschland zu beziehen«⁵⁷. Eine solche Verlagerung mußte »in hohem Maße dazu beitragen, die Aufnahmefähigkeit Mitteleuropas zu erhöhen, also derjenigen Staaten, die ihre Industriefabrikate ganz überwiegend, vielfach sogar bis auf geradezu minimale Restbeträge aus Deutschland« bezogen, mußte – nach Auffassung auch nicht-nationalsozialistischer Kreise – »mithin deutschen Menschen in der Industrie Brot beschaffen«⁵⁸. Und zweitens hatte die Konzentration des Außenhandels nach Ost- und Südosteuropa zu erfolgen, weil damit die Voraussetzung zur Schaffung der nahezu idealen produktionswirtschaftlichen Mischform gegeben schien, indem »Deutschland den Südosten mit Industriewaren versorgt[e], während sich die Balkanstaaten auf die in Deutschland gegebenen Absatzmöglichkeiten insbesondere für Nahrungsmittel und industrielle Rohstoffe durch Produktionsumstellungen einrichten« konnten⁵⁹. Autarkie bedingte also »das Walten der einheitlich politischen Lenkung allen wirtschaftlichen Außenverkehrs zugunsten der Lebensbehauptung des Volkes«⁶⁰.

55 Horst Kremmler, Das Autarkieproblem im Lichte des Stufengedankens der organischen Wirtschaftstheorie, Diss. Dresden 1940, S. 70.

56 Franz Eulenburg, Großraumwirtschaft und Autarkie, Jena 1932, S. 14.

57 Wirtschaftliches Sofortprogramm, S. 17. BA NSD 9/204.

58 Fritz Kreil, Mitteleuropäische Autarkie, in: Zeitschrift für Geopolitik 9, 1932, 1, S. 206 – 213, hier S. 211.

59 Kremmler, S. 70.

60 Friedrich von Gottl-Ottlilienfeld, Theorie blickt in die Zeit, Jena 1939, S. 30.

Tatsächlich zeigten sich die ökonomischen Interessen einer Reihe betroffener Staaten so gelagert, »daß das industrielle Deutschland sichere Absatzmöglichkeiten in den Agrarländern haben würde, und diese wiederum« bereit waren, den deutschen »Zuschußbedarf an Agrarprodukten zum großen Teil [zu] decken«⁶¹, was auch für industrielle Rohstoffe galt⁶². Ein nationalsozialistisches Deutschland wollte »mittels eines wirtschaftspolitischen Föderalismus diesen politisch und wirtschaftlich unselbständigen osteuropäischen Staaten-gürtel zu durchdringen« und die betroffenen Völkerschaften »wirtschaftlich in notwendiger Ergänzung der deutschen und ihrer eigenen Autarkie in feste wirtschaftspolitische Beziehungen zum deutschen Staats- und Wirtschaftsraum [zu] setzen« suchen⁶³.

Nach Auffassung der Autarkisten stand Deutschland »vor der Aufgabe, einen Wirtschaftsraum zum ersten Male richtig zu gestalten«⁶⁴. Zwar versuchten die südosteuropäischen Staaten, nach Möglichkeit ihre außenwirtschaftliche Handlungsfreiheit zu bewahren, doch hing diese von ihrer Exportfähigkeit und von ihren Exportprodukten ab, d. h. von agrarischen Gütern, bei denen zum großen Teil auf dem Weltmarkt ein Überangebot herrschte, und von den zum Teil noch nicht erschlossenen Bodenschätzen. Deutschland besaß sowohl einen aufnahmefähigen Markt für die agrarischen Güter als auch die Investitionsmittel, um die Industrialisierung der Staaten zwecks forcierter Ausbeutung ihrer Rohstoffe zu betreiben. »So waren es nur die auf Export von Erzeugnissen der Landwirtschaft und des Bergbaus angewiesenen kapitalarmen Länder des Südostens, die mangels einer Alternative auf das industrialisierte Deutschland als Tauschpartner vorzüglich angewiesen waren«⁶⁵. In den südosteuropäischen Staaten selbst wurden daher Überlegungen zur Schaffung einer »Wirtschaftseinheit Europa« angestellt; wenn auch nicht im Sinne einer nationalsozialistischen Großraumwirtschaft, so standen doch »europäischer Zollverein und mitteleuropäische Wirtschaftsgemeinschaft im Mittelpunkt ernsthafter Erörterungen«⁶⁶.

Die Zeit nach 1933 hat bewiesen, mit welcher Meisterschaft das NS-Regime diese handels-

61 *Link*, a. a. O., S. 80.

62 Vgl. *Roland Schönfeld*, Die Balkanländer in der Weltwirtschaftskrise, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 62, 1975, S. 179 – 213, hier S. 210: In Deutschland eröffnete sich den Balkanstaaten »ein aufnahmefähiger Absatzmarkt, der durch heimliche Zollrückvergütungen und den überhöhten Kurs der Reichsmark noch an Attraktivität gewann. Die Reglementierung der deutschen Agrarwirtschaft erlaubte die Abnahme südosteuropäischer Ernteüberschüsse zu langfristig garantierten, kostendeckenden und in der Regel weit über den Weltmarktnotierungen liegenden Preisen. Ihre terms of trade verbesserten sich entscheidend, das Wirtschaftswachstum wurde wieder angeregt und durch die Steigerung der Erlöse im Agrarsektor die Akkumulationskraft dieser Volkswirtschaften gestärkt«.

63 *Werner Daitz* (*Hans Schroeder*), Die nationalsozialistische Ostraumpolitik und der Hansa-Kanal. Ein Beitrag zum nationalsozialistischen Arbeitsbeschaffungs-Programm (= Nationalsozialistische Wirtschaftspolitik, H. 2), Berlin 1932, S. 10.

64 *Fried*, Autarkie, S. 127.

65 *Hans Raupach*, Strukturelle und institutionelle Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise in Ost-Mitteleuropa, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 24, 1976, S. 35 – 57, hier S. 52. Der Verfasser meint, es seien über die Austauschmöglichkeiten zwischen Südosteuropa und Deutschland keine Untersuchungen angestellt worden. Demgegenüber ist nur beispielsweise zu verweisen auf *Hermann Gross*, Deutsch-rumänische Wirtschaftsbeziehungen, mit einer volkswirtschaftlichen Bibliographie über Rumänien, Berlin 1920; *Walter Geck*, Bulgarien als Absatzgebiet für die deutsche Maschinenindustrie unter besonderer Berücksichtigung von Verbrennungs-Kraftmaschinen, Diss. Köln 1924/25; *Kyrill R. Tzonsaroff*, Die Maschinisierung der bulgarischen Landwirtschaft in ihrem Zusammenhang mit der Agrarstruktur Bulgariens, Diss. Leipzig 1936.

66 Vgl. z. B. *Elemér Hantos* (Ungarischer Staatssekretär a. D.), Europäischer Zollverein und mitteleuropäische Wirtschaftsgemeinschaft, hrsg. vom Internationalen Komitee des Europäischen Zoll-Vereins, Berlin 1928.

politische Karte zu spielen wußte⁶⁷. Wo sie nicht stach, auch das brachte die wirtschaftspolitische Literatur der NSDAP vor der Machtergreifung unmißverständlich zum Ausdruck, erschien »der Appell an das Schwert nicht nur [als] Notwendigkeit, sondern auch [als] Recht«⁶⁸. Damit kalkulierte man bewußt ein, »daß die Völker den Weg zu größerer und gesicherter Lebensform erst unter dem Zwang kriegerischer Auseinandersetzungen zu beschreiten bereit« waren. »Auf die Wünsche jedes Einzelstaates unbedingt Rücksicht nehmen« hieß im nationalsozialistischen politischen Verständnis »eine Atomisierung der politischen Lebensräume befürworten und jede gesunde Weiterentwicklung zu größerer Lebensform unterbinden«⁶⁹.

Der Nationalsozialismus hatte also dem Autarkiebegriff einen diesem zunächst widersprechenden spezifischen Sinngehalt unterlegt, nämlich einen außenpolitischen und außenwirtschaftlichen. Autarkie wurde, um im NS-Sprachgebrauch zu bleiben, als »das Lebensrecht jedes Volkes und jeder Nation« verstanden, »seine Wirtschaft so zu gestalten, daß sie ihm eine Burg ist, in der es im Falle handelspolitischer, währungspolitischer oder gar kriegerischer Verwicklungen nicht ausgehungert oder ausgedurstet werden« konnte⁷⁰. Autarkie war gleichzusetzen mit »Sonderung des Bedürfnisses des Volkes nach wirtschafts- und wehrpolitischen Gesichtspunkten«⁷¹.

Ein lediglich auf Ostmittel- und Südosteuropa ausgedehnter deutscher Wirtschaftsraum vermochte diesem Anspruch jedoch nicht zu genügen. Hingegen bewiesen seriöse statistische Erhebungen, daß »zwei Drittel des Gesamtexports der europäischen Länder [ohne Großbritannien] [...] in der Nachkriegszeit auf dem europäischen Binnenmarkt abgesetzt, und mehr als die Hälfte des Einfuhrbedarfes der Länder Europas [...] dort gedeckt« wurden. Diese Verflechtung ging so weit, daß sich Europa zu 90 % mit industriellen Verbrauchsgütern und zu 80 % mit Rohstoffen selbst versorgte⁷². Eine Modernisierung der Landwirtschaft und eine Intensivierung der Rohstoffgewinnung – insbesondere in den Südländern – sowie eine langfristig aufeinander abgestimmte Produktion und Konsumtion mußten diese Prozentsätze merklich erhöhen. Der Weg zur Aufrichtung eines deutschen Großwirtschaftsraumes konnte daher nur über »die Aktivierung unserer Außenpolitik auf rein wirtschaftlicher Basis mit dem einheitlichen Ziel einer großen Zollunion von der Nordsee bis zum Schwarzen Meer« erfolgen, der »die Tendenz zur Autarkie inne[wohnte]«⁷³. Ungeachtet aber dieser Tendenz zur Selbstversorgung durch die starke Verwobenheit der europäischen Länder miteinander war es klar, »daß die Verflechtung nicht etwa bis zu ausschließlicher europäischer Selbstversorgung« führen würde, wie eine gewisse Abhängigkeit von außer-

67 Helmut Kühn, Die Verlagerung in der deutschen Lebensmittel- und Rohstoffeinfuhr 1933 bis 1938 (Ein Problem nationalsozialistischer Außenhandelspolitik), Diss. Berlin 1938, Würzburg 1939.

68 Pfaff, S. 10.

69 Erich Obst, Die Großraum-Idee in der Vergangenheit und als tragender politischer Gedanke unserer Zeit, Breslau 1940/41, S. 20 f.

70 So der Großraumexperte der NSDAP, Werner Daitz. Zit. nach Alfred Ringer, Handel und Außenhandel. Neubau des Außenhandels im nationalsozialistischen Deutschland, Berlin 1933, S. 20.

71 Ringer, S. 20.

72 Herbert Gaedicke / Gert von Eynern, Die produktionswirtschaftliche Integration Europas. Eine Untersuchung über die Außenhandelsverflechtung der europäischen Länder, T. I. (Textband), Berlin 1933, S. 121. Die Untersuchung war bereits vor der nationalsozialistischen Machtübernahme im Druck.

73 Karl Krüger, Deutsche Großraumwirtschaft, Hamburg 1932, S. 5.

europäischen Rohstoff- und Lebensmitteleinfuhren blieb⁷⁴. Daher mußte »eine kontinental-europäische Großraumwirtschaft unter deutscher Führung [...] in ihrem letzten Friedensziel sämtliche Völker des Festlandes von Gibraltar bis zum Ural und vom Nordkap bis zur Insel Zypern umfassen, mit ihren natürlichen kolonisatorischen Ausstrahlungen in den sibirischen Raum und über das Mittelmeer nach Afrika hinein«⁷⁵.

Bei der Frage nach der *Wirksamkeit* dieses Autarkie-Programms geht es nicht darum, mit mathematischer Genauigkeit die Befürworter von den Gegnern abziehen oder umgekehrt. Wenn Turner und Stegmann in ihrer Kontroverse um das Verhältnis von Großindustrie und NSDAP eines bewiesen haben, dann die Unergiebigkeit einer solchen additiven Methode. Trägt man hingegen einige Fakten zum politischen Psychogramm der Zeit zusammen, dann stellt man fest, daß vor und neben der Autarkietheorie bereits ähnliche Modelle zu einer europäischen Verbundwirtschaft entwickelt worden sind, wie sie als Paneuropaidee⁷⁶, als Entwurf einer Zollgemeinschaft⁷⁷, als Mitteleuropaplan oder unter der Bezeichnung Zwischeneuropa bekannt sind.

Die Begriffe Mitteleuropa und Zwischeneuropa standen im Mittelpunkt von Überlegungen des »Tat«-Kreises, innerhalb dessen man sich über die wirtschaftspolitische Gestaltung Europas unter deutscher Führung vielfältige und eingehende Gedanken machte. Zunächst ist der einflußreiche Publizist Gieselher Wirsing zu nennen, der sich für eine Verbindung Deutschlands mit Zwischeneuropa einsetzte (mit Österreich, Estland, Lettland, Litauen, Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn, Jugoslawien, Bulgarien und Rumänien). Er schlug 1930 eine ausreichende agrarische Arbeitsteilung »in dem deutsch-zwischeneuropäischen Gesamttraume« vor, um die ausgesprochenen Agrarländer von ihrer Monokultur und Überproduktion abzubringen und ihnen damit zu Kaufkraft durch den Absatz gezielt angebauter landwirtschaftlicher Mangelgüter zu verhelfen. Sollte dies erreicht werden, dann war auch die Frage des industriellen Absatzes für deutsche Waren keine grundsätzliche Schwierigkeit mehr. Ihm ging es nicht darum, »etwa die gesamte deutsche, österreichische und tschechoslowakische Industrieproduktion in diesem Raume unterzubringen, sondern nur einen so großen Teil davon, daß das Schicksal dieser Länder nicht mehr schlechthin abhängig« war »von der Aufnahmefähigkeit der Weltmärkte«⁷⁸. Im Jahre 1931 sah er Deutschland, bedingt durch die sich herausbildenden geschlossenen Märkte Amerikas und Japans, bereits zu einer Zwangsautarkie verdammt, ein Umstand, dem es noch rechtzeitig vorzubeugen galt, und zwar durch eigene Initiative. »Aber wenn die Alternative: Kolonie des Westens oder Herauslösung aus kapitalistischer Verkettung, selbst unter schärfsten Opfern unserer Lebenshaltung, nicht mit ganzer Schwere gestellt wird, werden

74 Wirtschaft und Europa. Unterlagen der Geschäftsführung des Deutschen Industrie- und Handelstages zur weltwirtschaftlichen Lage, April 1931. BA Reichswirtschaftskammer R 11/1291.

75 Denkschrift über die Errichtung eines Reichskommissariats für Großraumwirtschaft, 31. 5. 1940. BA R 43 II/312. Vgl. Hans-Erich Volkmann, Autarkie, Großraumwirtschaft und Aggression. Zur ökonomischen Motivation der Besetzung Luxemburgs, Belgiens und der Niederlande 1940, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen, 1, 1976, S. 51 – 76.

76 Vgl. z. B. Hans Krebs, Paneuropa oder Mitteleuropa?, München 1931; Wilhelm Gürge, Paneuropa und Mitteleuropa, Berlin 1929; Georg Schulze, Was ist, was will Paneuropa?, Berlin 1932; Andreas Fleissig, Planeuropa. Die soziale und wirtschaftliche Zukunft Europas, München/Leipzig 1930.

77 Europäischer Zollverein und mitteleuropäische Wirtschaftsgemeinschaft. Europa als Wirtschaftseinheit, Berlin 1928; Wilhelm Grotkopp, Europäische Zollunion als Weg aus deutscher Wirtschaftsnot, Berlin 1931.

78 Gieselher Wirsing, Zwischeneuropa und die deutsche Zukunft, Jena 1932, S. 290. Das Manuskript war aber bereits im Herbst 1930 abgeschlossen.

wir der Erlahmungspolitik der Stärkeren erliegen. Die Zeit, in der die Neunmalklugen auch hier nicht mehr von ›Phantasien‹ zu reden wagen werden, kommt mit jedem Tag näher, mit dem die Beherrscher der Welt mit eiserner Konsequenz und unerbittlicher Logik uns tiefer in die Verzweiflung hinabstoßen«⁷⁹.

Über Mitteleuropa hinaus blickte einer der einflußreichsten Repräsentanten des »Tat«-Kreises, Hans Zehrer. Er machte sich bereits Gedanken über den »Entwurf eines europäischen Wirtschaftsprogramms auf der Grundlage geopolitischen Raumdenkens, gegen den ›wirtschaftlichen Nationalismus der anderen‹«. Als Voraussetzung für die Erfüllung eines solchen Wirtschaftsprogramms nannte er »zunächst die planwirtschaftliche, staatskapitalistische, autoritäre Einrichtung Deutschlands im Innern und die v. a. wirtschaftlich bedingte, kompromißlose außenpolitische Umorientierung nach Osten und Südosten«⁸⁰.

Ein dritter »Tat«-Kreis-Angehöriger, Ferdinand Friedrich Zimmermann, alias Ferdinand Fried, entwickelte noch weitergesteckte Raumvorstellungen. Er ging bereits davon aus, daß, wenn »der Gedanke der Wirtschaftsräume als Grundsatz, als Antithese zum Freihandel noch abgelehnt« werde, »man sich doch schon auf der Synthesis des südosteuropäischen Raumes zahlreicher zusammen[findet]«⁸¹. Angesichts der Tatsache, daß sich allenthalben Wirtschaftsblöcke in der Welt formierten, während sich »der ganze ›Südosten‹ noch [als] ein Trümmerfeld«⁸² darstelle, sei der Anreiz für Deutschland, dieses in seinem Sinne aufzubauen, groß. Als Meilenstein auf dem Weg zu einer neuen Ordnung in Ostmitteleuropa wertete er die geplante deutsch-österreichische Zollunion, die »vielleicht schon die entscheidende Wendung nach den neuen Richtungen, die uns in die Zukunft weist«, bringen konnte. Kam die Zollunion zwischen Deutschland und Österreich zustande, dann sah er bereits »allmählich die neuen Konturen der Welt sich langsam abheben, wie auf einer beleuchteten Platte im Entwickler«. Um Deutschland-Österreich konnte sich dann der mittel- und südosteuropäische Raum gruppieren, »vielleicht auch Griechenland« mit der Verbindung zur Türkei und nach Persien⁸³. Dieser Raum mußte wirtschaftlich auch nach Norden den Anschluß suchen »an die schon keimende baltische Union [Finnland und Randstaaten]«, wodurch ein Gebiet entstand, das »schließlich im Osten an Rußland seinen gewaltigen wirtschaftlichen Rückhalt« finden mußte. Die von ihm erhoffte wirtschaftliche Symbiose »zwischen Mitteleuropa-Rußland« konnte noch ausgedehnt werden auf Belgien, Holland, Skandinavien. Denn wie lange die beiden erstgenannten »Gebiete sich noch auf das ihnen verbliebene Kolonialreich in Afrika und Hinterindien« würden »stützen können«, blieb »eine Frage der Zeit«⁸⁴.

Wie weit verbreitet der Mitteleuropagedanke war, beweist u. a. die Arbeit des gleichnamigen Instituts, das eine vielbeachtete Schriftenreihe herausgab. In einem Sammelband, dem der Reichsminister G. R. Treviranus ein Geleitwort vorangestellt hatte, wurde die »Großraumwirtschaft« als der »Weg zur europäischen Einheit« bezeichnet⁸⁵.

All diesen Konzeptionen lag das gemeinsame, wenn auch im einzelnen modifizierte Bestreben zugrunde, die durch die Schaffung der europäischen Nachkriegsstaaten und damit

79 Ders., Zwangsautarkie, in: Die Tat 23, 1931, S. 428 – 438, hier S. 438.

80 Hans Hecker, Die Tat und ihr Osteuropa-Bild 1909 – 1939, Köln 1974, S. 136.

81 Fried, Autarkie, S. 127.

82 Ebda., S. 142.

83 Ferdinand Fried, Das Ende des Kapitalismus, Jena 1931, S. 264.

84 Ebda., S. 265.

85 Wilhelm Gürgel / Wilhelm Grotkopp, Großraumwirtschaft. Der Weg zur europäischen Einheit, Berlin 1931.

durch die Errichtung einer Vielzahl von Zollschranken zerstörte relative Wirtschaftseinheit des Deutschen Reiches und Österreich-Ungarns wiederherzustellen, und zwar erstens zwecks Intensivierung des europäischen Binnenhandels und zweitens zur Wettbewerbsstärkung dieses Raumes gegenüber den Kolonialmächten, den USA und Japan auf dem Weltmarkt. War doch allenthalben sichtbar, in welch hohem Maße, durch die Weltwirtschaftskrise verstärkt, sich eine »Bildung autarker Großräume« unter der Kontrolle dieser Staaten vollzog⁸⁶: Mit den Beschlüssen von Ottawa (1932) konstituierte Großbritannien seinen nahezu geschlossenen Wirtschaftsraum, innerhalb dessen die Kolonien, ebenso wie im Falle des im agrarischen Bereich bereits als Selbstversorger geltenden Frankreich⁸⁷, Präferenzen genossen. Auch das bolschewistische Rußland hatte seinen Außenhandel weitgehend auf die Einfuhr moderner Investitionsgüter beschränkt und ausgerichtet.

Die diesen Bestrebungen zugrundeliegenden Überlegungen und Pläne fanden größtenteils Eingang in das nationalsozialistische Autarkie-Projekt, indem den ökonomischen und politischen Inhalten eine spezifisch deutsche nationalistisch-rassische und eine militaristische Komponente hinzugefügt wurde. Die Autarkietheorie fiel demzufolge auf einen längst vorbereiteten gedanklichen Boden. Und »je tiefer das Konjunkturbarometer der Wirtschaft sank, um so glänzender wurde die Konjunktur« der Schlagworte »Autarkie und Großraum-Wirtschaft in den Belangen der Handelspolitik«⁸⁸. Autarkie war – wie es ein zeitgenössischer Autor konstatierte – »mit einem Mal zu einem der meist begegnenden Worte in der Tagespresse und in Zeitschriften geworden«⁸⁹. Zwei Momente waren es, die die Wunschvorstellung von der Autarkie im politischen Bewußtsein verankerten: ein überzogenes Nationalbewußtsein in Verbindung mit wirtschaftspolitischen Überlegungen. »Der hypertrophe Nationalismus unserer Tage«, so schrieb ein Schweizer Autor, »ist die beste Quelle, aus der das zweifelhafte Gewächs der Autarkiebewegung seine Säfte zieht«⁹⁰. Autarkie, so formulierte es ein Frankfurter Ordinarius für Volkswirtschaftslehre 1932, war »das Wirtschaftsideal des Nationalismus« schlechthin⁹¹. Identifiziert diese Feststellung auch den Kern der Autarkieanhänger, so erfaßt sie doch nicht den gesamten Kreis derer, die sich mit den Möglichkeiten einer europäischen Selbstversorgung befaßten. Bezeichnend mag sein, daß das Institut für Sozial- und Staatswissenschaften an der Universität Heidelberg unter der Federführung von Arnold Bergsträsser, Jakob Marschak und Alfred Weber eine Untersuchungsreihe begründete, in der »die produktionswirtschaftliche Integration Europas« aufgezeigt wurde und die Aufschluß »über die Außenhandelsverflechtung der europäischen Länder« geben sollte. Die erste dieser Studien kam immerhin zu dem bemerkenswerten Ergebnis, daß »der Außenhandel der europäischen Länder [...] überwiegend der inneren wirtschaftlichen Ergänzung Europas« diene, mithin »der europäische Binnenmarkt [...] für die zugehörigen Länder wichtiger als die übrige Welt« war⁹². Hier konnte man auch den Beweis für den Rückgang des europäischen Handelsverkehrs mit der außereuropäi-

86 *Raupach*, a. a. O., S. 51.

87 *Georges Henri Bousquet*, Autarkie und weltwirtschaftliche Expansion als treibende Kräfte der französischen Wirtschaftspolitik der Gegenwart, Jena 1930.

88 *Theo Keller*, Sinn und Unsinn der Autarkie, in: Schweizerische Rundschau 32, 1932/33, S. 669 – 783, hier S. 769.

89 *Oswald von Nell-Breuning*, Autarkie, in: Die Stimmen der Zeit 63, 1932, 124, S. 28 – 39, hier S. 28; *Friedrich Hoffmann*, Der Ruf nach Autarkie in der deutschen politischen Gegenwarts-ideologie, in: Weltwirtschaftliches Archiv 36, 1932, 2, S. 496 – 511.

90 *Keller*, a. a. O., S. 770.

91 *Gerloff*, a. a. O., S. 13.

92 *Gaedicke/Eynerg*, S. 21.

schen Welt von 37 % des Welthandelsvolumens von 1914 auf 31 % im Durchschnitt der Jahre 1925 bis 1930 nachlesen. Demgegenüber ließ sich beispielsweise ein steigender Absatz der Vereinigten Staaten von Amerika und Japans auf den Überseemärkten registrieren. Die Schlußfolgerung aus diesen Tatbeständen vermochte die Autarkisten nationalsozialistischer Prägung ebenso in ihrer Auffassung zu bestärken, wie Volkswirtschaftstheoretiker und Unternehmer in ihrem Verhältnis zum liberalen Freihandel zu verunsichern, wenn es hieß: »Mag man auch der Meinung sein, daß die Industrialisierung neuer Länder den alten europäischen Industriestaaten auf *die Dauer* nicht zum Schaden gereicht, so sollte der Rückgang des europäischen Anteils am Welthandel doch ein Mahnruf zur Besinnung sein – zur Besinnung auf das gemeinsame europäische Interesse und auf die Notwendigkeit einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit aller Staaten Europas«⁹³.

Nicht ohne Grund hatte die Internationale Handelskonferenz vom März 1930 »die Frage engerer wirtschaftlicher Zusammenarbeit innerhalb Europas« in den Vordergrund der Diskussion gerückt, und auch der Deutsche Industrie- und Handelstag sah sich 1931 zu prüfen genötigt, »inwieweit die deutsche Volkswirtschaft durch ein engeres Verhältnis der europäischen Länder untereinander [...] gestärkt werden« könne⁹⁴. Folgende gruppenspezifische Reaktionen auf das Autarkie-Programm lassen sich registrieren:

1. Als sich im Jahre 1932 Persönlichkeiten verschiedenster politischer Richtungen aus Wirtschaft und Wissenschaft zusammenfanden, »um dem Gedanken [...] der Befreiung des Handels der Nationen untereinander von schädlichen Hindernissen und Hemmungen [...] erneut umfassende Geltung zu verschaffen«, war ihnen bewußt, daß die *Masse* der Bevölkerung in Deutschland »sich [...] noch überwiegend in entgegengesetzter Richtung bewegt[e]«⁹⁵. »Immer wieder«, so schrieben bei anderer Gelegenheit zwei zeitgenössische Volkswirtschaftler, »wird in Deutschland der Vorschlag gemacht, sich autarkisch einzurichten, und die Redner, die solche Vorschläge auf Versammlungen machen, finden immer wieder Beifall«⁹⁶. Insbesondere von der *jungen Generation* in Deutschland wurde der Gedanke der Autarkie willig aufgenommen, und zwar aus einer nationalistischen Trotzhaltung, »aus mißverstandenen Heroismus«, wie es der Regierende Bürgermeister von Hamburg ausdrückte.

2. Die gleiche Trotzhaltung nahmen auch bekannte *Wirtschaftsexperten* ein, unter ihnen der ehemalige Reichsbankpräsident Schacht, obwohl er weder Anhänger der auf nationale Beschränkung, noch der auf territoriale Expansion drängenden Autarkie war. Wenn »der Unverstand fremder Gewaltpolitik« wie Reparationen, Young-Plan, so referierte er im Oktober 1932 vor 2000 Vertretern der Wirtschaft und der Politik, »ein einzelnes Volk in wirtschaftliche Abhängigkeit hineinzudrücken und darin zu halten versuche, müßten naturnotwendig die autarkischen Bestrebungen an Kraft gewinnen [...]. Die wirtschaftliche Autarkie sei kein Ideal und könne deshalb kein Ziel deutscher Volkswirtschaft sein. Eine strengere Anwendung autarkischer Grundsätze könne aber der übrigen Welt gegenüber ein erzieherisches Mittel sein«⁹⁷. Gerade die deutsche Kapitalabhängigkeit und die mit die-

93 *Ebda.*, S. 126.

94 BA R 11/1291.

95 So der Regierende Bürgermeister der Freien Hansestadt Hamburg, *Carl Petersen*, in seiner Eröffnungsansprache zur ersten Kundgebung des »Deutschen Bundes für Freie Wirtschaftspolitik e. V.«, 21. 5. 1932, in: *Autarkie?*, S. 7 – 12, hier S. 8.

96 *Friedr. Dessauer / Franz C. Fetzer*, *Krisenwende?*, Frankfurt a. M. 1932, S. 159.

97 Rede Schachts auf der 12. Jahres-Hauptversammlung des Wirtschaftsverbandes Niedersachsen-Kassel, 29. 6. 1932, in: Sonderdruck aus dem Wirtschaftsblatt Niedersachsen, Nr. 25/26, Anfang Juli 1932, S. 7.

ser zusammenhängende wirtschaftliche Depression ließen viele Volkswirtschaftler zumindest nach »relativer Autarkie [...] auf dem Gebiete des Währungs- und Kreditwesens« streben. Einer der Repräsentanten dieser Richtung glaubte, daß eine solche »Autarkiepolitik eine Plattform darstellen dürfte, auf der sich die Anhänger der freien Weltwirtschaft und die Freunde weitgehender Autarkiebestrebungen zur Verhandlung über fruchtbare praktische Maßnahmen treffen könnten«⁹⁸. Tatsächlich kam ein solcher Konsens zustande, und auf ihm beruhte die Kollaboration vieler Wirtschaftsfachleute und Bankiers mit den Nationalsozialisten, unter ihnen Hjalmar Schacht, der seine Mitarbeit dann aufkündigte, als die NS-Autarkiepolitik das Maß des volkswirtschaftlich Vertretbaren überschritt und in die Aggression mündete.

3. Wie bei Schacht stieß das Autarkieproblem allenthalben in *Wirtschaftswissenschaft*, *-publizistik* und *-verwaltung* auf lebhaftes Interesse, das seinen Niederschlag als pro und contra üblicherweise in der Literatur fand. Deren Auswertung läßt aber kaum befriedigende Schlüsse über den Grad der Verbreitung des Autarkiegedankens in Hochschule, Verwaltung und Journalismus zu, da sich die Publikationen um das Für und Wider rein numerisch in etwa die Waage halten und das jeweilige Lager gleich prominente Mitglieder aufzuweisen hatte. Die Position der *Autarkiegegner* erhellt aber einmal aus der Tatsache des 1932 erfolgten Zusammenschlusses der bereits benannten Gruppe zum »Deutschen Bund für freie Wirtschaftspolitik«, der es sich zur Aufgabe gemacht hatte, »eine Schar verantwortungsbewußter Männer und Frauen zu sammeln, die *auch heute noch*⁹⁹ gewillt sind, auf die schrittweise Wiederverwirklichung einer freiheitlichen Wirtschaftspolitik zäh und unablässig hinzuarbeiten« und »die wissenschaftliche Widerlegung« von »Autarkie und Planwirtschaft, Staatssozialismus und Interventionen« zu betreiben¹⁰⁰. Dieses Gremium und der international renommierte »Verein für Sozialpolitik« widmeten 1932 dem Autarkiekomplex je eine eigene wissenschaftliche Tagung, was für den hohen Stellenwert der Problematik in der wissenschaftlichen Diskussion spricht¹⁰¹.

4. Wichtig dürfte der Umstand sein, daß schon zur Weimarer Zeit die *Spitzen der staatlichen wirtschaftspolitischen Forschungsinstitutionen*, nämlich des Instituts für Konjunkturforschung und des Instituts für Weltwirtschaft, mit engagierten Autarkisten besetzt waren. Nimmt man zur Kenntnis, daß darüber hinaus der Präsident des Statistischen Reichsamts und hohe Beamte im Reichswirtschaftsministerium sowie der die Expansionsbestrebungen des Kaiserreiches bereits unterstützende Leiter des außenwirtschaftlichen Referats des Auswärtigen Amts zu den Autarkieprotagonisten bzw. -sympathisanten zählten, hält man eine Erklärung für den raschen und reibungslosen außenwirtschaftlichen Kurswechsel im Sinne der nationalsozialistischen Autarkiebestrebungen nach dem Januar 1933 bereits in der Hand, nämlich eine wohl vorbereitete Wirtschaftsverwaltung.

5. Vom Wirtschaftsjournalismus hing es schließlich in hohem Maße ab, welche Resonanz die Autarkieideologie bei den *Vertretern der praktischen Wirtschaftsgestaltung* fand. Hier kam der NSDAP zweifellos zustatten, daß die konservativ-nationale Rechte über in Wirtschaftskreisen einflußreiche Presseorgane verfügte und daß gerade zwei ihrer begabtesten

98 M. R. Lehmann / Horst Wagenführ, *Autarkie und Währung. Grundfragen sofortiger Arbeitsbeschaffung*, Berlin 1932, S. 24 f.

99 Kursiv vom Verfasser.

100 Carl Petersen, in der genannten Eröffnungsrede, in: *Autarkie?*, S. 8 f.

101 Die Vorträge des Deutschen Bundes für Freie Wirtschaftspolitik sind abgedruckt in: *Autarkie?*, Berlin 1932, die des Vereins für Sozialpolitik in: *Schriften des Vereins für Sozialpolitik*, Bd. 187, München/Leipzig 1932, S. 109 – 220.

Redakteure die Autarkie als programmatisches Gedankengut in die Partei einbrachten. Gemeint ist zunächst der Handelsredakteur und spätere Pressechef Hitlers, Otto Dietrich, damals für die deutschnationalistische München-Augsburger Abendzeitung arbeitend¹⁰². »Als Schwiegersohn von Dr. Reismann-Grone, des Herausgebers der schwerindustriellen Rheinisch-Westfälischen Zeitung, des politischen Sprachrohrs des Ruhrbergbaus und früheren Führers im Alldeutschen Verband, verkörperte Dietrich die Verstärkung der Beziehungen zwischen den Nazis und der etwas mehr bürgerlichen alldeutschen Bewegung«¹⁰³. Walther Funk, der spätere Reichswirtschaftsminister und Reichsbankpräsident, trat 1930 als persönlicher Wirtschaftsberater in Hitlers Dienste¹⁰⁴. Er besaß neben seinen engen Kontakten zur Industrie vor allem solche zu maßgeblichen konservativen Kreisen; nicht zuletzt verband ihn ein sehr persönliches freundschaftliches Verhältnis mit dem Reichspräsidenten von Hindenburg, bei dem er gelegentlich zu speisen pflegte¹⁰⁵. Er genoß, ehe er zur NSDAP stieß, »schon lange den Ruf als einer der kenntnisreichsten Finanzschriftsteller und Wirtschaftspolitiker, der immer wieder von maßgebenden Wirtschaftskreisen und besonders von den politischen Rechtsparteien zu Beratungen ihrer Wirtschaftsprobleme herangezogen wurde«¹⁰⁶. Funk war Mitglied des bei der Wirtschaftspolitischen Abteilung angesiedelten Reichswirtschaftsrates der NSDAP, dem Feder vorstand, dessen Wirken Funk aber paralisieren sollte. Wie ein aufmerksamer Beobachter der politischen Szenerie im Braunen Haus in München meinte, hatte »Hitler einen so erfahrenen Berater und anerkannt tüchtigen Wirtschaftspolitiker« deshalb zu Rate gezogen, weil er »eine gewisse Bürgschaft dafür zu bieten« schien, keineswegs der Mann zu sein, »um sich in Theorien zu verirren, sondern [...] praktische Wege einzuschlagen [...], die sich allerdings von den ausgefahrenen und holprigen Gleisen des heutigen Systems« – gemeint ist das liberal-marktwirtschaftliche Wirtschaftsprinzip – »trennen« sollten¹⁰⁷. Funk prognostizierte bereits 1929 in einem Vortrag vor dem »Hochschulring deutscher Art« in Tübingen eine wirtschaftliche Entwicklung weg vom Prinzip des Individualismus und des Freihandels, hin »zu Gesellschafts-, Volks-, Land- und Kontingentgebundenheiten«. Er sah deutlich eine Tendenz »zur wirtschaftlichen Autarkie der einzelnen Länder«, zumal Wissenschaft und Technik die Versorgungslücken durch Ersatz- und Kunststoffe würden schließen helfen¹⁰⁸. Nachhaltig trat er bereits für die Herstellung eines starken inneren Marktes in Deutschland ein, aber auch für die Schaffung »neuer Absatzgebiete für den deutschen Export«¹⁰⁹. Funks protektionistische Wirtschaftsvorstellungen mündeten damals noch in die Paneuropaidee¹¹⁰, aber der Schritt zum Autarkiedenken war nicht mehr groß und der Weg zum Nationalsozialismus nicht mehr weit. Funk fungierte 1931 und 1932 als der eigentliche »Mittelsmann des Führers zu den leitenden Männern der deutschen Wirtschaft«, wie es sein Biograph bezeugt¹¹¹. Er war die zen-

102 Otto Dietrich, Mit Hitler in die Macht. Persönliche Erlebnisse mit meinem Führer, München 1934.

103 Hallgarten, S. 96.

104 Oestreich, S. 80.

105 Gerhard Schulz, Aufstieg des Nationalsozialismus. Krise und Revolution in Deutschland, Frankfurt/Berlin/Wien 1975, S. 623.

106 Schmidt-Pauli, S. 92 f.

107 Ebda., S. 95.

108 Walther Funk, Befreiung von Kriegstributen durch wirtschaftliche und soziale Erneuerung, Berlin 1929, S. 6; vgl. Schulz, S. 623 f.

109 Funk, Befreiung, S. 14.

110 Ebda., S. 22.

111 Oestreich, S. 83 f.

trale Figur im Annäherungsprozeß der Industrie an die NSDAP. Seine bedeutsame Rolle ist von der Geschichtswissenschaft zwar relativ frühzeitig – doch mehr erahnt als bewiesen – herausgestellt worden¹¹². Erst seit kurzem wird wieder auf seine Bedeutung in unserem Zusammenhang hingewiesen¹¹³. »Seine persönlichen Beziehungen zu den deutschen Wirtschaftsführern waren auf Grund seiner bisherigen Arbeit groß und weitreichend«, und er konnte »so manchem nicht nur authentisch Rede und Antwort stehen, sondern ihn auch überzeugen und zum Förderer der Partei werben«. Jeder dieser Art »erzielte Erfolg bedeutete eine moralische, politische und wirtschaftliche Stärkung der Kampfkraft der Partei und trug dazu bei, das Vorurteil zu zerstören, auch der Nationalsozialismus sei nur eine Partei des Klassenhasses und des Klassenkampfes«¹¹⁴. Funk gehörte seit längerem dem Vorstand der »Gesellschaft für deutsche Wirtschafts- und Sozialpolitik« an, die zwar nicht das wissenschaftliche Renommee des mit ihr nicht zu verwechselnden »Vereins für Sozialpolitik«¹¹⁵ besaß, dafür aber als »eine industrielle Lobbyisten-Gruppe«¹¹⁶ zahlreiche Prominente aus Politik und Wirtschaft in ihren Reihen zählte¹¹⁷.

112 Vgl. *Hallgarten*, S. 102.

113 Vgl. *Schulz*, S. 623 f.; *Hans-Erich Volkmann*, Politik, Wirtschaft und Aufrüstung unter dem Nationalsozialismus, in: *Manfred Funke* (Hrsg.), *Hitler, Deutschland und die Mächte*, Düsseldorf 1976, S. 269 – 291, hier S. 286 f.

114 *Oestreich*, S. 84 f.

115 Vgl. die Schriften des Vereins für Sozialpolitik.

116 *Schulz*, S. 623.

117 Vgl. den Vorspann der Zeitschrift »Neue Wirtschaft«:

Vorstand und Hauptausschuß

der Gesellschaft für deutsche Wirtschafts- und Sozialpolitik e. V., Berlin

1. Geschäftsführender Vorstand:

Vorsitzender: Direktor Dr. Horst, Berlin

Schatzmeister: Generaldirektor Dr. jur. Dr. Ing. h. c. Büren, Braunkohlen- und Brikettindustrie, Berlin

Professor Dr. Dunkmann, Technische Hochschule, Berlin-Charlottenburg

Chefredakteur Walther Funk, Berlin

2. Erweiterter Vorstand:

Beil, Bergwerksdirektor, Wintershall A.-G., Kassel

Bichmann, Dr., Geschäftsführender Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes der Thüringischen Zementindustrie, Weimar-Ehringsdorf

Böhringer, Geh.Kommerzienr., Rosenberg b. Sulzbach (Oberpf.), Eisenwerkgesellschaft Maximilianshütte

Engländer, Kurt, Ernst Engländer A.G.-Berga a. d. Elster

Euling, Generaldir. Dr. Ing., Borsigwerk b. Gleiwitz O.-S., Präsidialmitgl. d. Reichsverb. der dt. Industrie

Fischer, Direktor Dr., Reichskreditgesellschaft, Berlin

Gothein, Reichsminister a. D., Dr. Ing. h. c., Berlin

Haverbeck, Direktor, Schuler A.-G., Göppingen

Krieger, Bergwerksdirektor, Wintershall A.-G., Kassel

Leopold, Bergwerksdirektor, Berlin-Zehlendorf

Raab, Generaldirektor Dr., Anhaltische Kohlenwerke, Halle (Saale)

Rieppel, Professor Dr. Ing., München

Uebel, Kommerzienrat, Plauen i. Vogtl.

3. Hauptausschuß:

Bähr, Bergwerksdirektor, Ilse Bergbau A.-G.

Bellmann, Dr., M. d. R., Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Verbandes der Arbeitgeber der Sächsischen Textilindustrie, Chemnitz

Beth, Hofrat Professor D. Dr., Wien

Böker, Dr.-Ing., Erster Bergrat u. Hon.-Professor, Aachen

Cramer, Generaldirektor, Dessauer Werke für Zucker- und Chemische Industrie, Dessau

Demmer, Kommerzienrat Dr. Ing. h. c., Eisenach, Mitglied des R. W. R., Präsidialmitglied des Reichsverbandes der deutschen Industrie

Sie verfügte zudem über das nominell überparteiliche, praktisch jedoch seit 1930 für die NS-Wirtschaftspolitik werbende Publikationsorgan »Neue Wirtschaft«, dessen Inhalt Walther Funk als Chefredakteur verantwortete. Das Blatt befaßte sich in zahlreichen Artikeln mit der Autarkie, wobei es die Auffassung vertrat, daß bei aller Kritik an der Wirtschaftsauf autarkie »die tatsächliche Entwicklung, die auf diesen Punkt« hinsteuere, »nicht mehr ab-[zu]leugnen« sei¹¹⁸. Die Ursache der Autarkiebestrebungen erblickte das Blatt »in erster Linie in dem Absterben des liberalistischen Ideengebäudes an sich, das ebenso [...] auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik zu verzeichnen« sei. So treibe das erste Drittel des zwanzigsten Jahrhunderts »auf das nationale Wirtschaftsprinzip« hin, und der Verfasser des entsprechenden Artikels gab sich überzeugt, »daß das System der Nationalwirtschaft unter dem Streben starker autarkischer Tendenzen« – auch im Ausland – »die nächsten Jahrzehnte beherrschen« werde¹¹⁹. Scharf verurteilte die Zeitschrift den sogenannten Tardieu-plan, der einen wirtschaftlichen Zusammenschluß Österreichs mit den Ländern der Kleinen Entente, verbunden mit einer starken ökonomischen Anlehnung an Frankreich, vorsah. Demgegenüber hielt man es für selbstverständlich, daß eine solche Gruppierung »unter deutscher Führung oder überhaupt von Deutschland her vorbereitet« wurde¹²⁰. Handelspolitisches Ziel mußte es sein, mit und nicht gegen Italien im Balkanraum mit Präferenzen und Kontingenten anstelle von Meistbegünstigungen eine umfassende wirtschaftliche Neuordnung zu schaffen. »Der deutschen Industrieausfuhr nach dem Balkan, der Agrarausfuhr Ungarns nach Italien und Deutschland, den Transitinteressen Österreichs wie seiner speziellen Ausfuhr nach allen Vertragsländern« war, »immer durch Präferenzen wie durch Gegenseitigkeitskontingente, der Spielraum zu gewähren, der schon [...] [damals] deutscherseits Österreich gegenüber, italienischerseits ebenso Österreich wie Ungarn gegenüber vorschlagsweise zugestanden worden« war¹²¹. Das Blatt spannte den Rahmen der gewünschten deutschen ökonomischen Einflußsphäre noch weiter, indem es einen Interessen-

Eck, Fabrikbesitzer Dipl.-Ing., »Adler« Deutsche Portlandcementfabrik, Nietleben b. Halle

Eckert, Bergrat, Mitglied des Preußischen Staatsrates, Bad Salzbrunn

Elster, Fabrikbesitzer, Adorf i. Vogtl.

Gebhardt, Bergwerksdirektor, Deutsche Erdöl A.-G., Borna, Bez. Leipzig

Gelpcke, Geh. Regierungsrat Dr., Eisenach

Heubel, Generaldirektor Dr., Braunkohlenbergwerk Annahütte N.-L.

Jendrischek, Direktor, Zuckervertriebsgesellschaft der Baltischen Rübenzuckerfabriken, Stettin

Kupsch, Dr., Cottbus

von Ludwiger, Generaldirektor, Vereinigung der mitteldeutschen Rohrzuckerfabriken, Halle (Saale)

Martini, Geh. Kommerzienrat, Augsburg

Meissinger, Dr. Rechtsanwalt, Berlin

Pilz, Fabrikbesitzer, Meuselwitz (Thür.)

Reissmann, Kommerzienrat, Nürnberg

Schurig, Direktor, Haake-Beck-Brauerei, Bremen

Schütz, Professor Dr.-Dr., Kiel

Streck, Direktor, Max Ebenauer u. Co., Elisenfels (Ober-Pfalz)

Strube, Dipl.-Sportlehrer, Hannover

Titze, Bergassessor, Niederlausitzer Bergbauverein, Senftenberg N.-L.

Urban, Generaldirektor Dr., Linderode N.-L.

Voigt, Geheimrat Professor Dr., Frankfurt (Main-Rödelheim)

118 A. W. Schürmann, Der Weg zur Autarkie, Übergangsstadium oder Dauersystem?, in: Neue Wirtschaft 6, 1932, 8, S. 1 – 3, hier S. 1.

119 Ebda., S. 3.

120 Heinz H. Ludwig, Deutschland, Italien und der Donauraum. Systemänderung in der deutschen Außenhandelspolitik notwendig!, in: Neue Wirtschaft 6, 1932, 12, S. 1 – 3, hier S. 3.

121 Ebda.

ausgleich zwischen Deutschland und Italien in der Türkei wie auch in Vorderasien überhaupt vorschlug. »Da [...] sowohl Rußland als die Türkei über Italien [...] auch schon direkt durch Verträge mit Österreich, Ungarn, Bulgarien, Griechenland einen Ausgleich der Interessengegensätze versuch[t]en«, mußte – so die »Neue Wirtschaft« – »eine deutsch-italienische Beeinflussung in dieser Hinsicht wie mit einem Schlage die Wirrnis der hin- und widerkreuzenden Donauraumkombinationen zugunsten einer klaren Interessenblockbildung zu lösen imstande sein«. Wie das Blatt meinte, war man in Wien und Budapest längst auf eine solche Lösung vorbereitet, warteten Mussolini in Rom, Kemal Pascha in Ankara, Venizelos in Athen, schließlich die Regierungen in Sofia und Moskau »seit Jahren auf eine deutsche Initiative für die mitteleuropäische Außenhandelswirtschaft«¹²².

Seit den Juli-Wahlen 1932 sah sich die »Neue Wirtschaft« veranlaßt, der politischen Lage Rechnung tragend, die wirtschaftlichen Neuordnungspläne der NSDAP thematisch in den Vordergrund zu rücken. Sie nahm damit bewußt in Kauf, »einseitiger, aber« – wie sie versicherte – »um so konkreter, lebenswahrer [zu] werden«¹²³. Fortan füllten Artikel über die Versorgungswirtschaft im Dritten Reich, über nationale Handelspolitik statt Weltwirtschaft und über die Aussichten der deutschen Ausfuhr sowie vergleichende Betrachtungen zwischen der italienisch-faschistischen und der deutsch-nationalsozialistischen Wirtschaftsauffassung einen breiten Raum.

Von nicht zu unterschätzender Werbewirksamkeit im Sinne des Autarkiegedankens erwies sich der von Otto Wagener »nach Verständigung mit verschiedenen Industriellen« (sic) herausgegebene »Wirtschaftspolitische Presse-Dienst« der NSDAP, der Publikationsorgane, wirtschaftliche Interessenverbände und Kammern mit Informationen versorgte und nach Berechnung seines Herausgebers »einen Leserkreis von über einer halben Million regelmäßig erreichte«¹²⁴. Hier artikuliert sich das außenwirtschaftliche Programm der NSDAP als »Expansion der Schlüsselindustrien« in »ein autarkes geschlossenes Wirtschaftsgebiet [...], das Ost- und Südosteuropa ganz umfaßte«¹²⁵.

Aus dem hier Gesagten die Schlußfolgerung zu ziehen, das deutsche industrielle Unternehmertum sei letztlich der Faszination der NS-Formel »Autarkie im Großwirtschaftsraum« erlegen und habe daher den Nationalsozialisten zur Macht verholfen, wäre voreilig, ja in dieser Diktion unrichtig. Sicher ist hingegen eine in weiten Kreisen der Großindustrie bis Ende 1932 verbreitete Skepsis gegenüber dem Nationalsozialismus. Zu fest saß die traditionell begründete Exportorientierung, als daß man sie ohne inneren Konflikt und kurz entschlossen hätte fallen lassen können. Noch Ende August 1932 kritisierten die »Deutschen Führerbriefe«, eine der »Rheinisch-Braunkohle« nahestehende »Politisch-Wirtschaftliche Privatkorrespondenz«, die täglich »1200 große und mittlere industrielle Wirtschaftsführer« erreichte, das Kernstück des nationalsozialistischen »Sofortprogramms«, nämlich die »Preisgabe der Weltwirtschaft« und die »Protektion der Landwirtschaft«¹²⁶. Dennoch kamen sie um die Feststellung nicht herum, die Nationalsozialisten hätten »in den letzten Jahren wirtschaftspolitisch zugelernt«, was sie zu der Hoffnung zu berechtigen schien, daß

122 *Ebda.*

123 *Neue Wirtschaft* 6, 1932, 15, S. 1.

124 Denkschrift über den Wirtschaftspolitischen Presse-Dienst G.m.b.H., wahrscheinlich vom Frühsommer 1930. BA NS 22/vorl. 9; vgl. *Schulz*, S. 624 f., der versehentlich eine falsche Akten-signatur angibt.

125 *Schulz*, S. 625.

126 Brief Werner von Alvenslebens, 15. 9. 1932, an Hitler. BA Kleine Erwerbungen NSDAP NS 20/122.

das offizielle Programm der Partei bei einer Machtübernahme nicht »zur konsequenten Durchführung gebracht« werde. Ansonsten, so fürchtete das Blatt und drückte damit seine Sympathie für die NSDAP aus, »werde der deutsche Nationalsozialismus mit seinen großen Werten für die deutsche Erneuerung an seiner Wirtschaftspolitik scheitern«¹²⁷. Die Zurückhaltung des industriellen Unternehmertums gegenüber einer Autarkiepolitik erklärt sich zudem aus der mit ihr zwangsläufig verbundenen, wie auch immer gearteten Planwirtschaft. Diese Vorbehalte sind seitens der NSDAP mit Bedauern registriert worden, wobei es nicht an dem Bemühen fehlte, sie auszuräumen. Das Parteiorgan »Der Angriff« hatte 1930 in einem polemischen Artikel mit dem Titel »Deutschlands Wirtschaftsführer?« die indifferente, ja ablehnende Haltung des Unternehmertums gegenüber der NSDAP kritisiert. Der Vorwurf mündete in der Feststellung, »der deutsche Unternehmer als Vertreter des produktiven Kapitals« stemme sich »gegen eine elementare Umgruppierung im deutschen Volk«, gemeint war: gegen die beabsichtigte Liquidierung der Weimarer Republik zugunsten einer autoritären Staats- und Regierungsform¹²⁸. Dieser Anschuldigung trat »ein bekannter deutscher Industrieller« energisch entgegen. In seiner Replik unterschied er »zwischen dem einzelnen *Unternehmer* und zwischen den *Wirtschaftsorganisationen*«. Da die letzteren quasi Behördencharakter trügen und zudem ein »Klassenkampfgebilde« darstellten, könnten die offiziellen Sprecher »durchaus nicht immer die wirkliche Stimmung der Wirtschaft wieder[geben]«. Dennoch dürfe man seitens der NSDAP versichert sein, daß im Fall einer verstärkten Einflußnahme der linken Kräfte auf das politisch-ökonomische und soziale Geschehen »im Ernst kein Unternehmer, der die Wahl hat zwischen einem marxistisch-kommunistischen und einem nationalsozialistischen Staat, sich für den ersteren entscheiden« werde. Die NSDAP besaß also in hohem Maße Vertrauen und Unterstützung dort, wo sie gegen das parlamentarisch-demokratische System und gegen dessen tragende Kräfte bzw. gegen den Kommunismus agierte. Dies wurde besonders deutlich im Sommer 1932, als einer der politischen Köpfe der rheinisch-westfälischen Bergbau- und Schwerindustrie, August Heinrichsbauer, Gregor Strasser gegenüber äußerte, daß führende Herren des Reviers, »die sich bisher immer in besonders starkem Maße für die NSDAP eingesetzt« hätten, nun eine »einhellig sehr scharfe Kritik an dem Verhalten der Partei« übten. Das Mißfallen der genannten Gönner hatte sich die NSDAP nach den Juli-Wahlen durch ihre Fühlungnahme zu anderen Parteien, insbesondere zum Zentrum, zugezogen. Erblickte man seitens der Ruhrindustriellen »bisher das stärkste Aktivum und die größte ideelle Kraft des Nationalsozialismus in seiner bewußten Ablehnung alles Demokratisch-Parlamentarischen«, so fürchtete man jetzt eine weitgehende »Preisgabe der Idee des autoritären Gedankens«¹²⁹.

Diesen praktizierte dann, als die Übertragung der politischen Verantwortung an die NSDAP aufgrund ihrer starken parlamentarischen Position greifbar war, das Kabinett Papen. Der Sturz Papens, »des einzigen Kanzlers, den sie [die Großindustriellen] bewundert und dem sie vertraut hatten«¹³⁰, machte den Weg frei für Hitler, nachdem er bereits vorher geebnet worden war. Obwohl die November-Wahlen von 1932 der NSDAP erhebliche Stimmenverluste eintrugen, Papen aber dennoch keine zuverlässige Reichstags-

127 Deutsche Führerbriefe, 5/26. 8. 1932, Nr. 66, S. 2. Ebda.

128 Mitteilungen der Gesellschaft für deutsche Wirtschafts- und Sozialpolitik 4, 1930, 24, S. 60.

129 Brief Heinrichsbauers, 20. 9. 1932, an Strasser. BA Kleine Erwerbungen NSDAP NS 20/122.

130 Henry Ashby Turner, Jr., Faschismus und Kapitalismus in Deutschland. Studien zum Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und Wirtschaft, Göttingen 1972, S. 26.

mehrheit hinter sich brachte, häuften sich die Anzeichen dafür, daß ihm Industrie, Großagrarier und Banken ihre Gunst entziehen würden. Als symptomatisch hierfür kann die in ihrer historischen Aussagekraft viel umstrittene Eingabe von Repräsentanten dieser Wirtschaftsgruppen an Hindenburg gelten, die bekanntlich Hitlers Ernennung zum Reichskanzler forderte. Zwar ist darauf verwiesen worden, daß »die politischen Überzeugungen der Unterzeichner dieser Petition [...] nicht für die der Großunternehmer im November 1932 typisch« gewesen sei¹³¹, zumal die Liste der Interventen um bekannte Namen aus der Unternehmerprominenz hätte ergänzt werden können¹³². Die Korrespondenz des in dieser Sache federführenden Bankiers von Schröder enthält aber eine Reihe von Briefen repräsentativer Wirtschaftsführer, aus denen deren Unterstützung der Petition zweifelsfrei belegt ist. Sie hielten es lediglich für inopportun, in so ostentativer Form für die NSDAP und ihren Führer Partei zu ergreifen¹³³. Wenige Tage nach dieser Eingabe versammelte sich in Düsseldorf der Langnam-Verein. Während man in diesem Gremium »noch vor wenigen Wochen Papen zugejubelt hat[te]«, ergab sich nun »die überraschende Tatsache, daß fast die ganze Industrie die Berufung Hitlers, gleichgültig unter welchen Umständen, wünscht[e]«¹³⁴. Als Papens Nachfolger Schleicher begann, eine unorthodoxe Wirtschaftspolitik zu praktizieren, und ein Bündnis von »Militär und Arbeiterklasse« im Bereich des Möglichen schien¹³⁵, fühlte man sich dann vor die alternative Entscheidung gestellt, zwischen Nationalsozialismus und Marxismus zu wählen.

Ende 1932/Anfang 1933 war es soweit: »Die ständige Bürgerkriegsbedrohung der KPD« – so wie sie jedenfalls von der Industrieführung empfunden worden sein will –, »ihre jedes europäische Denken negierende Kulturpropaganda, ihre Religionsfeindschaft [...], ihr brutal angekündigtes Totalitätsprinzip [...] erzeugte[n] in immer weiteren Kreisen (auch bei sehr sachlich und verständig denkenden Personen) die Vorstellung, daß gegenüber dem Kommunismus der Nationalsozialismus das kleinere Übel sei«¹³⁶.

Schließlich ist bei einer Beurteilung des Verhältnisses von NSDAP und Industrie nicht zu übersehen, daß die Partei zu versichern wußte, bei einer Übernahme der politischen Verantwortung »die gesamte kapitalistische Wirtschaftsordnung und das Privateigentum nicht beseitigen« zu wollen, wie Der Große Brockhaus in seiner Ausgabe des Jahres 1932 kommentarlos feststellt¹³⁷. Daß die NSDAP schließlich in puncto Privateigentum glaubwürdig erschien, verdankte sie nicht zuletzt dem Einsatz von Schacht und Walther Funk. War der letztere doch erst zu den Nationalsozialisten gestoßen, nachdem ihn »die führenden Persönlichkeiten vom Bergbau-Verein« zu diesem Schritt ermuntert hatten, »um in der Partei den privatwirtschaftlichen Kurs durchzusetzen«¹³⁸. Darüber hinaus redeten die Zahlen für

131 *Ebda.*, S. 25. Der Text der Eingabe ist zuletzt abgedruckt bei Reinhard Kühnl, *Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten*, Köln 1975, S. 160 – 162.

132 Turner, *Faschismus und Kapitalismus*, S. 25 f.

133 Nachweisbar ist die Sympathie von Vögler, Freiherrn von Lüninck, Reusch, Springorum u. a. gegenüber einer Kanzlerschaft Hitlers. BA Kleine Erwerbungen. Briefe an Kurt Freiherr von Schröder betr. Beteiligung der NSDAP an der Regierung bzw. Regierungsbildung durch Hitler. 1932 – 1934. NS 20/76.

134 Information von Scholz, Leiter eines von den beiden Industriellen Wolff und Flick finanzierten Pressebüros, an Franz Bracht, den späteren Innenminister Schleichers, 26. 11. 1932. Zit. nach Kühnl, *Der deutsche Faschismus*, S. 163.

135 Turner, *Faschismus und Kapitalismus*, S. 27. Vgl. dazu auch Heinrich August Winkler, *Unternehmervverbände zwischen Ständeideologie und Nationalsozialismus*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 17, 1969, S. 341 – 371, hier S. 368 ff.

136 Heinrichsbauer, S. 36.

137 *Der Große Brockhaus*, Bd. 13, Leipzig 1932, S. 209.

138 Eidesstattliche Erklärung Funks, 28. 6. 1945. Zit. nach Heinrichsbauer, S. 42 f.

den nüchternen Industriellen und Wirtschaftsexperten ihre eigene Sprache: Die Exportquoten waren in der Weltwirtschaftskrise allenthalben stark gesunken, mit ihnen das Vertrauen in den Welthandel. Das Risiko von Investitionen schien in gleichem Maße zu steigen¹³⁹.

Und ein letztes Moment sprach für die Entscheidung zugunsten der Nationalsozialisten, nämlich ein politisch-emotionales. Schon längst ging es nicht mehr um den wirtschaftlichen Aufschwung. Der hatte bereits im Sommer 1932, wenn auch langsam, so doch spürbar eingesetzt. Es ging nicht mehr um die Entscheidung für eine Partei, die aus einer ökonomischen Depression herauszuführen vermochte. Weltwirtschaftskrise und Verfall der Republik hatten in ihrem Zusammenwirken allenthalben das Bewußtsein gefestigt, am Rande einer Zeitenwende zu stehen, die eine totale Umwandlung der politischen wie wirtschaftlichen Verhältnisse bringen mußte¹⁴⁰. Die Nationalsozialisten figurierten als die Kündler und Vollender einer neuen Ordnung. Zum Bestandteil einer solchen radikalen Neugestaltung wurde auch die Autarkiepolitik gerechnet. Daß diese nicht als Selbstgenügsamkeit zu verstehen, sondern gegenteilig als Marktbeherrschung eines durch Markteroberung zu erweiternden kontinentaleuropäischen Lebensraumes zu begreifen war, ist niemandem, der ihren Sinngehalt erfahren wollte, verborgen geblieben. Diesem Ziel kam man sicherlich auf handelspolitischem Wege ein gutes Stück näher; letztlich mußte aber der entscheidende Schritt ein militärischer sein. Das wurde spätestens klar, als Frankreich und Italien die deutsch-österreichische Zollunion vereitelten (1931). Erst der zwangsweise Anschluß Österreichs an das Reich und die Zerschlagung der Tschechoslowakei schufen die Prämissen, um die auf handelspolitischem Wege bereits weitgehend auf Deutschland ausgerichteten Staaten Ostmittel- und Südosteuropas durch machtpolitische Pressionen gänzlich zu binden. »In diesem großdeutschen Wirtschaftsblock erblickte man das magische Kraftfeld und die Ordnungszelle eines wirtschaftlich blühenden Mitteleuropas«¹⁴¹. »Ein einziger großer Markt, ein vergrößerter Produktions-, Organisations- und Verkehrsraum mit seinen Möglichkeiten einer rationelleren und darum billigeren Gütererzeugung, das war, was man herbeisehnte«¹⁴². Doch sollte man nach nationalsozialistischer Auffassung »dazu den Blick nicht einseitig nach Osten richten [...] Welch schönes Ackerland«, so schrieb das der NSDAP

139 *Sven Helander*, Das Autarkieproblem in der Weltwirtschaft, Berlin 1955, S. 318:
Der Rückgang der Exportquote unter dem Einfluß der Depression

	1929	1932
Deutschland	17,6 (1928)	13,4
Schweden	22,0	13,8
Norwegen	28,9	25,8
Island	76,7	50,3
Holland	34,6	19,5
Belgien	38,2 (1930)	30,2
Schweiz	19,7	10,7
Spanien	6,4	2,9
Jugoslawien	11,7	9,7
Bulgarien	11,4	8,6
Australien	30,7 (1928/29)	26,2 (1932/33)
Vereinigte Staaten	6,2	4,0
Kanada	20,3	16,3
Argentinien	38,0 (1928)	25,8 (1933).

140 *Andreas Predöhl*, Die Epochenbedeutung der Weltwirtschaftskrise 1929 bis 1931, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1, 1953, S. 97 – 118.

141 Pressestimme vom März/April 1938. Gleichlautend in mehreren deutschen Tageszeitungen. Zit. nach *Walter Thiele*, Großraumwirtschaft in Geschichte und Politik, Dresden 1938, S. 158.

142 *Ebda*.

angehörnde Vorstandsmitglied des ›Reichslandbundes‹ Willikens 1931, »liegt [...] im Westen, nach unseren Begriffen [...] nicht halb genutzt«. Aber auch wenn dort »der geringere Gegendruck« wirkte¹⁴³, blieb die Ausweitung des deutschen wirtschaftlichen Hegemonialbereichs nach Westen abhängig von der militärischen Niederwerfung Frankreichs. Genugtuung für Versailles, das verlangten auch große Teile der deutschen Wirtschaftsführung. Beides, Revisionismus und ökonomischer Imperialismus, setzten aber eine starke Wehrmacht voraus, die die Nationalsozialisten aufzustellen versprochen. Eine allgemeine Aufrüstung wiederum war gleichbedeutend mit staatlichen Aufträgen für die Industrie, machte diese zunehmend vom Export unabhängig und schuf das Instrumentarium, mit dem man sukzessiv den Wirtschaftsraum zu erweitern vermochte (Österreich, Sudetengebiet, Böhmen/Mähren, Polen usw.). Vor dem Hintergrund dieser Zusammenhänge erklärt sich das Einverständnis zwischen dem deutschen industriellen Unternehmertum und der NSDAP über den Rückzug aus der Weltwirtschaft. Das industrielle Unternehmertum erwartete die Beseitigung der Restriktionen und Reparationen und die Absicherung gegenüber weltweiten depressiven Erscheinungen. Hitler und die NSDAP entsprochen mit ihrem nach 1930 artikulierten Wirtschaftsprogramm diesen Forderungen.

Im Kontext zu dieser Feststellung erklärt sich dann auch die Aussage des Bankiers von Schröder vor dem Nürnberger Militärtribunal, daß nämlich »wirtschaftliche Stärke eine Stellung bedeutete, in der Deutschland nicht mehr vom Ausland abhängig sein würde. Diese Bestrebungen, Deutschland *autark* zu machen, wurden von gewissen wirtschaftlichen Unternehmen möglicherweise nicht aus Idealismus, sondern aus nackter Profitgier begrüßt, als eine Möglichkeit, den eigenen Machtbereich zu vergrößern. Das wirtschaftliche Programm Hitlers war«, der Zeugenaussage Schröders und vielen Aktenbekundungen zufolge, »der Wirtschaft allgemein bekannt und wurde von ihr begrüßt«¹⁴⁴. Es hieß: Autarkie im Großwirtschaftsraum. Zu dessen Errichtung hatte bereits 1932 auch eine *Arbeitnehmergruppe*, nämlich die Gesellschaft Deutscher Metallhütten- und Bergleute, aufgerufen. Sie kam auf einer Tagung zu dem Schluß, »daß man den deutschen Markt der Nichteisenmetalle zum überwiegenden Teil von der ausländischen Einfuhr freimachen kann. Allerdings wird es notwendig sein, nicht nur, wie das bis jetzt immer geschehen ist, mit unzulänglichen handelspolitischen Mitteln, also Einfuhrverboten und Zollerhöhungen, zu arbeiten. Erfolgen muß vielmehr ein völliger Umbau des Wirtschaftssystems im nationalsozialistischen Sinne [...]. Nur so ist eine planvolle Selbstversorgung in den durch die Natur, nicht aber durch die sogenannte Weltwirtschaft gesteckten Grenzen möglich. Das erstrebte Endziel ist natürlich die völlige Unabhängigkeit vom Auslande. Aber um es zu erreichen, genügen keine wirtschaftlichen Maßnahmen, sondern die Politik hat dann das Wort. Das Ostproblem und das Kolonialproblem muß auch im Interesse der deutschen Metallwirtschaft früher oder später aufgerollt werden«¹⁴⁵.

143 Willikens, Nationalsozialistische Agrarpolitik, München 1931. Zit. nach Klaus-Dieter Hoeff, Die Agrarpolitik des deutschen Faschismus als Mittel zur Vorbereitung des zweiten Weltkrieges, in: Zeitschrift für Geisteswissenschaft 7, 1959, S. 1205 – 1230, hier S. 1216.

144 Zit. nach Kühnl, Der deutsche Faschismus, S. 175.

145 Paul Hilland, Autarkiemöglichkeiten der deutschen Metallwirtschaft. Zur Tagung der Gesellschaft Deutscher Metallhütten- und Bergleute in Berlin, in: Die Deutsche Volkswirtschaft 1, 1932, S. 267 – 271, hier S. 271.

Dirk Stegmann

Antiquierte Personalisierung oder sozialökonomische Faschismus-Analyse?

Eine Antwort auf H. A. Turners Kritik an meinen Thesen zum Verhältnis von Nationalsozialismus und Großindustrie vor 1933

Jede wissenschaftliche Kontroverse vermag der Forschung neue Impulse zu verleihen, wenn sie von den Beteiligten mit dem Ziel geführt wird, Klarheit über methodische und theoretische Probleme und bisher umstrittene Sachverhalte zu gewinnen. Insofern könnte ich durchaus Henry A. Turners kritische Auseinandersetzung¹ mit meinen Thesen² begrüßen und auch über z. T. unsachliche Polemik hinwegsehen, wenn eine solche Zielsetzung in dem Aufsatz von Turner erkennbar wäre. Turner hat jedoch die schon in seinem Buch ›Faschismus und Kapitalismus in Deutschland‹ (Göttingen 1972) zu erkennende und von mir scharf kritisierte Tendenz, die Problemstellung unzulässig einzuengen und die relevanten und weitgehend ungeklärten Probleme nicht zu diskutieren, sondern als irrelevant auszublenden, in seiner Kritik an meinem Aufsatz noch verschärft.

In der neueren Forschung herrscht weitgehend Einigkeit darüber, daß gesellschaftliche Analysen, die die Totalität eines historischen Entwicklungszusammenhangs erfassen wollen, nicht bei einer vordergründigen Analyse der subjektiven Befindlichkeiten einzelner handelnder Personen stehenbleiben können. Das Verhältnis von Interessen und Politik kann auch nicht zureichend dadurch bestimmt werden, daß allein auf Aspekte der Parteifinanzierung abgehoben wird, ohne daß das Spektrum von Interessen und deren z. T. divergierende Ziele, kollektive Mentalitäten überschaubarer Gruppen sowie innen- und außenpolitische Konstellationen mit einbezogen werden. Die bei Turner vorherrschende Personalisierung und seine Frage danach, wer wen zu einem bestimmten Zeitpunkt finanziert hat oder nicht, blenden diese Probleme aus und können in letzter Konsequenz Interpretationen Vorschub leisten, die auf Dämonisierung resp. Verharmlosung hinauslaufen.

Es scheint mir daher notwendig, auf die prinzipiellen methodischen Probleme abzuheben und vor allem die unterschiedliche Gewichtung des Verhältnisses von Wirtschaft und Politik im deutschen gesellschaftlichen System vor 1933 klarzumachen. Das Schwergewicht liegt im folgenden auf dem Bereich der Großwirtschaft im engeren Sinne, der Sektor der klein- und mittelbetrieblich organisierten Industrie wird in meiner Analyse vernachlässigt, nicht zu-

1 Henry A. Turner jr., Großunternehmertum und Nationalsozialismus 1930 – 1933, in: HZ, Bd. 221, H. 1, 1975, S. 18 – 68, bes. S. 40 ff. (zit. Turner, 1975). Diese Auseinandersetzung sollte ursprünglich als Antwort auf Turners Kritik ebenfalls in der HZ erscheinen. Da die Herausgeber der HZ nicht bereit waren, einen angemessenen Raum für diese Antwort zu konzederen, kehrt diese Kontroverse an ihren Ausgangsort zurück. Der Verf. dankt der Redaktion des Archivs für Sozialgeschichte für die Bereitwilligkeit, an dieser Stelle eine ausführliche Entgegnung zu veröffentlichen.

2 Dirk Stegmann, Zum Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus 1930 – 1933. Ein Beitrag zur Geschichte der sog. Machtergreifung, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. XIII, 1973, S. 399 – 482 (zit. Stegmann, 1973).

letzt auch deshalb, weil hier erst ansatzweise wissenschaftliche Vorarbeiten vorliegen. Diese bewußte Selbstbeschränkung bedeutet, daß dieser Beitrag keinesfalls den Ehrgeiz hat, etwa eine gesamtgesellschaftliche Erklärung des Aufstiegs des Nationalsozialismus anzubieten. Dazu wäre die zusätzliche Analyse anderer gesellschaftlicher Gruppen, der Landwirtschaft, des Kleinhandels und des Handwerks, der Interessen von Reichswehr und Bürokratie einerseits und der Arbeiterschaft andererseits – um nur die wichtigsten zu nennen –, ebenfalls notwendig, sowie deren je spezifische Bündnisse und Konflikte im Zusammenhang mit dem deutschen Faschismus.

I.

Ernst Nolte hat 1975 in einer kurzen Bestandsaufnahme der Faschismus-Diskussion davon gesprochen, daß »erst in jüngster Zeit [...] eine Auffassung« Raum gewinne, »die im Faschismus ein kennzeichnendes, nicht auf Deutschland und Italien beschränktes, durch ideologische und strukturelle Eigentümlichkeiten sowohl vom Bolschewismus wie von der parlamentarischen Demokratie wie von bloßen Entwicklungsdiktaturen verschiedenes Phänomen der europäischen Zwischenkriegszeit erblickt«³. Diese auch aus den größeren Arbeiten Noltés⁴ bekannte phänomenologische resp. ideengeschichtliche Interpretation verzichtet auf die Darlegung der gesellschaftlichen Grundlagen des Faschismus, verzichtet aber gleichzeitig auch durch die Einengung der zeitlichen Dimension auf eine Erörterung der Frage, ob und inwieweit der Faschismus in älteren Ideologien wie in früheren Herrschaftstechniken präfiguriert gewesen ist⁵. Jüngste Versuche etwa, insbesondere für Deutschland ein spezifisches Präfaschismus-Potential offenzulegen, das bereits ansatzweise in das späte Kaiserreich zurückreicht⁶, geraten von daher nicht ins Blickfeld. Diese Entwicklung, die spätestens 1917/18 mit der Gründung der Deutschen Arbeiter- und Angestelltenpartei⁷ als Filiale der Deutschen Vaterlandspartei – »the first prefascist mass movement« (W. Sauer)⁸ – eine neue Qualität erreichte, nimmt Nolte nicht wahr, obwohl hier bereits Versatzstücke von Ideologie und Politik der späteren NSDAP erscheinen: Mittels einer massenpsychologisch motivierten Siegfriedenspropaganda, die innenpolitisch durch den Appell an antidemokratische, z. T. antisemitisch aufgeladene Ressentiments mit ihrer Spitze gegen Linksliberalismus und Sozialdemokratie abgestützt war, wurde damals von tragenden Gruppen

3 Ernst Nolte, Art. Faschismus, in: *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, hrsg. von Otto Brunner, Werner Conze, Reinhart Koselleck, Bd. 2, E – G, Stuttgart 1975, S. 329 – 336, Zitat S. 335.

4 Ernst Nolte, *Der Faschismus in seiner Epoche*, München 1963; ders. (Hrsg.), *Theorien über den Faschismus*, Köln/Berlin 1967; ders., *Der Nationalsozialismus*, Berlin/Frankfurt/Wien 1970.

5 Vgl. dazu etwa die Kritik von Klaus Epstein, *A New Study of Fascism*, in: *World Politics* XVI, Nr. 2, 1964, S. 302 – 321; Wolfgang Sauer, *National Socialism: Totalitarianism or Fascism?*, in: *AHR* LXXIII, 1, 1967/68, S. 404 – 424, passim; zuletzt: Richard Saage, *Faschismustheorien*, München 1976.

6 Hans-Ulrich Wehler, Einl. zu: *Friedrich Kapp. Briefe 1843 – 1884*, Frankfurt 1969, S. 7; ders., *Das Deutsche Kaiserreich 1871 – 1918*, Göttingen 1973, 1975, S. 214; Hans-Jürgen Puhle, *Von der Agrarkrise zum Präfaschismus*, Wiesbaden 1972, dort S. 54, Anm. 63, der Hinweis auf den »strukturgeschichtlichen Idealtypus Deutscher Präfaschismus«.

7 Dirk Stegmann, *Zwischen Repression und Manipulation. Konservative Machteliten und Arbeiter- und Angestelltenbewegung 1910 – 1918. Ein Beitrag zur Vorgeschichte der DAP/NSDAP*, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, Bd. XII, 1972, S. 351 – 432.

8 Sauer, *National Socialism*, a. a. O., S. 420, Anm. 36.

im politischen und wirtschaftlichen Konservatismus – primär um Kapp und Wangenheim für den Bund der Landwirte, Graf Westarp und Heydebrand für den parteipolitischen Konservatismus und eine Gruppe um Kirdorf, Hugenberg, Stinnes und Beukenberg auf seiten der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie – der Versuch unternommen, die Demokratisierung des Wahlrechts in Preußen zu verhindern und Gegengewichte gegen den Prozeß der Parlamentarisierung der Verfassung aufzubauen. Sozialimperialistische Slogans mit Blick auf die Arbeiterschaft und der sozialprotektionistische Appell gegenüber mittelständischen Gruppen, besonders im Handwerk und Kleingewerbe, unter Einbeziehung des nationalistischen Bildungs- und Besitzbürgertums, mobilisierten bis zum Sommer 1918 über eine Million zahlende Mitglieder, weit mehr als die Sozialdemokratie zu diesem Zeitpunkt zu integrieren fähig war. Es war ein erster Versuch, tendenziell »Reaktion und Konservatismus populär und plebejisch zu machen«⁹. Man kann bereits ansatzweise von deutschem Präfaschismus sprechen, wenn auch die spezifisch antikapitalistischen, radikal-mittelständischen und pseudo-sozialistischen Momente der späteren Hitlerbewegung noch fehlten¹⁰. Der Appell an die Arbeiterschaft blieb nahezu folgenlos, zumal Elemente der »Revolution von oben« im Gegensatz zur späteren Hitlerbewegung dominierten. Nolte ist mit seiner Interpretation Exponent einer Gruppe von Historikern, die ihre Erkenntnisinteressen, Fragestellungen und Methoden aus einem ideengeschichtlichen Ansatz herleiten; er behält diesen Ansatz selbst dann bei, wenn er explizit Stellung nimmt zu dem Verhältnis von Faschismus und Industrie¹¹. Nolte geht bei seiner Erörterung des Verhältnisses von Wirtschaft und Politik seit der Bismarckzeit dabei von einem nicht nur relativen, sondern einem absoluten Primat des politischen Bereiches über den ökonomischen aus, wobei sich ihm letzterer weitgehend als personalistisches Gegen- und Miteinander (»Männer der Wirtschaft«) darstellt. Der Bereich der Wirtschaft wird nicht als ein System relativer Selbständigkeit, definiert durch divergierende Interessen und Abhängigkeiten und je spezifische sektorale Verfügungsgewalten, gesehen, das seinerseits wiederum in einem je spezifischen Interaktionsverhältnis zur Politik steht. Indem er den Teil der neueren Forschung außer acht läßt, der mit einigem Recht die Frage aufgeworfen hat, wie sich das Verhältnis von Ökonomie und Politik genauer fassen läßt, ohne dabei einem platten Ökonomismus zu erliegen, spricht Nolte von einer »traditionelle[n] Unterordnung der Wirtschaft unter die Politik« bis 1918. Im Dritten Reich habe dieses Verhältnis dann »eine neue und radikalere Gestalt« angenommen, eine These, die er letztlich nicht weiterverfolgt. Diese weithin hypothetische Aussage wird bei Nolte zum entscheidenden Kriterium für die »Wesensbestimmung des Nationalsozialismus bzw. des Faschismus«, aber auch für die »Gültigkeit der marxistischen Lehre«, und endlich hänge von ihr sogar »bis zu einem gewissen Grade die Einschätzung der unmittelbaren Gegenwart« ab.

9 Barrington Moore, *Social Origins of Dictatorship and Democracy*, Boston 1966, S. 447; dt.: *Soziale Ursprünge von Diktatur und Demokratie*, Frankfurt 1969, S. 513.

10 Darauf hat Jürgen Kocka zu Recht hingewiesen, vgl. *ders.*, Zur Problematik der deutschen Angestellten 1914–1933, in: *Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik*, hrsg. von Hans Mommsen, Dietmar Petzina, Bernd Weisbrod, Düsseldorf 1974, S. 792–811, hier S. 810 (zit. *Industrielles System*, 1974).

11 Ernst Nolte, *Hitlers Aufstieg und die Großindustrie*, in: *ders.*, *Der Nationalsozialismus*, 1970, S. 188 ff.

II.

Als Kronzeugen für diese Thesenbildung verweist er auf die Studien von Turner¹², die seit 1972 auch in deutscher Übersetzung vorliegen. Es handelt sich um eine Sammlung von Aufsätzen, die in der Mehrzahl bereits in amerikanischen Fachzeitschriften publiziert worden waren. H. A. Turner geht von einem ähnlichen allgemeinpolitischen Vorverständnis aus wie Nolte. Er spricht in seinem Vorwort davon: Entspräche »die weit verbreitete Ansicht, daß der Faschismus ein Produkt des modernen Kapitalismus ist, den Tatsachen, dann ist dieses System kaum zu verteidigen. Ist diese Meinung jedoch falsch, dann ist es auch die Voraussetzung, auf der die Einstellung vieler Menschen im Osten wie im Westen zur kapitalistischen Wirtschaftsordnung beruht. Die Frage gehört zu denen, über die eine Einigung geboten ist, wenn die Menschheit zu einem friedlicheren Neben- und Miteinanderleben kommen soll«¹³.

Politische Pädagogik als Aufgabe des Historikers scheint offensichtlich nur dann Kritik herauszufordern, wenn sich dahinter ein emanzipatorischer, nicht aber, wenn sich dahinter ein konservativer Anspruch verbirgt. Damit soll keineswegs geleugnet werden, daß politische Pädagogik zu den legitimen Aufgaben des Historikers gehört. Freilich, Turners wie Noltens Ansatz bedingt eine Reduktion auf politische Verwertbarkeit ad hoc, dies genau ist jedoch illegitim.

Es bleibt Turners Verdienst, daß er sich durch die Auswertung neuer Quellen¹⁴ von einigen westdeutschen Arbeiten (Kühnl und insbesondere von der ungenauen Kompilation von Manfred Clemenz¹⁵) abhebt, aber auch von den in der DDR erschienenen Publikationen Czichons¹⁶ oder Gossweilers¹⁷ oder von den älteren Arbeiten G. W. F. Hallgartens¹⁸.

12 Henry A. Turner, *Faschismus und Kapitalismus in Deutschland*, Göttingen 1972 (zit. als Turner, 1972); Turner selbst beruft sich wiederum auf Nolte, vgl. *ebda.*, S. 158, Anm. 2, u. ö.; vgl. auch: Henry A. Turner (Ed.), *Nazism and the Third Reich*, New York 1972.

13 Turner, 1972, S. 7.

14 Zweifelsohne dürfte Turner unter allen Historikern der bei weitem beste Kenner der Bestände deutscher Firmenarchive sein. Die von Turner dem Autor angelastete geringere Quellenkenntnis – jedenfalls, was die Privatarchive anbelangt; von mir benutzt wurden: Akten der Gutehoffnungshütte (NL Reusch); Nachlaß Silverberg, Bestand Alldeutscher Verband im ZStA Potsdam (Kirdorf-, Thyssen-, Hugenberg-Materialien); Restnachlaß Kirdorf im Archiv der GBAG, Essen, sowie Bestand Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller im BA Koblenz – beruht freilich nicht auf einer freiwilligen Entscheidung, sondern auf den undurchschaubaren Selektionsmechanismen deutscher Firmenarchivare oder Vorstandsetagen, die nur einigen Ausgewählten ihre Akten zugänglich machen. Immerhin ist interessant, daß diejenigen Firmenarchive, die Turner und mir gleichermaßen offenstanden, sehr viel mehr Informationen enthalten, die für das Problem Industrie und Faschismus von Interesse sind, als Turner mitzuteilen für wert hält. Turner, der in der Regel nur Quellenexzerpte abdruckt, nur die Provenienz von Briefen etc. nachweist, läßt gerade beim Abdruck der wichtigen Denkschrift Hitlers für Emil Kirdorf von 1927 den Leser über den Fundort dieser wichtigen Archivalie im unklaren, obwohl womöglich dadurch Hinweise über die Verbreitung bzw. Resonanz dieser Denkschrift zu erlangen wären.

15 Vgl. etwa zuletzt: Reinhard Kühnl, *Formen bürgerlicher Herrschaft. Liberalismus – Faschismus*, Reinbek 1971; ders., *Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten*, Köln 1975. Manfred Clemenz, *Gesellschaftliche Ursprünge des Faschismus*, Frankfurt 1972; kritisch hierzu insbes.: Helga Grebing, *Aktuelle Theorien über Faschismus und Konservatismus. Eine Kritik*, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1974, passim.

16 Eberhard Czichon, *Wer verhalf Hitler zur Macht?* Köln 1967, u. ö.

17 Kurt Gossweiler, *Die Rolle des Monopolkapitals bei der Herbeiführung der Röhm-Affäre*, Phil. Diss. (MS) Berlin – DDR 1963; ders., *Großbanken, Industriemonopole, Staat, 1914 bis 1932*, Berlin – DDR 1971.

18 George W. F. Hallgarten, *Hitler, Reichswehr und Industrie*, Frankfurt 1955, u. ö.; ders./Joachim Radkau, *Deutsche Industrie und Politik von Bismarck bis heute*, Frankfurt 1974.

Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den in der Bundesrepublik und in der DDR erschienenen Untersuchungen bzw. Dokumentationen¹⁹ findet bei Turner in der Regel nicht statt; bestenfalls wird aus Fehlern, punktueller Überinterpretation oder sinnentstellender Argumentation – die richtigzustellen an sich verdientvoll ist – pauschal und ohne weitere Diskussion auf die mangelnde Stringenz dieser Arbeiten überhaupt geschlossen.

Methodisch steht Turners Analyse ganz in der Tradition einer personalistisch eingefärbten politischen Ideengeschichte in der Nachfolge Noltes²⁰, die bei ihm nur weiter mit einer relativ vage bleibenden sozialpsychologischen Begrifflichkeit verbunden wird. In diese eingebunden sind einige Elemente aus Substraten und Vorstellungen der als sozialwissenschaftliche Theorie verstandenen ›Modernisierung‹, mit deren Hilfe der Versuch gemacht wird, eine historische Ortsbestimmung des Nationalsozialismus vorzunehmen²¹. Autoren wie T. Mason²² haben nun zu Recht darauf verwiesen, daß sich die Beweisführung in der Modernisierungstheorie vor allem auf der Ebene der phänomenologischen Beschreibung, der Ideologieggeschichte und der Ideologiekritik vollziehe: Verhaltensmuster und soziale Strukturen würden vornehmlich, wenn nicht ausschließlich, aus dem Bereich der Ideologie abgeleitet. Das führe in der Regel zu Verallgemeinerungen und kaum hinterfragten Prämissen: »Das Gesicht der Modernisierung ist [...] ein Janusgesicht. Eine selbstgefällige, gegenwartsbezogene Teleologie kann der historischen Forschung nur abträglich sein«²³. Vom Denken der NS-Elite, das Turner als eine »utopische Form des Anti-Modernismus«, als Substrat einer »Krise der Volkskultur« darstellt, wird auf den deutschen Faschismus als eine »politische Erscheinungsform des utopischen Anti-Modernismus« geschlossen. Überbewertung der ideologischen Versatzstücke im Programm der NSDAP auf der einen Seite, Ausblendung der sozialökonomischen Realität, in der der Nationalsozialismus in Deutschland agierte, auf der anderen Seite sind für dieses Interpretationsmuster ebenso charakteristisch wie Turners Neigung, das Denken und Fühlen von Personen (›Resignation‹, ›Verwirrung‹, ›Naivität‹ als Kategorien) gegenüber Kollektivphänomenen gesellschaftlicher Machtbehauptung zu überschätzen. Die Frage, ob es etwa gemeinsame gesellschaftspolitische Überzeugungen resp. Affinitäten zwischen ›Kapitalismus‹ in der Weltwirtschaftskrise und faschistischen Bewegungen gab, wird von Turner gar nicht gestellt; für ihn reduziert sich das Problem auf die Frage, ob und wieviel Geld aus den Kassen der industriellen Fonds in die der NSDAP geflossen ist.

Aspekte kollektiver Machtausübung und Herrschaftssicherung – z. B. in organisierten Verbänden, auf dem Arbeitsmarkt im Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeber-

19 Anatomie des Krieges, hrsg. von Dietrich Eichholtz und Wolfgang Schumann, Berlin – DDR 1969; Anatomie der Aggression, hrsg. von Gerhart Hass und Wolfgang Schumann, Berlin – DDR 1972. Turner lastet mir indirekt die Benutzung dieser Quellenbände an und moniert, daß dieses Material längst bekannt sei. Problematisch für seine Quellenbenutzung bleibt aber, daß er die hier versammelten Dokumente über weite Strecken gar nicht zur Kenntnis nimmt.

20 Vgl. auch den Tenor des von Turner edierten readers: Reappraisals of Fascism, New York 1975.

21 Für den Stellenwert dieses Ansatzes bei H. A. Turner (der schon bei Nolte Bedeutung hat, auf den sich Turner beruft) vgl. den überarbeiteten Abdruck dieses Aufsatzes in seinem reader 1975, S. 117 ff.: Fascism and modernization.

22 Timothy W. Mason, Zur Entstehung des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit, vom 20. Januar 1934, in: Industrielles System, 1974, S. 322 – 351, hier S. 322 ff. (Ich übernehme hier Formulierungen Masons, weil sie mir das Problem am stringentesten zu kennzeichnen scheinen.)

23 Ebda., S. 324; vgl. neuerdings zur Modernisierungsdebatte auch den Überblick bei Hans-Ulrich Wehler, Modernisierungstheorien, Göttingen 1975, und die partielle Kritik bei Jürgen Kocka, Theorien in der Sozial- und Gesellschaftsgeschichte, in: GuG 1, 1975, S. 9 – 42, bes. S. 28 f.

verbänden, auf dem Feld der nationalen und internationalen Marktbeherrschung im Aspekt der Kartellierung, im Verhältnis von Grundstoffindustrien zu Fertigindustrien, von zollgeschützten Rohstoffindustrien zu freihändlerischen Verarbeitungsindustrien etwa, bis hin zum Verhältnis von ›Wirtschaft‹ und ›Staat‹ auf unterschiedlichen Ebenen, z. B. auf dem Feld der Handelsvertragspolitik oder der Sozialpolitik –, sie werden demgegenüber kaum in den Kreis der Betrachtung einbezogen. Eine solche Verkürzung der Fragestellung führt notwendigerweise zu Verkürzungen im Urteil, da tragende Sektoren industrieller bzw. wirtschaftlicher Interessenpolitik ausgeblendet werden. Die personalistische Interpretation, die ja das Vorhandensein kollektiver Mentalitäten weitgehend ausschließt, führt zu entsprechend emotional aufgeladenen und undifferenzierten Urteilen²⁴ oder aber zu eindeutigen Verzeichnungen, die sich z. B. angesichts des Ausweises der staatlichen Akten (die Turner im wesentlichen beiseite läßt) in keiner Weise halten lassen²⁵. Um es hier noch einmal mit aller Schärfe zu formulieren: Das politische System der Weimarer Republik ist kein statisches System gewesen, wie H. A. Turner offensichtlich meint²⁶, wenn er, wie Robert Gates zu Recht hervorgehoben hat, die »längerfristigen verfassungs- und wirtschaftspolitischen Zielvorstellungen seiner Akteure weitgehend außer acht [läßt]«²⁷. Vielmehr sollte im Mittelpunkt des Erkenntnisinteresses die (naive) Frage stehen, ob, warum und wie neben anderen gesellschaftlichen Gruppen auch Industrielle die Veränderung der politischen Programmatik und des personellen Führungskaders der Parteien, die inhaltliche Neuformulierung der Weimarer Verfassungsordnung etwa, betrieben haben; oder anders ausgedrückt, warum das Zentrum der Jahre 1930 ff. nicht mehr das Zentrum eines Matthias Erzberger und Joseph Wirth, die DVP nicht mehr eine Partei war, in der auch Politiker Stresemannscher Couleur Führungspositionen innehaben und politische Richtlinien formulieren konnten, selbst die DNVP nicht mehr eine Partei war, in der auch ein Otto Hoetzsch, ein Kuno Graf Westarp oder Walther Lambach politisch wirksam werden konnten. Die Beantwortung solcher Fragen läßt sich sicherlich nicht nur mit einer Darstellung der Parteifinanzierung erreichen, obgleich diesem Aspekt sicherlich symptomatische Bedeutung zukommen kann; allerdings nur dann, wenn systematisch die Geschichte der Finanzierung *aller* Parteien – nicht nur der NSDAP – verfolgt wird, wobei dann auch der Verweigerung von Finanzmitteln ebenso hohe Bedeutung wie der aktuellen Gewährung zukommt²⁸.

24 Vgl. Turner, 1972: »Das neue Material bestätigt den weitverbreiteten Eindruck, daß die deutschen Großunternehmer von der Weimarer Republik nicht begeistert waren« (S. 10); sie begegneten der Republik mit »Argwohn« (S. 11); 1931 schwand ihre »Begeisterung« (S. 135) gegenüber Brüning; »Verwirrung« (S. 137), »Versagen« (S. 155), deprimierendes Bewußtsein und Reizbarkeit sind häufige Vokabeln; die Ereignisse im Januar 1933 werden als »Tragödie« (HZ, 1975, S. 39) klassifiziert.

25 So galten die »mächtigsten Bankiers und Industriellen« gegenüber Hindenburg »nicht viel mehr als Ladenbesitzer« (Turner, 1972, S. 28); Nolte übernahm dieses Diktum und sprach – genauer dem amerikanischen Original folgend – von »Krämern« (Nolte, 1970, S. 188). Turner, 1972, S. 12, spricht pauschal von der »politischen Impotenz des Geldes«, obwohl das Buch von Lothar Döhn, Politik und Interesse. Die Interessenstruktur der Deutschen Volkspartei, Meisenheim 1969, am Beispiel der DVP zahlreiche Gegenbeweise liefert, ebenso wie die von Turner benutzten, aber nicht ausgewerteten Quellen der DVP im BA Koblenz, vgl. z. B. die im NL Dingeldey aufbewahrten Berichte der regionalen Geschäftsführer der Partei 1932.

26 Turner, Das Verhältnis des Großunternehmertums zur NSDAP, in: Industrielles System, 1974, S. 919 – 931.

27 Industrielles System, 1974, S. 851; vgl. auch *ebda.* die kritischen Diskussionsbeiträge von L. Döhn, bes. S. 884 f., 943; D. Petzina, S. 940; Gessner, S. 939 f.; Spiller, S. 944; H. Mommsen, S. 944.

III.

Einen Versuch – sicherlich einen nicht umfassend genug angelegten, der auch streckenweise nicht der Gefahr entging, Turnersche Personengeschichte durch Verbandsgeschichte zu ersetzen – stellt mein Aufsatz ›Zum Verhältnis von Nationalsozialismus und Großindustrie 1930–1933. Ein Beitrag zur Geschichte der sog. Machtergreifung‹ dar, der fortgeführt worden ist in einer neueren Veröffentlichung²⁹. An beiden Stellen wird umfangreiches, bisher nicht bekanntes Quellenmaterial im Wortlaut veröffentlicht. Turner selbst hat inzwischen einen weiteren – wiederum das Problem über Gebühr personalisierenden – Aufsatz³⁰ in die Debatte eingebracht.

Im Mittelpunkt meiner Überlegung stand der Versuch, Aspekte struktureller Kontinuität großindustrieller Interessenpolitik über das Kaiserreich hinaus bis in die Weimarer Republik aufzuzeigen. Weiter ging es hier darum, das wichtige Problem von kollektivem und individualpsychologischem Verhalten anhand der sozialökonomischen Option führender Großindustrieller in der Weimarer Republik neuerlich zu diskutieren.

Das Demokratieverständnis^{30a} der Masse der Großunternehmer läßt sich durchgehend für die Zeit 1918–1930 negativ so beschreiben, daß sie seit Beginn der Republik nach Möglichkeiten suchten, dem ›radikalen‹ Reichstag gegenüber konservative Gegengewichte zu schaffen. In der Phase der rechtsbürgerlichen Konsolidierung der Republik seit 1925 sahen sie eine realistische Chance für diese Politik; als langfristig wichtigste erscheint dabei die vor allem seit 1926 prononciert erhobene Forderung³¹ nach einem Ausbau des Reichsrates zu einer Zweiten Kammer, die, entweder berufsständisch zusammengesetzt oder durch Ernennung seitens des Reichspräsidenten präsentiert, mit einem Vetorecht vor allem auf finanzpolitischem Feld ausgestattet werden sollte. Hand in Hand damit ging die Forderung, die Rechte des Reichspräsidenten dahingehend auszuweiten, daß er vom Parlament unabhängige Fachminister berufen könne. Diese Postulate machte sich wenig modifiziert der 1928 unter maßgeblicher finanzieller Unterstützung der Großindustrie gegründete »Bund zur Erneuerung des Reiches« zu eigen, dem auch wichtige Repräsentanten der Großlandwirtschaft angehörten³².

Bereits vor der Weltwirtschaftskrise traten dabei viel weiterreichende politische Forderungen auf, so wenn z. B. Hugenberg 1927 einen »neuen Staat«³³ forderte, der durch eine

28 Vgl. z. B. in diesem Sinne die zusammenfassende Kritik des Anti-Dingeldey-Flügels in der DVP um den Grafen Dohna 1931 an der sozialreaktionären Politik der Schwerindustrie, ZStA Potsdam, Akten der DVP, Nr. 22; für 1932 vgl. den Bericht des Generalsekretärs Krüger (Wahlkreis Düsseldorf-West) vom 6. 12. 1932: BA, NL Dingeldey, Nr. 113.

29 Vgl. Anm. 2 sowie Dirk Stegmann, Kapitalismus und Faschismus in Deutschland 1929 – 1934. Thesen und Materialien zur Restituierung des Primats der Großindustrie zwischen Weltwirtschaftskrise und beginnender Rüstungskonjunktur, in: Gesellschaft 6, hrsg. von Eike Hennig u. a., Frankfurt 1976, S. 19 – 91 (zit. als Stegmann, 1976).

30 Turner, Hitlers Einstellung zu Wirtschaft und Gesellschaft von 1933, in: GuG 2, 1976, S. 89 bis 117 (zit. als Turner, 1976).

30a Vgl. jetzt auch dazu: Michael Schneider, Unternehmer und Demokratie, Bonn-Bad Godesberg 1975.

31 Vgl. dazu Dirk Stegmann, Die Silverberg-Kontroverse 1926: Unternehmerpolitik zwischen Reform und Restauration, in: Sozialgeschichte Heute. Festschrift für Hans Rosenberg, hrsg. von Hans-Ulrich Wehler, Göttingen 1974, S. 594 – 610, hier S. 600 f.

32 Vgl. dazu die Materialien im Nachl. Reusch, Archiv der Gutehoffnungshütte (H.A./GHH) sowie in den Reichslandbund-Akten im ZStA Potsdam, Nr. 122.

33 ZStA Potsdam, ADV, Nr. 180, Hugenberg an Westarp, 17. 9. 27; Hugenberg an Frowein, 24. 6. 28.

Präsidialdiktatur im Reich und in Preußen inauguriert werden sollte. Turners These³⁴, es sei erst *nach* dem Scheitern des Versuches, Mitte 1930 eine bürgerliche Sammlungspartei der gemäßigten Rechten zu bilden, mit deren Hilfe seiner Meinung nach eine Rückkehr zum parlamentarischen System eingeleitet werden sollte, zu einer Radikalisierung der verfassungspolitischen Programmatik im Unternehmerlager gekommen, findet in den Quellen keine Bestätigung³⁵.

Sozialpolitisch endlich bestand das Hauptinteresse der Großindustrie darin, die Gewerkschaften entscheidend zu schwächen; durch Aufhebung bzw. Auflockerung des Tarifvertragssystems und der staatlichen Zwangsschlichtung sollten Gehälter, Löhne und Arbeitszeit frei von Werk zu Werk mit der Arbeiterschaft ausgehandelt werden³⁶. In der Krise seit 1929 sah man die beste Gelegenheit, dieses Programm in die Tat umzusetzen³⁷. Dieser sozialreaktionären Vorbildern der Kaiserzeit verpflichtete Kurs im Lager der rheinisch-westfälischen Kohle- und Eisenindustrie, dem Lager des »autoritären Kapitalismus« (M. J. Bonn), blieb jedoch in der Chemiegroßindustrie und der Elektrogroßindustrie nicht unbestritten: Diese Industrien waren eher bereit, die Gewerkschaften als Verhandlungspartner zu akzeptieren; in der Krise selber favorisierten sie das Modell einer Sozialpartnerschaft nach dem Vorbild der 1918–1924 realisierten sog. Zentralarbeitsgemeinschaft³⁸.

Der Durchbruch der NSDAP bei den Septemberwahlen 1930 schuf eine qualitativ veränderte innenpolitische Situation, die, das kann sine ira et studio festgestellt werden, für alle gesellschaftlichen Gruppierungen eine Reaktion, d. h. zumindest das Zurkenntnisnehmen des veränderten Zustandes, erforderlich machte. Konnte vor den Septemberwahlen 1930 die NSDAP als *quantité négligeable* begriffen werden, was aktive Förderung durch Individuen, nachweislich auch durch einzelne Industrielle, nicht ausschloß, bildete sie jetzt eine wichtige, allerdings vielen Industriellen ganz unkontrollierbar erscheinende Größe. Antikapitalistische Tendenzen mittelständischer, aber auch kleinindustrieller Färbung, agrarstaatliche Autarkiebestrebungen, gar der Schein des Nationalbolschewismus³⁹ – für die meisten Industriellen höchst beunruhigende Programmpunkte – verbanden sich mit massivem Antiparlamentarismus, Antisozialismus und Antisemitismus, die für einen Teil der

34 Turner, 1972, S. 132 ff.

35 Dieser Vorstoß ging vor allem von einem gemäßigt liberalen Industriezweig im Deutschen Industrie- und Handelstag aus: Hamm, Grund (HK Breslau) und Mendelssohn suchten eine »Vereinigung der zu positivem Arbeiten bereiten bürgerlichen Parteien der Mitte« (H.A./GHH, Nr. 400 101 23/25 b, Hamm an Reusch, 28. 7. 30, Bericht über DIHT-Vorstandssitzung am 25. 7. 30), vor allem von DVP und DDP, zustande zu bringen. Abgesehen von dem Autonomieanspruch der Parteien selbst (bes. der Deutschen Staatspartei), scheiterte dieser Plan nicht zuletzt auch am dezidierten Mißtrauen der Ruhrindustriellen gegenüber der »weltbürgerliche[n] Anschauung der norddeutschen Demokraten« (Ebda., Reusch an Hamm, 2. 8. 30); gerade sie wollten auch über die Volkskonservativen die DNVP miteinbeziehen, wo jedoch Hugenberg als Störfaktor einer solchen Politik zuerst ausgeschaltet werden sollte. Die 1930/31 erneut vorgestellten Pläne einer liberal-konservativen Sammlungspartei von Westarp bis A. Weber scheiterten zuletzt immer wieder an dem sozialpolitisch reaktionären Kurs der Schwerindustrie, vgl. etwa die Kritik des Grafen Dohna 1931: ZStA Potsdam, DVP, Nr. 22. Bis hin zum Bankrott der DVP in den Juliwahlen 1932 war die Ruhrindustrie eher daran interessiert, die DVP noch weiter nach rechts hin zu orientieren, was ihr über ihre Stellung in der sog. Rheinisch-Westfälischen Arbeitsgemeinschaft der DVP und ihre Taktik der Wahlkampffinanzierung bzw. -nichtfinanzierung insgesamt auch gelang.

36 Vgl. dazu Schneider, *passim*.

37 Vgl. etwa das Exposé von P. Reusch (Gutehoffnungshütte) zur Brüning'schen Notverordnung vom 8. 12. 31, in: H.A./GHH, Nr. 400 101 220/11 c.

38 Vgl. Stegmann, 1973, bes. S. 409; ders., Die Silverberg-Kontroverse, 1974, bes. S. 606 f.

39 Vgl. Stegmann, 1973, S. 449 ff. (Denkschrift Herle 1932); ders., 1976, S. 79 f. (Bücher [AEG] 1931).

Industriellen gar so beunruhigend nicht waren oder deren Instrumentalisierung sie (wie z. B. beim Antisemitismus) zuzustimmen bereit waren. Entscheidendes Kriterium für die Einschätzung der NSDAP, d. h. für Bereitschaft oder Nichtbereitschaft, sich mit ihr zu arrangieren bzw. sie auch direkt zu fördern, wurden in erster Linie – und dies ist von der Interessenlage der Betroffenen her nur selbstverständlich – die wirtschafts- und sozialpolitischen Ordnungsvorstellungen dieser Partei. Dabei ist offensichtlich – und das geht z. B. auch aus der frühen Hitler-Denkschrift für Kirdorf (1927)⁴⁰ hervor –, daß in dieser Frage zwischen veröffentlichter Meinung und vertraulich erläuterten Zielkonzeptionen zumindest einer Gruppe des Partei-Führungskaders erhebliche, einem Teil der Schwerindustrie auch nicht unbekannte, Divergenzen bestanden⁴¹. Die wichtige, und von Turner in ihrer Relevanz nie voll erfaßte Entscheidung eines Teils der Industrie, namentlich der Schwerindustrie, bestand darin: zu testen, ob und inwiefern das veröffentlichte Programm der NSDAP Gültigkeit besitzen sollte und ob die diesem Programm verpflichteten Führungspersonlichkeiten der NSDAP im internen Meinungsbildungsprozeß sich durchsetzen würden oder ob die vorhandenen Ansatzpunkte eine Korrektur dieses Programms im privatkapitalistischen Sinne zuließen. Genau bei diesem signifikanten Entscheidungsprozeß habe ich in meinem Aufsatz angesetzt und dabei eine Reihe von Fragen aufgeworfen: Gab es Gruppen in der NSDAP, die sich ja keineswegs als monolithischer Block artikulierten, welche womöglich divergierende Standpunkte in die Diskussion ›Kapitalismus in der Krise‹ einbrachten? Wie sah das wirtschaftliche Ordnungsbild unterschiedlicher Untergruppen aus, und war es etwa Wandlungen unterworfen? Dieses Problem erweiterte sich zu der Frage, ob womöglich eine engere Führungsgruppe in der NSDAP bereit war, in der Parteibasis verankerte Zielvorstellungen der politischen Strategie zu opfern. Festhalten am System der Privatwirtschaft oder Veränderung dieses Systems hin zum Staatskapitalismus, Staatssozialismus oder Ständesozialismus: Das waren die Ordnungsvorstellungen, zu denen es auch innerhalb der NSDAP unterschiedliche Überlegungen gab und die für die Haltung der Industrie zur NSDAP ausschlaggebend wurden.

Dieser Themenkatalog ist bereits von anderen Autoren als Prüfstein für die direkte oder indirekte Unterstützung des Nationalsozialismus durch die Großindustrie gewertet worden; er erhebt insofern auch keinen Anspruch auf Originalität. So hat z. B. Hans Mommsen zu Recht hervorgehoben: »Nachdem Hitler klargemacht habe, daß er an der Eigentumsstruktur der Wirtschaft keine fundamentalen Änderungen habe vornehmen wollen und damit die Sorge vor sozialistischen Tendenzen bei der Unternehmerschaft habe zurücktreten lassen, sei man – in gewisser Weise freiwillig, aber auch in gewisser Weise gezwungen – von dem Pferd Papens auf das Pferd Hitlers übergewechselt. Der Episode Schleicher sei keine längere Wirkung geblieben, weil Schleicher, vom Standpunkt der Unternehmerideologie und der konkreten sozialpolitischen Unternehmerinteressen betrachtet, nur eine Abart des Bolschewismus gewesen sei«⁴².

40 Abgedr. bei Turner, 1972, S. 47 ff.: Raumimperialismus; Antiparlamentarismus; unabhängige ›nationale‹ Wirtschaft unter dem Primat des Staates und der Politik; Volksgemeinschaft.

41 Vgl. dazu Stegmann, 1972, passim, und ders., 1976, passim (insbes. zu Wagener und Strasser); zu Wagener vgl. jetzt auch: Avraham Barkai, Die Wirtschaftsauffassung der NSDAP, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zu ›Das Parlament‹, B 9/75, 1. 3. 1975; Gerhard Schulz, Aufstieg des Nationalsozialismus, Berlin/Wien/Frankfurt 1975, S. 623 ff.; Dirk Stegmann, Zum Stellenwert der Wirtschaftsprogrammatik der NSDAP im Prozeß der Machtergreifung, in: Festschrift für Wolfgang Abendroth, Köln 1977.

42 *Industrielles System*, 1974, S. 944.

Bei der Diskussion des Verhältnisses von Industrie und NSDAP wird sich mithin das Erkenntnisinteresse auf Ideologie und Interesse von Unternehmern – wie auch auf die Interaktion beider – ebenso zu richten haben wie auf Ideologie und Interesse der NSDAP. Schließlich ist es notwendig, die Frage zu klären, ob, inwiefern und – falls ja – wann und in welcher Form die gegenseitige Beeinflussung sich vollzogen hat. Dabei führt eine Reduktion der NSDAP auf die Person Hitlers, wie Turner es eigentlich durchgehend tut⁴³, ebenso in die Irre wie die von demselben Autor zu Recht gerügte Reduktion der deutschen Industrie auf Thyssen oder Kirdorf, was ihn freilich – allerdings mit konträren Zielsetzungen – nicht hindert, seinerseits zur Abstützung seiner Theorie, es habe überhaupt keine kollektiven ökonomischen, politischen und sozialen Zielsetzungen ›der‹ Industrie gegeben, ausschließlich personalistisch vorzugehen und die Unternehmerschaft als eine atomisierte, zu kollektivem Handeln unfähige Gruppe zu beschreiben.

IV.

Mit dem oben skizzierten Ansatz hat Turner sich in seiner Kritik nicht auseinandergesetzt, vielmehr hat er sich darauf beschränkt, einen ihm offensichtlich unbequemen Forschungsansatz abzuqualifizieren, indem er mir schlichtweg Mißdeutung der Quellen⁴⁴ und der

43 Vgl. *Turner*, 1972, S. 165: »Nach allem, was man weiß, entschied Hitler im Gegenteil sehr wohl aus eigener Machtvollkommenheit«; er spricht im Zusammenhang der Einwirkung auf die Wirtschaftsprogrammatik der NSDAP nur undifferenziert von einer Abwehr des »Wirtschaftsradikalismus« (S. 103, 1972) bzw. von einem Bekehrungsversuch zu einer »konservativen Wirtschaftspolitik« (*ebda.*, S. 24); vgl. bes. auch *Turner*, 1975, *passim*.

44 Zu *Turners* Monita S. 63: Sie hängen damit zusammen, daß mir bei der Abfassung des Aufsatzes nur ein Teil – der größere – der Materialien in Kopien vorlag (hier hat eine äußerst penible Nachprüfung des Archivars der GHH, Bodo Herzog, nur einige geringfügige Fehler [in der Regel Kommafehler] zusätzlich zutage gefördert), der kleinere Teil in handschriftlichen Exzerpten, die ich zugegebenermaßen noch einmal hätte nachprüfen müssen. Ein Großteil der ›Fehler‹ sind reine Abschreibfehler bzw. Fehler bei der Reinschrift des Manuskripts. Turner weist an keiner Stelle seines Beitrages darauf hin, daß es sich bei den insgesamt 21 Dokumenten um 40 Seiten Drucktext handelt, ein Umfang, bei dem geringfügige Fehlerquellen nie ganz auszuschließen sind. Für äußerst problematisch halte ich, daß Turner mit seiner Formulierung, er habe wahrscheinlich nicht alle Fehler aufgedeckt, den Anschein erweckt, als wolle er generell meine Quellen in Frage stellen. Eindeutige Versehen – so z. B. das Auslassen des Wortes ›voraussichtlich‹ in dem im Text auszugsweise zit. Brief Schachts an Reusch vom 6. 6. 32 – werden in die Nähe des Verdachts der Quellenmanipulation gebracht, obwohl der Brief längst gedruckt als ganzes vorliegt (*Kurt Koszyk*, in: *VfZG* 20, 1972, S. 99 f. [Dok. Nr. 9]); ähnliches gilt für die Transskribierfehler aus schwer lesbaren handschriftlichen Briefen. Ähnliche Beckmesserei könnte man bei *Turner* üben (wobei man ihm den Vorwurf nicht ersparen kann, aus den benutzten Dokumenten nur teilweise zu schöpfen: in der Regel die Passagen, die seine eigene These bestätigen): vgl. z. B. 1972, S. 107, Anm. 44, wo er aus dem Brief des Harpener Fabrikanten Liebe-Harkort eine Frau macht – Eleanor –, die als Briefschreiber gar nicht vorkommt; wichtiger ist, daß Turner den Inhalt dieses Briefes – das Eintreten Thyssens für eine Kanzlerschaft Hitlers und seine Frontstellung gegen Hugenberg – gar nicht mitteilt. Der für das Verhältnis zwischen Ruhrindustrie und Hitler Ende 1930 bedeutsame Brief von J. Reichert (Geschäftsführer des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller) an seinen Kollegen Schlenker vom sog. Langnamverein vom 4. 12. 30 (vgl. jetzt die Auszüge daraus in meiner Anm. 48) wird nur verkürzt wiedergegeben, vgl. *Turner*, 1972, S. 134, Anm. 53, und S. 140, Anm. 74: Die NS-kritischen Passagen (Poensgen) werden bemüht, die positiven ausgespart. Kirdorf wird z. B. seit 1925 eine aktive Rolle in der Ruhrkohlenindustrie abgesprochen, obwohl die Dokumente das Gegenteil beweisen, vgl. H.A./GHH, Nr. 400 101 223/3: Lübsen an Reusch, 30. 1. 26, teilt mit, daß das Präsidium des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats nicht getagt habe, weil Kirdorf gefehlt habe. Turner spricht mehrfach von der »politischen Impotenz des Geldes«, unterschlägt dabei die – gegenteiligen – Aussagen der betroffenen Par-

Sekundärliteratur⁴⁵ und eine zu schmale Quellenbasis vorwirft^{45a}. Ich stehe nicht an, diese Behauptungen von Turner als aus der Luft gegriffen zu bezeichnen. Diese Feststellung bedarf selbstverständlich einer Begründung. Zunächst möchte ich allerdings Turner meinen Dank dafür aussprechen, daß er die bei der Transskription handschriftlicher Texte aufgetretenen Fehler korrigiert hat. Freilich jeder, der die z. T. kaum leserlichen Handschriften (hier ist eine über jeden Zweifel erhabene Lesart bisweilen eben nicht zu gewinnen) in den Quellen kennt, wird einen Teil solcher Fehler als eine zwar beklagenswerte, aber nie völlig auszuschaltende Fehlleistung sehen.

Weniger dankenswert erscheint es mir jedoch, daß H. A. Turner damit die Unterstellung verbindet, ich hätte z. T. die Quellen nicht richtig interpretiert bzw. sie beim Abdruck teilweise unrichtig wiedergegeben. Wer so schwere Vorwürfe erhebt, muß sich gefallen lassen, daß man auch seine Verfahrensweise genau unter die Lupe nimmt. Und die ist – zumindest, wenn es um einen wissenschaftlichen Kontrahenten und dessen Thesen geht – nicht gerade zimperlich. Dafür zur Veranschaulichung einige Beispiele: Um die Affinität gewisser Teile der Großindustrie schon vor 1930 zu Ideologien der NSDAP zu zeigen, die Turner leugnet, und um eine ideologische Kontinuität in ihrem Verhalten seit 1917/18 aufzuzeigen, habe ich u. a. das politische Verhalten Emil Kirdorfs und in diesem Zusammenhang auch sein Verhältnis zum Antisemitismus behandelt. Turner wirft mir vor, wahrscheinlich um meine Kontinuitätsthese ad absurdum zu führen, ich hätte Emil Kirdorf zu einem Antisemiten gestempelt⁴⁶. Derjenige, der meine Darlegungen liest, wird feststellen, daß ich behauptet

teifunktionäre, obwohl er diese Quellen kennt und zitiert: vgl. *Turner*, 1972, S. 148, Anm. 102, Bericht des Generalsekretärs Krüger (DVP) vom 6. 12. 32 (bei *Turner* falsch auf 12. 12. 32 datiert).

45 Was meinen von Turner getadelten Umgang mit der Sekundärliteratur angeht, so finde ich mich hier bei ihm in allerbesten Gesellschaft, hat er doch sehr pauschal der westdeutschen Geschichtsschreibung von G. Schulz bis Bracher und der amerikanischen (Hallgarten) – ganz zu schweigen von der der DDR – vorgeworfen, sie sei »erstaunlich lückenhaft, fehlerhaft und irreführend« (Vorwort, *Turner*, 1972); wenn man H. A. Turner ähnlich kritisiert – womöglich mit Gründen –, schreitet er als Zensor ein. Ganz abgesehen davon muß man sich fragen, ob Turner wirklich ein solch unbestechlicher Kritiker ist: Was soll man davon halten, wenn er 1972, S. 163, Anm. 10, das Buch von *Reinhard Kühnl*, *Die nationalsozialistische Linke 1925 – 1930*, Meisenheim 1966, einmal als »beschränkte und oberflächliche Studie« abqualifiziert, 1975 aber (*Reappraisals of Fascism*, S. 136, Anm. 8) als eine der beiden »basic studies of the Nazi left wing« lobt. – Die Kritik *Turners*, S. 41, Anm. 39, an Verweisen auf von mir angegebene Literaturstellen ist im übrigen größtenteils berechtigt: Das gilt für den Verweis auf *Kirdorfs* Memoiren, die nur die Anwesenheit Kirdorfs bei Vorträgen Hitlers im Revier bezeugen, nicht auch – wie ich angegeben hatte – ebenfalls die Thyssens; bei dem Verweis auf *Heinrichsbauers* Buch muß es »S. 38« heißen, nicht, wie bei mir, »S. 40«; zu den Darlehen Thyssens an die NSDAP vgl. *Turner*, 1972, S. 110 f. – ich selbst hatte allgemein auf *Turners* Aufsatz, S. 87 ff., verwiesen und diese Anm. kombiniert mit dem (richtigen) Verweis auf *Heinrichsbauer*, der auf die Kontakte NSDAP – Industrie generell seit 1930 verwiesen hatte. Der falsche Hinweis auf *Th. Vogelsang* ist ein offensichtlicher Schreibfehler, denn meine Angabe: S. 366, Anm. 67 gibt es tatsächlich nicht: Eine Anm. 67 existiert auf dieser Seite nicht. H. A. Turner, der nur die S. 366 als *meine* Angabe zitiert, hätte das leicht feststellen können. Der – richtige – Sachverhalt, auf den es ja ankommt, findet sich nun bei *Vogelsang*: S. 375 bis 376, bes. auch S. 375, Anm. 1818. Zur Datierung des genauen Eintritts Thyssens in die NSDAP vgl. jetzt *John Leopold*, *Hugenberg and German Politics*, Diss. (MS) 1970, Washington D. C., überarbeitete Fassung, 1974 (am 28. 1. 1932, zwei Tage nach Hitlers Auftreten vor dem Düsseldorfer Industrieclub).

45a Vgl. dazu Anm. 14.

46 Der einzige Fehler, der mir hier unterlaufen ist, ist die (m. E. verzeihliche) Aufschlüsselung des von Kirdorf benutzten Kürzels »Dr. S.« in »Georg Solmssen« statt richtig: A. Salomonsohn. Solmssen, eigentlich Salomonsohn (sein Vater hieß noch so, erst der Sohn änderte den Namen), war ebenfalls Bankier; vgl. *ders.*, *Beiträge zur Deutschen Politik und Wirtschaft, 1900 – 1933*, 2 Bde., München/Leipzig 1934.

habe, Kirdorf und seine alldeutschen Hintermänner hätten den Antisemitismus bewußt als taktisches Mittel in Kauf genommen, um die Unterstützung der Massen zu gewinnen – was auch Turner nicht bestreiten kann. Kirdorf glaubte nämlich 1927, seinem jüdischen Geschäftsfreund Salomonsohn versichern zu können, der Antisemitismus der NSDAP werde nicht auf Dauer Bestandteil des NS-Programms bleiben, sondern nur als »Kampfwerkzeug mitbenutzt werden«. Genau das ist meine Interpretation.

Daß sich nach den Septemberwahlen 1930 Teile der Industrie Hitler zuwandten, andere zumindest in das Lager der Nationalen Opposition einschwenkten, will Turner auch nicht wahrhaben⁴⁷. Er bestreitet meine These von der Annäherung Fritz Thyssens Ende 1930 speziell an Hitler, zu deren Verdeutlichung ich u. a. seine Rede vor dem Hauptausschuß des Reichsverbandes der Deutschen Industrie herangezogen habe. Die hier sichtbar werdende Neuorientierung ist deshalb so wichtig, weil Thyssen bis dahin zu den treuesten Parteigängern Hugenburgs gezählt hatte und als einer der führenden Industriellen in den Vereinigten Stahlwerken im nationalen Bereich der Wirtschaft über beträchtliches Ansehen verfügte. Turner wirft mir nun vor, meine Interpretation dieser »verwirrten« (Turner) Rede Thyssens im November 1930, auf einer Sitzung, an der auch Brüning teilgenommen hat, sei nicht belegt, d. h. ich hätte eben die Quellen nicht richtig interpretiert. Seinen Vorwurf belegt er mit einem Verweis auf den Wortlaut der Thyssenschen Rede (im Mitteilungsorgan des RDI), der seine These zu stützen scheint. Was er dabei aber schlichtweg übergeht, ist folgendes: Ich stütze mich durchaus nicht nur auf diese Quelle, sondern auch u. a. auf den zwei Anmerkungen weiter z. T. abgedruckten Brief des Geschäftsführers des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, Reichert, an seinen Kollegen in der Ruhrindustrie, Schlenker. Und dieser Brief nun bestätigt meine Aussage⁴⁸. Die gedruckte Wahrheit 1930 war eben nur die halbe Wahrheit. Das Verhalten Turners ist um so merkwürdiger, als er selbst diese Quelle kennt, sie selbst auch benutzt hat, die fragliche Passage an dieser Stelle aber nicht heranzieht. Muß man unterstellen, daß er so verfährt, weil sie ihm nicht in die eigene Thesenbildung paßt?

Für diese punktuelle und z. T. die Interpretationsansätze nicht in aller Breite wiedergebende Kritik Turners mag auch seine Darstellung des Verhältnisses des Großunternehmertums zur Harzburger Front 1931 stehen. Turner disqualifiziert meine Interpretation auf den Seiten 420 ff., indem er willkürlich meine Anmerkungen Nr. 99–101 ausspart, die die Belege dafür bieten, daß sich die Ruhrindustrie seit dem Frühjahr 1931 in der großen Mehrzahl von Brüning abwandte und sich in die Nationale Opposition einreichte. Aus der Tatsache, daß z. B. Reusch und Springorum nicht persönlich an der Tagung in Harzburg teilnahmen (was auch mir hinlänglich klar gewesen ist und was ich im übrigen auch gar nicht gesagt habe), schließt Turner, daß beide nicht mit den Zielsetzungen der Nationalen Opposition übereinstimmten. Das Gegenteil ist richtig⁴⁹. Turner gibt im übrigen meine

47 Vgl. dazu *meine* demnächst erscheinende Dokumentation: Brüning und die Schwerindustrie 1931/1932, 1977.

48 BA Koblenz, R 13 I/602, Reichert an Schlenker, 4. 12. 30: »Kastl konnte mir [...] andeuten, daß in dieser Entwicklung nicht nur das Auftreten Thyssens vor Präsidium, Vorstand und Hauptausschuß des Reichsverbandes der Deutschen Industrie eine Rolle spielte, sondern daß eigentlich im Wesentlichen der Einfluß von Adolf Hitler hier unverkennbar hervorgetreten sei. Er, Kastl, sei davon unterrichtet, wie Adolf Hitler im Revier bei den führenden Herren aufgetreten sei und welchen starken Eindruck das hinterlassen habe«.

49 Vgl. Anm. 47. Zurückzuweisen ist auch der Vorwurf, daß ich die »Deutschen Führerbriefe« »wiederholt als Indiz für die politische Haltung der Großunternehmer« (Turner, 1975, S. 43) angeführt habe. Ich habe lediglich darauf verwiesen – was zutreffend ist –, daß die »Führer-

vorsichtige Interpretation der Spannungen innerhalb der Harzburger Front unzutreffend wieder, wenn er schreibt, ich hätte den irreführenden Eindruck zu erwecken gesucht, daß jegliche Opposition zu Brüning gleichzusetzen sei mit Zugehörigkeit zur Harzburger Front, »d. h. mit einer Bereitschaft, mit der NSDAP zu paktieren«^{49a}. Wer sich die Mühe macht, meine Ausführungen zu lesen, wird zu einem anderen Ergebnis kommen⁵⁰.

Das Verhältnis von NSDAP und Wirtschaft nach 1930 ist für Turner durch den Primat Hitlers über die Großindustrie definiert, deren Exponenten lediglich als Statisten ohne jeden Handlungsspielraum agieren. Daß die Großindustrie ihrerseits Einfluß auf Hitler zu nehmen verstand und ihn womöglich dazu bewog, das Wirtschaftsprogramm seiner eigenen Basis fallen zu lassen, ein solches Problem stellt sich für Turner nicht. Darum setzt an diesem Punkt massiv seine Kritik ein. Dafür einige Beispiele: Turners Kritik an dem von mir abgedruckten und interpretierten Brief Schachts an P. Reusch vom 12. September 1932. Abgesehen davon, daß Turner in durchaus apologetischer Manier, nämlich um Schachts Bedeutung als politischen Zwischenträger zwischen NSDAP und Industrie herunterzuspielen⁵¹, diesen als »politischen Abenteurer« hinstellt – eine These, für die es im übrigen keinen stichhaltigen Beleg gibt, Turner zumindest bringt ihn nicht bei –, unterstellt er mir eine »völlig irreführend[e]« Interpretation, insbesondere eine »eindeutige Mißachtung der zeitlichen Reihenfolge von Ereignissen«. Ich habe nämlich zu behaupten gewagt, daß Hitler aufgrund der Kritik Schachts, des maßgeblichen Verbindungsmannes zur rheinischen Schwerindustrie über den gerade inaugurierten sog. Keppler-Kreis in der NSDAP, selbst seit 1931 Parteigänger Hitlers, das sog. Wirtschaftliche Sofortprogramm vom Juli 1932 zurückzog. Hinter diesem wirtschaftlichen Krisenprogramm stand in erster Linie der Strasserflügel der Partei⁵². Dieses ist deshalb geschehen, weil u. a. massiver Protest gegen die staatssozialistisch eingefärbte Programmatik seitens der Großindustrie geübt worden war; in diesem Zusammenhang habe ich mich auch auf den Schacht-Brief bezogen. Turner streitet diesen Sachverhalt ab; folgt man ihm, so hat Schacht Hitler »zum ersten Male« im September 1932 Klagen in dieser Richtung unterbreitet. Bei dieser Gelegenheit hätte Hitler Schacht eröffnet, er habe das beanstandete Heft, das in der Broschürenreihe der NSDAP erschienen war, »schon früher« (Turner) einstampfen lassen! Von einem gezielten Druck seitens der Industrie bzw. Schachts könne also keine Rede sein! Etwas anders sieht der Sachverhalt aus, wenn man in die Analyse miteinbezieht (was Turner nicht tut und deshalb auch seine

briefe« »Verbindungen«, vor allem über die Pressestellen des Langnamvereins bzw. des Bergbaulichen Vereins, zur Schwerindustrie hatten: Als Belegstelle habe ich nicht nur auf Schlenkers Brief an Reusch vom März 1932 (der trotz partieller Kritik am Kurs der »Führerbriefe« diesen Sachverhalt bestätigt), sondern auch auf eine zweite Belegstelle aus dem Jahre 1929 verwiesen, die Turner verschweigt.

49a Turner, 1975, S. 58.

50 In diesem Zusammenhang ist es verwunderlich, wenn H. A. Turner als Beleg für seine Thesen einen Bericht des Reusch-Vertrauten v. Gilsa zitiert (vom 13. 10. 31), dabei aber die Absätze ausspart, die ein Indiz dafür sind, daß Reusch und sein Kreis an den Intrigen Cunos (Hapag) bei Hindenburg, Brüning zu stürzen, indirekt beteiligt war (vgl. für den Zusammenhang jetzt das von mir abgedruckte Dokument: Stegmann, 1976, S. 80 ff.). Das Resümee v. Gilsas fehlt bei Turner: »Bemühungen, den Herrn Reichspräsidenten weiter von Brüning abzubringen, sind im Gange«; vorher hatte v. Gilsa davon gesprochen, diese Taktik sei »wohl die Auffassung unserer [sic!] Kreise«. Auch dieser Passus bleibt bei Turner unerwähnt, vgl. Turner, 1975, S. 58, Anm. 62.

51 Vgl. demgegenüber die Wertung Schachts durch den Krupp-Schwager v. Wilmowski 1931, in: H.A./GHH, Nr. 400 101 290/39, Wilmowski an Reusch, 17. 12. 31, und den Tenor der von mir 1973 abgedruckten Briefe Reuschs an Schacht.

52 Zur Genesis dieses Programms vgl. zuletzt Schulz, S. 902, Anm. 87.

Chronologie ad absurdum führt), daß bereits am 27. 7. 1932 Paul Reusch von der Gutehoffnungshütte gegenüber Schacht angeregt hatte⁵³, die von Schacht begründete sog. »Arbeitsstelle« solle eine Gegendenschrift verfassen, die Schacht persönlich an Hitler weiterleiten solle; das werde die Wirkung erhöhen, auch wenn bereits von »anderer Seite« auf die Parteileitung der NSDAP in München eingewirkt worden sei – ein Indiz für bereits vorausgegangene Pressionen auf Hitler seitens interessierter Kreise. Zusätzlich nahm dann am 8. 9. 1932 der Geschäftsführer des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Herle, in einem langen Exposé⁵⁴ zu dieser Wahlkampfbroschüre kritisch Stellung. Vorausgegangen war außerdem die Empfehlung Schachts an Hitler vom 29. August⁵⁵, in Zukunft kein detailliertes Wirtschaftsprogramm herauszugeben, eine verhüllte Kritik am Wirtschaftlichen Sofortprogramm. Man kann also durchaus von Pressionen auf Hitler seit dem Sommer 1932 sprechen. Bei Turner findet sich davon kein Wort, obwohl ihm diese Aktenbestände bekannt sind.

Genauso wichtig ist, daß führende Repräsentanten der Schwerindustrie – abgesehen von Schacht selbst – Hitler persönlich schon seit dem Frühjahr 1932 darauf hingewiesen hatten, es sei nötig, Wirtschaftsprogramme aufzustellen, die »Industrie und Handel mitmachen können«⁵⁶. Reusch z. B. hatte bei seinem Besuch bei Hitler am 19. 3. 1932 in München⁵⁷ in dieser Angelegenheit persönlich interveniert⁵⁸; diesem war schon aufgrund massiver Kritik von industrieller Seite spätestens seit 1931 klar, daß z. B. die wirtschaftspolitischen Zielkonzeptionen des Leiters der Wirtschaftspolitischen Abteilung (WPA) seiner Partei, O. W. Wagener⁵⁹, ganz zu schweigen von denen G. Feders, für die Großindustrie inakzeptabel waren. U. a. aus diesem Grunde hatte Hitler bewußt an Stelle Gregor Strassers in öffentlicher Versammlung am 26. 1. 1932 vor dem Düsseldorfer Industrieclub gesprochen und dabei seine 1927 gegenüber Kirdorf gemachten Zusagen erneuert. Diese standen in enger geistiger Verwandtschaft mit Überzeugungen, wie sie z. B. das Mitglied in der Geschäftsführung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Hans Reupke, 1931 publiziert hatte⁶⁰, mit dem Hitler in Kontakt stand. Daß Hitler durchaus auf diese Kritik reagierte und sie ernst nahm, ist deutlich: Nur so ist zu verstehen, daß er im Frühjahr 1932⁶¹ so weit ging, gegenüber Keppler (der dies seinerseits dem Hamburger Großkaufmann E. Helfferich zutrug) die Theoretiker des Braunen Hauses in München, d. h. Feder und Wage-

53 Abgedr. als Dok. Nr. 12 bei Kurt Koszyk, Paul Reusch und die »Münchner Neuesten Nachrichten«, in: VfZG 20, 1972, S. 75 – 103, hier S. 103, dort auch bereits eine Kritik an der Darstellung Turners, bes. S. 103, Anm. 84.

54 Abgedr. in Stegmann, 1973, S. 552 ff. (Dok. Nr. X).

55 IMT, Bd. 36, S. 536.

56 Abgedr. in: Stegmann, 1973, als Dok. Nr. VIII (S. 450 f.) und Nr. IX (S. 451 f.).

57 Ebda., S. 424.

58 Vgl. auch die ähnliche Motivation des Reusch-Vertrauten v. Gilsa (Oberst a. D., DVP bis Anfang 1932, dann DNVP) in einer Denkschrift vom 19. 12. 31, die dafür plädierte, die »privatwirtschaftlich orientierte Gruppe« in der Nationalen Opposition zu stärken, vor allem auch den Kreis um Hitler, vgl. Frankfurter Zeitung, 12. 2. 32, Hitler soll kapitalistischer werden.

59 Vgl. dazu Stegmann, 1973, S. 424, Anm. 120; ders., 1976, bes. S. 64 ff. (für die Zeit nach dem 30. 1. 33).

60 Hans Reupke, Der Nationalsozialismus und die Wirtschaft, Berlin 1931; zur Rezeption vgl. die Dokumente bei Stegmann, 1976, S. 76 ff.; zu Reupkes Verbindung zu Hitler 1930 vgl. Klaus-Peter Hoepke, Die deutsche Rechte und der italienische Faschismus, Düsseldorf 1968, S. 150 f. Bei Turner taucht der Name Reupke nicht auf.

61 Vgl. Emil Helfferich, Ein Leben, Bd. IV, Jever 1964, S. 12: Notiz von Kranefuß über ein Gespräch Hitlers mit Keppler am 14. 5. 32: Hitler habe Keppler »in aller Form plein pouvoir erteilt mit dem ausdrücklichen Bemerkem, daß er sich um die Theorien des Braunen Hauses absolut nicht zu kümmern brauche«.

ner, offen zu desavouieren. Gerade auch die Bildung des sog. Keppler-Kreises, vor dem Hitler persönlich am 20. 6. 1932 in seinen Zusicherungen noch viel weiter ging, was Turner unerwähnt gelassen hat, hatte vorrangig ebenfalls die Funktion, die Exponenten der Großindustrie hinsichtlich der Schwerkraft »sozialistischer« Parolen in der NSDAP zu beschwichtigen. In ähnlicher Weise ging W. Funk vor, seit 1931/32, abgesehen von W. Keppeler, Hitlers engster Wirtschaftsberater. Funk erklärte Mitte 1932 vor ausgewählten Industriellen in internen Gesprächen⁶², sie müßten zwischen massenwirksamen Parolen und tatsächlicher Politik der Partei unterscheiden. In dem Maße nun, in dem Wagener, von Renteln, Feder u. a. m. im Herbst 1932 durch die am 17. 9. 1932 erfolgte Umorganisation der Wirtschaftsabteilung der NSDAP von Hitler schrittweise entmachtet wurden⁶³, vollzog sich andererseits der Aufstieg Walther Funks zum unbestritten ersten wirtschaftspolitischen Berater Hitlers. Nach der definitiven Entmachtung Strassers Anfang Dezember 1932 nahm er in der wirtschaftspolitischen Hierarchie der NSDAP die entscheidende Stelle ein⁶⁴: Er hatte schon im Oktober 1932 maßgeblich das neue sog. »Aufbau-Programm« der Partei formuliert, ein Wirtschaftsprogramm, das dezidiert von den Positionen des Strasserschen Sofortprogramms vom Juli 1932 abrückte und den Vorstellungen der Großindustrie, bei aller partiellen Kritik, weit entgegenkam⁶⁵. Es verzichtete auf die im Strasser-Renteln-Programm vom Sommer 1932 stark herausgearbeitete Mittelstandsprogrammatik zugunsten der Betonung großindustrieller und agrarischer Interessen; explizit mittelständische Forderungen wurden nur noch ganz vage angesprochen. Dafür stand die großwirtschaftliche Produktionspolitik im Mittelpunkt. Für den Annäherungskurs an die Industrie mag selbst Feder stehen, der in der 7. Auflage seines Kommentars zum 25-Punkte-Programm »Der deutsche Staat auf nationaler und sozialer Grundlage« (München 1932) Positionen, die gegen die Großindustrie zielten, stark modifizierte⁶⁶. Zur gleichen Zeit wurde auch die Erörterung ständestaatlicher Verfassungspläne seitens der Parteileitung unterbunden, weil diese in der Großindustrie auf Ablehnung stießen, worauf H. A. Winkler hingewiesen hat⁶⁷. Von all diesen Zusammenhängen findet sich bei Turner kein einziges Wort, obwohl diese Aspekte bereits bei Autoren wie G. Schulz⁶⁸ oder H. A. Winkler⁶⁹ erörtert worden

62 Abgedr. bei *Stegmann*, 1973, als Dok. Nr. III, S. 445 f.; vgl. ähnlich Dr. Klein (Gauwirtschaftsberater der NSDAP) auf der Tagung des Gauwirtschaftsrates der Partei in Düsseldorf vor Düsseldorfer Industriellen am 23. 7. 32, H.A./GHH, Nr. 400 101 308/9, v. Gilsa an Reusch, 25. 7. 32: »So nebenbei erwähnte der Vortragende, daß die Nationalsozialisten ganz vernünftige Leute seien. Man solle sich nicht durch die in den Parlamenten angenommenen Anträge abstoßen lassen, diese seien aus anderen Gründen entstanden«.

63 *Schulz*, S. 737 f.

64 *Völkischer Beobachter* vom 17. 12. 32: In der neu geschaffenen Politischen Zentralkommission der NSDAP übernahm Funk in der Kommission für Wirtschaftsfragen die Unterkommission A für Wirtschaftspolitik, zudem wurde er in wirtschaftlichen Fragen Berater Hitlers, mit dem zusammen er die Wirtschaftsbeauftragten der Reichsleitung ernannte. Feder wurde auf wirtschaftstechnische Fragen und Fragen der Arbeitsbeschaffung beschränkt.

65 Vgl. *Stegmann*, 1976, S. 51; und in Festschrift für W. Abendroth, demnächst.

66 1931 (6. Aufl.) wurden »Riesenbetriebe« noch in der Programmatik »verstaatlicht« (S. 35), 1932 (7. Aufl.) nurmehr »bekämpft«; dazu traten weitere Abschwächungen, vgl. die Angaben in: *Frankfurter Zeitung* 899, 2. 12. 32, Parteiprogramm mit Durchschuß. Vgl. auch die unterschiedlichen Passagen betr. Arbeiterentlohnung: (6. Aufl., 1931, S. 46 f.; 7. Aufl., 1932, dito).

67 *Heinrich August Winkler*, *Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus*, Köln/Berlin 1972, S. 174.

68 Vgl. dazu bereits *Karl-Dietrich Bracher / Wolfgang Sauer / Gerhard Schulz*, *Die nationalsozialistische Machtergreifung*, 2. Aufl., Köln/Opladen 1962, S. 400 ff.; ebenso *Schulz*, S. 737, der ausdrücklich meiner Interpretation folgt.

69 Vgl. dazu Anm. 67 und *ders.*, *Unternehmervverbände zwischen Ständeideologie und Nationalsozialismus*, in: *VfZG* 17, 1969, S. 341 – 371, bes. S. 361.

sind. Angesichts dieses schier erdrückenden Materials scheint mir auch die Zurückziehung des ›Wirtschaftlichen Sofortprogramms‹ sinnfällig zu sein. Sie liegt genau in der Konsequenz der Bündnisstrategie Hitlers; dieses Programm konnte jetzt durch ein neueres, ›besseres‹ ersetzt werden, nachdem das erste seinen propagandistischen Effekt bei den Wahlen vom Juli 1932 erwiesen hatte.

Diese Bündnispolitik und Taktik Hitlers wiederum trugen auf seiten der Großindustrie ihre Früchte. Hitler wurde für Teile der Großindustrie, im Gegensatz zu Strasser etwa, zu einem geeigneten politischen Repräsentanten, den man im Sinne der eigenen wirtschafts- und sozialpolitischen Zielsetzungen einspannen zu können glaubte. Meine Belege für diese These läßt Turner nicht gelten, zum Beispiel den von mir herangezogenen Brief von Blank (Büro Berlin der Gutehoffnungshütte) an P. Reusch vom 3. 9. 1932⁷⁰, in dem davon die Rede ist, A. Heinrichsbauer, ein politischer Vertrauensmann der Ruhrindustrie (und hier besonders des Kohlenbergbaus), habe für eine Kanzlerschaft Hitlers plädiert. Abgesehen davon, daß Turner diesen wichtigen Brief an keiner Stelle in seiner Interpretation von 1972 auch nur erwähnt hat (obwohl er ihn kannte), muß seine eigene nachgeschobene Interpretation, die dauernd mit Ausdrücken wie »m. E.«, »wahrscheinlich«, »ist nicht auszuschließen« etc. operiert, zumindest strittig bleiben⁷¹. Heinrichsbauer, den Turner wiederum lieber als Lobbyisten und politischen Intriganten abqualifizieren möchte^{71a}, war nicht nur Herausgeber des von der Ruhrindustrie seit 1920 subventionierten ›Rheinisch-Westfälischen Wirtschaftsdienstes‹⁷², sondern er agierte spätestens seit 1930 als politischer Zwischenträger zwischen NSDAP und Schwerindustrie in Berlin⁷³. Er selbst bezeichnete sich rückblickend als »Verbindungsmann zwischen Bergbau und Strasser«⁷⁴. Seine persönlichen Kontakte zu Funk kamen ihm dabei zugute; 1931 wurde er von Hitler persönlich empfangen. 1932 z. B. erstattete er u. a. dem Generaldirektor der Gutehoffnungshütte, Paul Reusch, mehrfach politische Berichte; er wurde, durchaus unüblich für Reuschs sonstigen Führungsstil, zur Aussprache über seine Denkschriften zur Situation der NSDAP sozusagen in Privataudienz⁷⁵ empfangen. Er vermittelte bzw. suchte Gespräche zwischen Großindustriellen und Nationalsozialisten (Strasser, Schultz, Funk) zu vermitteln⁷⁶. Er trat dabei in seinen Briefen nicht als irgendein Lobbyist auf, sondern sprach, als er z. B. gegenüber Gregor Strasser auf stattgehabte Gespräche führender Industrieller mit Funk in Essen verwies, von der eigenen Gruppe der Wirtschaft einschließlich seiner eigenen Person ganz selbstverständlich als »wir«⁷⁷. Heinrichsbauer war so sehr in Interna der Industrie eingeweiht, daß er, als er nach

70 Vollständiger Abdruck jetzt bei Stegmann, 1976, S. 85 f.

71 Meiner Interpretation folgt auch Schulz, S. 738.

71a Turner, 1975, S. 48.

72 Vgl. Kurt Koszyk, Deutsche Presse 1914 – 1945, Berlin 1972, S. 176 f.

73 Vgl. Stegmann, 1973, S. 416 f.

74 Zit. bei Turner, 1975, S. 49.

75 H.A./GHH, Nr. 400 101 226/28, Reusch an Heinrichsbauer, 27. 2. 32; ders. an dens., 14. 4. 32; ders. an dens., 5. 6. 32; Wagner (Sekretär von Reusch) an dens., 25. 7. 32; Reusch an dens., 2. 8. 32.

76 Ebda., Reusch an Heinrichsbauer, 27. 2. 32: Heinrichsbauer hatte hier ein Treffen Reuschs mit Gregor Strasser angeregt, das jedoch nicht zustande kam; ders. an dens., 8. 8. 32, regt an, daß Heinrichsbauer ein Treffen zwischen Strasser und Hamm (DIHT) vermittele, und fragt an, ob die Zusammenkunft zwischen Hitler und dem Reichsbankpräsidenten Luther stattfinde bzw. ob Heinrichsbauer etwas veranlaßt habe; ebda., Reusch an dens., 12. 8. 32; vgl. auch Heinrichsbauer an Gregor Strasser, 20. 9. 32, abgedr. als Anlage 23 bei Günter Plum, Gesellschaftsstruktur und politisches Bewußtsein in einer katholischen Region 1928 – 1933, Stuttgart 1972, S. 301 ff., betr. Treffen Industrielle – Funk in Essen.

77 Plum, S. 301.

dem 30. 1. 1933 bei Hitler in Ungnade fiel, von der Ruhrindustrie gedeckt und weiterbeschäftigt wurde⁷⁸.

Entgegen Turners Ansicht ist er weitgehend als Sprachrohr des pronazistischen Flügels innerhalb der Ruhrindustrie zu bezeichnen⁷⁹, der sich 1932 weitgehend deckte mit einer Gruppe von Männern um Kirdorf, Thyssen und Brandi, d. h. einer Gruppe im Ruhrkohlebergbau. Angesichts der ungünstigen Quellenlage habe ich nun eher vorsichtig unterstellt, daß die Qualität seiner Beziehungen zum Ruhrkohlebergbau eine andere gewesen ist als zum Kreis um Reusch, der ja noch eine zurückhaltende Politik gegenüber der NSDAP verfolgte, d. h. daß Heinrichsbauer eher für die Kohleindustrie an der Ruhr sprach. Ihn abzutun als Lobbyisten, wie das Turner tut, halte ich für unangemessen. Neue Dokumente legen sogar nahe, daß Heinrichsbauer direkt an der Formulierung des sog. ›Wirtschaftlichen Aufbauprogramms‹ der NSDAP vom Oktober 1932 beteiligt war⁸⁰, das den mittelbetrieblichen Ständesozialismus fallen ließ, wenn auch staatssozialistische Zielsetzungen unübersehbar blieben, die z. B. im Kreis um Reusch auf Ablehnung stießen. H. A. Turner verschweigt, daß, ganz auf der politischen Linie des Briefes Heinrichsbauers vom September 1932, der ja die Kanzlerschaft Hitlers favorisierte, sich auch der Nachfolger Hugenburgs als Vorsitzender des Bergbaulichen Vereins und der Fachgruppe Bergbau im Reichsverband der Deutschen Industrie, Brandi, bewegte: Er betonte rückblickend Anfang Februar 1933⁸¹, er habe schon seit August 1932 für ein Kabinett unter der Führung Hitlers, eingerahmt von konservativen Fachleuten, plädiert. Es ist unwahrscheinlich, daß Heinrichsbauer aus eigener Machtvollkommenheit solche weitreichenden Angebote machte, wenn er nicht gedeckt war. Bei Turner findet man von diesen Zeugnissen keine Spur⁸².

78 H.A./GHH, Nr. 400 101 290/36 b, Reusch an Springorum (Hoesch), 13. 12. 34: »Heinrichsbauer dürfen wir nicht fallenlassen. Ich empfehle, ihm seine Bezüge vorläufig weiter zu zahlen, bis wir etwas anderes für ihn gefunden haben«. Dieses geschah.

79 Heinrichsbauer sprach ebenfalls in seinem Brief an Strasser vom 20. 9. 32 (vgl. Anm. 76) davon, daß »sehr maßgebliche Herren des Reviers sich bei ausschlaggebenden Berliner Stellen sehr stark dafür eingesetzt haben, daß man Herrn Hitler das Reichskanzleramt übertrage« (S. 304).

80 H.A./GHH, Nr. 400 127/3, Scherer, Abt. W(irtschaft) der Gutehoffnungshütte, an Reusch, 24. 10. 32, mit Verweis auf Schreiben Heinrichsbauers vom 17. 10. 32 in diesem Sinne (das in der Akte fehlt): vgl. Stegmann, 1976, S. 51.

81 Brief vom 6. 2. 33, mitgeteilt von Fritz Klein, in: ZfG 12, 1973, S. 1523.

82 Auch seine Kritik an meiner Interpretation, auf Druck Heinrichsbauers und seiner Hintermänner seien bereits 1930/31 interne Denkschriften zum Wirtschaftsprogramm der NSDAP nicht zum Druck gelangt, ist nicht stichhaltig: Turner schließt aus der Formulierung Blanks: »Seit dem Erscheinen der Schrift des Herrn Wagener« unzulässig darauf, daß diese Schrift tatsächlich verbreitet worden sei (1975, S. 50); das war jedoch keineswegs der Fall: Tatsächlich wurde sie nur parteiintern verbreitet und eben nicht veröffentlicht, vgl. Schulz, S. 628; das aber habe auch ich nur behauptet. Wagener selbst gibt in seinem nach dem 30. 1. 33 erschienenen Buch: Nationalsozialistische Wirtschaftsauffassung und Berufsständischer Aufbau, Berlin 1933, S. 3, eine Bestätigung dieser Auffassung, wenn er schreibt, er habe aufgrund der kontroversen Auffassungen nicht »in der Öffentlichkeit« arbeiten können. Aus dem Aufsatz von A. Barkai geht hervor, daß Wagener erst im März 1932 eine parteiinterne Schrift ›Das Wirtschaftsprogramm der NSDAP‹ veröffentlichte; alle anderen Arbeiten blieben aufgrund der Pressionen Heinrichsbauers und seiner industriellen Hintermänner Entwürfe, nicht zuletzt, weil Hitler laut den ungedruckten Memoiren Wageners »die Wirtschaft nicht [...] erschrecken« wollte (zit. bei A. Barkai, a. a. O., S. 11; Turner, der in seinem 1976 erschienenen Aufsatz die Memoiren Wageners benutzt hat, zitiert diese m. E. wichtige Passage nicht).

V.

Am problematischsten ist die Turnersche Kritik an meiner Interpretation der Entstehung und der Funktion des sog. Keppler-Kreises, zu der abschließend Stellung genommen werden soll. Abgesehen davon, daß Turner den Kreis um den Wirtschaftsberater Hitlers, Keppler, und die sog. Arbeitsstelle Schacht in seiner Arbeit von 1972 als völlig peripher und unbedeutend in einige Anmerkungszeilen verwiesen und bagatellisiert hat – die ›Arbeitsstelle Schacht‹ sei ein »totgeborenes Kind« geblieben –, wobei auffällig ist, daß er die in den Memoiren E. Helfferichs abgedruckten Briefe seinerseits gar nicht benutzte, obwohl sie ganz neues Licht auf die Ereignisse im Jahre 1932 werfen, gibt er jetzt meine Deutung unkorrekt wieder. Was Turner plötzlich als eigene Interpretation ausgibt, ist durchaus bei mir aufzufinden: die Existenz zweier *selbständiger* Gremien, die aber – was wichtig ist – im Sommer 1932 miteinander verquickt wurden, dadurch nämlich, daß mit Schacht und Vögler zwei Mitglieder der sog. ›Arbeitsstelle‹ auch im Keppler-Kreis vertreten waren⁸³. Dieses neue Gremium, der sog. *Keppler-Kreis* (eigentlich Studienausschuß für Wirtschaftsfragen), dem Angehörige eines von Hitlers Wirtschaftsberater Keppler seit Ende 1931 zusammengeführten Kreises und auch der ›Arbeitsstelle Schacht‹ angehörten, bildete jene strategische Clique, die u. a. für die Eingabe von November 1932 an Hindenburg, Hitler mit der Kanzlerschaft zu betrauen, als spiritus rector mitverantwortlich war.

Turners Kritik ist für mich in keiner Weise stichhaltig: Daß Schachts Bereitschaft, bei Keppler mitzuarbeiten, als »Kapitulation« gewertet werden muß, vermag ich nicht einzusehen. Ansonsten wiederholt Turner nur seine alten Thesen (»in politischer Hinsicht ein totgeborenes Kind«, »Torso der von Schacht im März gehegten Erwartungen«), ohne stichhaltige Belege für diese weitgehenden Behauptungen zu liefern⁸⁴. Er verschweigt im übrigen den Empfang des ›Keppler-Kreises‹ bei Hitler am 20. Juni 1932 und dessen weitreichende wirtschaftspolitische Zusagen an die versammelten Industriellen⁸⁵. Ja, Turner geht so weit zu bestreiten, die mit mehreren 10 000 RM finanzierte ›Arbeitsstelle Schacht‹ habe als Gruppe überhaupt funktioniert⁸⁶. Das viel wichtigere Problem, inwieweit mittels formeller und informeller Kontakte auf die wirtschaftliche Programmatik der NSDAP eingewirkt werden konnte, wird nicht dargelegt, ganz im Gegenteil: Der Keppler-Kreis wird als »nationalsozialistische Einrichtung« bezeichnet und seine Tätigkeit als »Machenschaften«

83 Meiner Darstellung folgt insgesamt auch Schulz, S. 718 f. Die Tatsache, daß H. A. Turner auch 1975 noch den Keppler-Kreis bzw. die Arbeitsstelle Schacht in das Frühjahr 1932 datiert (S. 30, 50) statt in den Sommer 1932, zeigt seine Unsicherheit im Hinblick auf diese Zeit.

84 Turner, 1975, S. 53. Aus einer mißverständlich platzierten Anmerkung bei mir (die nur auf einen inhaltlichen Aspekt verweisen sollte, der schon abgehandelt war) macht Turner eine pauschale Kritik an meinen Thesen (S. 55, Anm. 57), obwohl aus meinem Text selbst etwas später einwandfrei der intendierte richtige Sachverhalt hervorgeht (worauf Turner dann im übrigen auch hinweisen muß, mir dies aber als »Widerspruch« anlastet!). In dieser Methode liegt bei Turner System: Sie läuft auf Verunsicherung des potentiellen Lesers meiner Darlegungen hinaus.

85 Stegmann, 1973, S. 427: Mitteilungen Helfferichs, Kepplers (nach 1945), Steinbrincks (nach 1945); vgl. auch Reinhard Vogelsang, Der Freundeskreis Himmler, Göttingen/Zürich/Frankfurt 1972, S. 29 (mit anderer Datierung), und G. W. Hallgarten, in: Hallgarten/Radkau, S. 207.

86 Die Belege dafür, die Turner gibt, sind nicht einleuchtend; tatsächlich erstellte die ›Arbeitsstelle Schacht‹ mehrere Gutachten bis Ende 1932, die innerhalb der Finanzier-Kreise zirkulierten. Leider sind die seinerzeit im NL Helfferich vorhandenen Denkschriften zur Zeit nicht mehr erreichbar (Mitteilung der Familie Helfferich an den Verfasser vom Mai 1973); zwei Gutachten sind in Industriearchiven überliefert.

disqualifiziert^{86a}, ungeachtet der Tatsache, daß seine Mitglieder Schacht, Helfferich, Vögler, Reinhardt oder Hecker gar keine Nazis waren, und obwohl aus Helfferichs Memoiren hervorgeht, daß Krogmanns und Helfferichs Vorschläge, den Keppler-Kreis als Ausschuß direkt in die Partei einzugliedern⁸⁷, erfolglos blieben (was Turner wieder unerwähnt läßt), weil Schacht und Keppler selbst die informelle Ebene bevorzugten. So wird der Keppler-Kreis entgegen den Quellen zu einem reinen *Parteiorgan* stilisiert und damit unerheblich für Turner. Auf diese Weise kann dieses Gremium nach Belieben als unabhängig von autonomen Interessen der Großindustrie klassifiziert werden. In dieser Interpretationsartistik steckt ein Kalkül: In allen Fällen sollen sowohl informelle wie formelle Kontakte auf unterschiedlichsten Ebenen zwischen NSDAP und Unternehmertum schlichtweg verneint und im Gegenzug die absolute Autonomie der Entscheidung der NSDAP, speziell Hitlers, betont werden. Wenn auch Turner nicht leugnen kann, daß z. B. Hitler 1932 eine wirtschaftliche Umorientierung vollzog, dann stellen sich bei ihm nur psychologisierende Deutungen ein: Dann ist von der Enttäuschung und »Unzufriedenheit«⁸⁸ Hitlers über seine Wirtschaftsberater in der Partei die Rede, d. h. von ganz vagen Kategorien, die in der Regel nicht nachprüfbar sind. Der komplizierte Mechanismus von Aktion und Reaktion im Herbst 1932, von Polarisierung und Lagerbildung innerhalb der NSDAP und der Industrie, wobei es deutliche Indizien dafür gibt, daß es Berührungspunkte zwischen »linkem« Flügel der NSDAP und radikalisierten Gruppen in der mittelständischen Unternehmerschaft gab, Entwicklungen, die wiederum die Annäherung der Großindustrie an Hitler forcierten⁸⁹, diese Aspekte diskutiert Turner überhaupt nicht. Gerade in diesen mittelständischen Unternehmergruppen läßt sich nämlich seit dem Herbst 1931 eine spürbare Radikalisierung nach rechts feststellen, die 1932 ihren Höhepunkt erreichte. Sie führte dazu, daß einzelne Kleinunternehmer zunehmend bereit waren, in dem Maße, wie ihre alten Parteien (bes. DVP, DNVP) politisch an Boden verloren, sich innerhalb der NSDAP zu engagieren. Vielfach wurden sie nicht nur einfache Parteimitglieder, sondern exponierten sich regional und lokal als Wirtschaftsberater der Partei, deren Defizite gerade auf diesem Sektor unübersehbar waren⁹⁰. Diese Entwicklung wurde seitens der Großindustrie deutlich verfolgt und als eine Bedrohung der eigenen Position empfunden, denn die wirtschaftspolitischen Parolen der in der Krise radikalisierten klein- und mittelbetrieblich organisierten Industriellen waren

86a Turner, 1975, S. 56.

87 Helfferich, Bd. IV, S. 17.

88 Turner, 1976, S. 114.

89 Für die Stärke der Agitation des linken Flügels vgl. den Tenor des Briefes Heinrichsbauers an Strasser vom 20. 9. 1932 (Anm. 76), das Dok. Nr. VIII bei Stegmann, 1976, S. 87 f., sowie den Protestartikel der schwerindustriellen Deutschen Bergwerks-Zeitung, Nr. 244, 16. 10. 1932: Protest gegen die Streikparole (Gauleiter Wagner, München), und die unsinnige Wirtschaftsprogrammatische, in der man einen Reflex der »marxistische[n] Seuche« sehen wollte.

90 Vgl. dazu Rudolf Görnandt, Das Ende der deutschen Fertigungindustrie?, Berlin 1932, S. 29; als Einzelbeispiele vgl. u. a.: Ziegeleifabrikant Erbersdobler, 1929 Gauleiter von Niederbayern; der Speditionsinhaber Schaub wurde 1932 stellv. Gauwirtschaftsreferent im Gau Mittelfranken; H. Reinhold, seit 1933 Geschäftsführer im Eisen- und Stahlwarenindustrie-Bund (ESTI-Bund), wurde 1931 technischer Gaufachbearbeiter bei der Gauleitung in Düsseldorf; P. Pleiger, ein Maschinenbauindustrieller, wurde Gauwirtschaftsberater im Gau Westfalen-Süd; der Lederfabrikant O. Jüngst wurde 1932 Kreisleiter für Wirtschaft und Finanzen in der NSDAP. Ein Großteil dieser Männer stieg nach 1933 zu Präsidenten der regionalen Industrie- und Handelskammern auf, z. B. Rust (Schaumburg-Lippe), Wachs (Wuppertal – Remscheid), Achter (Gen.-Dir. und Vorstandsmitglied der Gladbacher Wollindustrie AG, eines Betriebs mit [1929] 1400 Beschäftigten) (Gladbach – Rheydt – Neuß), Bodman (Göttingen), Erbersdobler (Passau), Burmeister (Lüneburg). Angaben nach: *Das Deutsche Führerlexikon 1934/35*, Berlin 1934.

z. T. der eigenen Programmatik diametral entgegengesetzt. Das gilt insbesondere für die Forderung nach staatlicher Zwangskartellierung, die von der Großindustrie als »Vorstufe der Sozialisierung«⁹¹ abgelehnt wurde, oder die nach »Planwirtschaft und selbst nach Sozialisierung«⁹². Diese Postulate nun, und das machte sie zu einem doppelten Politikum, stießen auch im Strasser-Flügel der NSDAP auf Zustimmung⁹³. Organisatorisch schlugen sich diese Strömungen in Neugründungen wie der sog. Interessengemeinschaft der konzernfreien Eisenwirtschaft Ende 1932 im Ruhrgebiet nieder, mit deutlicher Spitze gegen die Ruhrkonzerne⁹⁴.

VI.

In dieser Perspektive nimmt es nicht wunder, daß Turner eine ähnlich pauschale, z. T. verzerrende Wiedergabe meiner Interpretation der Hintergründe der Eingabe an Hindenburg vom November 1932 gibt, die er selber noch seinerzeit mit ein paar Sätzen abtun zu können glaubte. Entgegen dem in den Memoiren Helfferichs z. T. abgedruckten Briefwechsel zwischen Keppler und Helfferich, aus dem mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit hervorgeht, daß der Gedanke, bei Hindenburg für eine Kanzlerschaft Hitlers zu intervenieren, »aus dem Westen«⁹⁵, d. h. aus der Ruhrindustrie⁹⁶, initiiert wurde und nicht originär aus dem Keppler-Kreis selbst stammte, sucht Turner diese Zielsetzung dem Keppler-Kreis, d. h. in seiner Interpretation: einer *Parteiinstanz*, zuzuschreiben.

Eine ähnliche Entlastungsinterpretation wird bei der Darstellung der Ereignisse während der Monate Dezember 1932 und Januar 1933 angeboten. Nun scheint mir aus neueren Arbeiten, in denen auch bisher unzugängliche Quellen (u. a. der Hugenberg-Nachlaß) benutzt werden konnten, eindeutig hervorzugehen, daß der einem Bündnis mit Hitler aufgrund seiner Erfahrungen in der kurzlebigen Harzburger Front widerstrebende Hugenberg im Winter 1932/33 nicht nur von Thyssen (dessen politische Rolle in dieser Zeit bei Turner übrigens fast vollkommen ausgeblendet wird), sondern auch von Albert Vögler (Vereinigte Stahlwerke) zu einem Zusammengehen förmlich gezwungen wurde. Aufgrund des Materials, das der amerikanische Historiker Leopold ausgebreitet hat, wird folgendes deutlich: Nachdem der Versuch mißlungen war, Hugenberg Ende September 1932 definitiv

91 H.A./GHH, Nr. 400 101 220/13 b, Kartellstelle des RDI an Präsidial- und Vorstandsmitglieder, 30. 9. 32; vgl. dazu auch *Ulrich Nocken*, Inter-industrial conflicts and alliances as exemplified by the AVI-agreement, in: *Industrielles System*, S. 693 – 704, bes. S. 701.

92 *Ludwig Erhard*, Aufgabe und Stellung der deutschen Fertigindustrie in der heutigen Wirtschaft, in: *Die Deutsche Fertigware*, Jg. 5, Jan./Febr. 1933, H. 1, T. A, S. 4 – 10, bes. S. 6; vgl. auch *H. Wagenführ*, Nationalsozialismus und Kartelle, in: *Kartell-Rundschau*, H. 7, Juli 1933, S. 419 – 437, bes. S. 419 ff.

93 So auch das Rundschreiben der Kartell-Stelle des RDI, vgl. Anm. 91.

94 H.A./GHH, Nr. 400 001/29; vgl. auch die Notiz bei *Stegmann*, 1976, S. 65; diese Gruppen wähten im Frühjahr 1933 ihre Stunde für gekommen und glaubten, im Bündnis mit der NSDAP die Konzerne an der Ruhr zerschlagen zu können; vgl. dazu insbesondere den Bericht Klemmes (GHH) an Kellermann (GHH) vom 27. 4. 33 über die Sitzung der Konzernvertreter (u. a. Springorum und Poensgen) mit der Interessengemeinschaft und den NSDAP-Kommissaren am 26. 4. 33. Als Wortführer trat u. a. Peddinghaus (HK Hagen) auf.

95 *Helfferich*, Bd. IV, S. 18, Keppler an Helfferich, 26. 10. 32.

96 Diese Interpretation geht aus den *ebda.* folgenden Sätzen und der ähnlichen Formulierung *ebda.*, S. 19 hervor. Es wäre denkbar, daß der Plan zu einer Eingabe an Hindenburg am 20. 10. 1932 gefaßt wurde, als sich Hitler mit Kirdorf und Thyssen sowie Vögler im Revier traf. Vgl. dazu auch Thyssen an Liebe-Harkort, 29. 10. 32, BA, NL Dingeldey.

zum Rücktritt vom Parteivorsitz zu bewegen, nötigte Vögler Hugenberg Ende Oktober 1932 zu einem Geheimgespräch mit Hitler⁹⁷ und wirkte im Januar auf eine Kooperation zwischen beiden hin⁹⁸. Mein 1973 eher vorsichtiges Urteil über die direkte politische Einwirkung führender Industrieller im Januar 1933 auf das Zustandekommen des ›Kabinetts der Konzentration‹ muß also erheblich verschärft werden: Thyssen und Vögler, beide vermutlich nicht ohne Absprache mit dem Ruhrkohle-Bergbau (Brandt), haben ihnen nahestehende Politiker wie Hugenberg unter Druck gesetzt, ein Bündnis einzugehen, das ihnen, schon aufgrund der Repräsentanz konservativer Fachleute im Kabinett und aufgrund der wirtschaftspolitischen Zusagen Hitlers⁹⁹, kalkulierbar im Sinne ihrer Interessen erschien. Bei Turner dagegen sind allein Papen und Hitler »Hauptakteure der Tragödie«¹⁰⁰. Alle strukturellen Faktoren, die gegen diese personalistische Verengung der Entscheidungsprozesse sprechen, sind souverän ausgeblendet. Daß Turner, um seine Thesen zu retten, am Ende auf die handwerkliche Glaubwürdigkeit meines Beitrages abhebt und diese in Zweifel zieht, scheint mir bedauerlich und nur ein Indiz für schlechten Stil in einer wissenschaftlichen Kontroverse zu sein. In dieses Verdikt paßt Turners Vorwurf, ich hätte die sowjet-marxistische Agententheorie wieder neu belebt, bruchlos hinein, wobei er meine Kritik an seiner personalistisch eingefärbten politischen Geschichtsschreibung wie in einem salto mortale gegen mich wendet.

Ich bin der Meinung, daß die Strukturgeschichte der Endphase der Weimarer Republik durchaus noch der weiterführenden Analyse bedarf. Im Gegensatz zu einer streckenweise auf Apologie gestimmten Interpretation, wie sie bei Turner vorherrscht, bzw. zu einem Forschungsinteresse, das primär auf Aspekte der Parteienfinanzierung abhebt¹⁰¹, muß sich die Forschung solcher Schwerpunkte annehmen, die bisher vernachlässigt worden sind. Dazu gehört in allererster Linie die Aufarbeitung der branchenspezifischen Situation der industriellen Sektoren in der Krise seit 1929 und ihres je spezifischen politischen Verhaltens. Die engere Monopolgruppen-Theorie hat sich als relativ unbefriedigend erwiesen, so daß allein von hierher neue Aufschlüsse zu gewinnen sind. Wissenschaftliches Desiderat ist weiterhin die Erforschung des Verhältnisses der Schwerindustrie im engeren Sinne zur Klein- und Mittelindustrie. Erst auf dieser Folie ist auch das innerparteiliche Gewicht des Strasser-Flügels in der NSDAP neu zu bestimmen. Auf dem weiteren Hintergrund der Etappen der sog. Machtergreifung wäre zusätzlich das Verhältnis zwischen Industrie und Landwirtschaft neuerlich zu diskutieren, nämlich inwieweit die handels- und wirtschaftspolitischen Zielkonflikte beider Großgruppen an der Jahreswende 1932/33 durch einen Kompromiß auf der Basis von Agrarkartellierung und Expansion nach außen (›Mitteleuropa‹) beigelegt wurden, der für beide Seiten akzeptabel schien. Erst nach Beantwortung

97 Leopold, 1974, S. 128 ff.

98 Ebd., S. 140.

99 In diesem Zusammenhang gewinnt auch die Notiz Helfferichs (Bd. IV, S. 17) Bedeutung, daß man Ende 1932/Anfang 1933 innerhalb des Keppler-Kreises wirtschaftliche Richtlinien entworfen habe, nachdem Thyssen z. B. Mitte November 1932 noch von »einige[n] Schwierigkeiten« bezüglich der Programmatik der NSDAP gesprochen hatte: Thyssen an Schlenker, 11. 11. 32 (abgedr. bei Czichon, S. 67 [Dok. Nr. 7]). Hitler beeilte sich bei seinem ersten Zusammentreffen mit führenden Großindustriellen am 20. 2. 33 (vgl. die Dokumente dazu bei Stegmann, 1973, S. 477 ff.), an seine alten Zusicherungen anzuknüpfen: das Bekenntnis zum Privateigentum und zur Wehrhaftigkeit, wie Krupp von Bohlen dankbar hervorhob.

100 Turner, 1975, S. 39.

101 Vgl. Horst Matzerath und Henry A. Turner, Die Selbstfinanzierung der NSDAP 1930 bis 1932, in: Geschichte und Gesellschaft, Jg. 3, H. 1, 1977, S. 59 – 92.

tung dieser m. E. zentralen Fragen ist der spezifische Beitrag der Großindustrie, und insbesondere der Schwerindustrie, zum Prozeß der sog. Machtergreifung genauer bestimmbar. Von hierher ließen sich dann auch der Widerspruch zwischen sozialer Basis und politischer Funktion des Nationalsozialismus nach 1933 auflösen und Elemente für eine genuine Faschismus-»Theorie«¹⁰² gewinnen. Es spricht einiges dafür, daß der ältere Hinweis Brachers u. a., der Nationalsozialismus bis 1939 habe an sozialimperialistische Herrschaftstechniken des Kaiserreiches, terroristisch-rassistisch verformt, anknüpfen können, neuerlich diskutiert werden muß. Die allzu plane Kategorie, hier habe es sich allein um eine Form bürgerlicher Herrschaft (Kühnl, Abendroth) gehandelt, muß sicherlich problematisiert werden; sonst werden alle Phänomene der direkten oder indirekten Mobilisierung von unten, der plebejischen Aktion gegen die alten Eliten vor und nach 1933, die doch kennzeichnend sind für die Herrschaftsstruktur des Dritten Reiches, über Gebühr eliminiert.

102 Übersichten über Faschismustheorien aus bonapartismus-theoretischem Ansatz bringen zuletzt: *Richard Saage*, Faschismustheorien. Eine Einführung, München 1976, und: *Niels Kadritzke*, Faschismus und Krise. Zum Verhältnis von Politik und Ökonomie im Nationalsozialismus, Frankfurt/New York 1976. Ungeachtet aller Kritik an R. Saage vermag der Tenor des Verrisses von *Thomas Nipperdey*, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1. 11. 1976 (Ein Second-hand-shop für Faschismustheorie), in seinem hochgradig emotionalisierten Duktus nicht zu überzeugen.